

¡NO PASARAN!

17. JULI 1936

**Sie werden
nicht
durchkommen!**

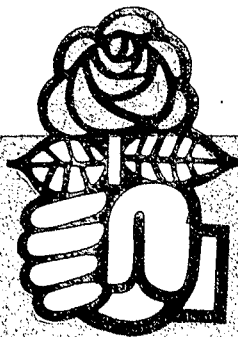
**ARBEITS
HEFTE** Nr. 71

JUSO - HOCHSCHULGRUPPEN

AUS DER GESCHICHTE LERNEN

Quellen und Materialien zu Geschichte
des Spanischen Bürgerkriegs

Heft 3



Inhalt

Martin Stadelmaier Chronologie des Spanischen Bürgerkrieges	2
Wilfried Busemann Zur Vorgeschichte des Spanischen Bürgerkrieges. Ein Überblick	24
Georg Wollenberg Der Spanische Bürgerkrieg als Kampfplatz einer zerbrochenen Solidarität im Spiegel der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss	29
Jörg Hüttermann Internationale proletarische Solidarität oder sowjetische Hegemonialpolitik?	34
Christoph Sander Anarchisten und Kommunisten	42
Jürgen Hengst Im Zeichen der schwarzen roten Fahne: die Anarchosyndikalisten	54
Klaus von Beyme Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur — Struktur und Entwicklung der Falange	66
Hans-Henner Becker Zwischen Bringschuld und Selbsterhaltung: Francos Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg	88
Patrick von zur Mühlen Der Spanische Bürgerkrieg und die deutsche Linke	91
Cornelia Dömer Republikanisches Theater im Spanischen Bürgerkrieg	97
Wilfried Busemann Rezensionen zum Thema mit einer Auswahlbibliographie	102
Autorenverzeichnis	108
Abkürzungsverzeichnis	108

Preis: 6,- DM

Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Nr. 71, Juni/Juli 1986
Aus der Geschichte lernen — Quellen und Materialien zum Spanischen Bürgerkrieg, Heft 3
V.i.S.d.P.: Bernhard Groth, Martin Gorholt, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1
Zusammenstellung und Redaktion: Wilfried Busemann, Martin Stadelmaier
Satz Layout Grafik DK Kierzkowski, Bonn-Beuel. Druck: Neue Pfälzer Post, Neustadt.

Wir danken für die Überlassung der Fotos dem Archiv der Sozialen Demokratie (Bonn), dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung (Oer-Erkenschwick), dem Ullstein-Bilderdienst, Martin Stadelmaier, der Fundación Cultural de Castilla-la Mancha (Madrid), El País Semanal (Madrid) und Cifra Gráfica. Die Landkarten sind Hugh Thomas, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 210/416 entnommen.

Vorwort

Am Abend des 25. Juli 1936 wurden im Anschluß an eine »Siegfried«-Aufführung der Bayreuther Wagner-Festspiele zwei in Spanien ansässige »Volksgenossen« der NSDAP-Auslandsorganisation von Adolf Hitler zu einer improvisierten Besprechung empfangen, um über eine mögliche Luftbrücke für die in Marokko festsetzenden aufständischen Militärs zu verhandeln. Spätestens an diesem Abend begann der nationalsozialistische Eingriff in die bisher innerspanischen Konflikte. Aber nicht allein die Tatsache, daß auf beiden Seiten von Anfang an Deutsche in die Kämpfe verwickelt waren, sollte für uns Anlaß sein, eine intensive Beschäftigung mit dem Spanischen Bürgerkrieg aufzunehmen.

Gerade auf der Linken gibt es heute so manche romantische Verklärung der spanischen Ereignisse. Sie auf den Boden der Realitäten zu stellen, soll eine Aufgabe des vorliegenden Heftes sein.

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, der Entwicklung innerhalb der Linken besonderen Raum einzuräumen. Trotz aller Bedrängnis von außen — ohne den mörderischen Bruderkampf innerhalb der spanischen Linken wäre Franco wohl kaum so erfolgreich gewesen. Gerade die Analyse dieser Auseinandersetzungen ist noch heute wichtig, weil sie grundsätzliche Aussagen über die Bündnismöglichkeiten unterschiedlicher fortschrittlicher Strömungen zulassen.

In der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb die spanische Revolution des Jahres 1936. Sie stellte aber zweifelsohne einen zwar kurzlebigen, aber ähnlich tiefgreifenden Versuch der Gesellschaftsveränderung dar wie die Oktoberrevolution oder die Pariser Kommune von 1871.

Auch andere Problemfelder bieten reichlich Stoff für (aktuelle) Diskussionen. Bedeutete die sowjetische Spanienpolitik, die im Rahmen der zeitgenössischen Sicherheitskonzeption der UdSSR gegen den faschistischen Imperialismus zu sehen ist, den Abschied von der internationalen proletarischen Solidarität zugunsten konventioneller Herrschaftssicherung? Können wir die von Franco und anderen Militärs geführten antirepublikanischen Aufständischen im Vergleich zu den damaligen Entwicklungen in Deutschland und Italien als echte faschistische Bewegung bezeichnen — oder handelt es sich »nur« um eine konservativ-autoritäre Reaktion, deren Machtstrukturen im übrigen bis heute (kaum) gebrochen sind?

Diskussionsthemen, auf die wir keine fertigen Antworten haben. Mit diesem Heft wollen wir aber zu einer ersten Beschäftigung mit diesem so wichtigen Thema anregen. Wie immer haben wir den Versuch unternommen, das vorliegende Heft so zu gestalten, daß es für die Arbeit in Seminaren, Arbeitsgemeinschaften usw. verwendbar ist.

Nichtsdestotrotz: für Anregungen und Kritik sind wir immer dankbar.

Den Autorinnen und Autoren dieses Heftes sei hier noch einmal herzlich für ihre Mitarbeit gedankt.

Wilfried Busemann

Martin Stadelmaier

Chronologie des Spanisches Bürgerkrieges

17.7.36 Einen Tag früher als geplant beginnt der Aufstand rechtsgerichteter, republikfeindlicher Militärs.

18.7.36 Bis zum befindet sich, nachdem der Widerstand der republiktreuen Armeeinheiten ebenso zerschlagen wurde wie der der Arbeiterschaft, Spanisch-Marokko fest in der Hand der Aufständischen.

Am selben Morgen beginnt die Rebellion in Spanien. Viele andalusische Städte inclusive der Stadt Sevilla werden von General Queipo de Llano und seinen Helfershelfern im Handstreich genommen. Ehe die Arbeiterschaft zum Widerstand fähig ist, ist ihre Führung ermordet.

19.7.36 In der Nacht zum wird mit Unterstützung der Sozialisten und Kommunisten eine neue liberale Regierung unter José Giral gebildet. Sie gab sofort Order, die der Regierung verbliebenen Waffenarsenale den Arbeiterorganisationen zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig traf General Franco von den Kanarischen Inseln (sie fallen am 20.7.) in Tetuan, der Hauptstadt Spanisch-Marokkos, ein. Er verkündet den Kriegszustand — und stellt fest, daß er und seine Truppen in der Falle sitzen. Republiktreue Matrosen hatten ihre aufständischen Matrosen erschossen und kreuzten nun mit ihren Schiffen in der Straße von Gibraltar.

In Barcelona wird der Putsch von der Arbeiterschaft blutig niedergeschlagen. Vor allem die anarchistische CNT, die allein hier über 350000 Mitglieder hat, zögert nicht: Sie bewaffnet die Arbeiter. Die Polizei und ein Teil der Truppen läuft über. Die Revolution beginnt.

20.7.36 Am stürmen bewaffnete Arbeiterkolonnen die Madrider Montana-Kaserne. Die Waffen der Armee werden an Volksmilizen ausgegeben.

In Madrid lag die wahre Macht bei der UGT, dem sozialistischen Gewerkschaftsbund. Er besaß eine gut funktionierende Infrastruktur, darunter einen völlig autonomen Nachrichtenapparat, nämlich das Telefonnetz der Eisenbahn.

Die Revolution nahm hier karnevalistische Züge an. Der deutsche Kommunist Gustav Regler, der in jenen Tagen in der spanischen Hauptstadt eintraf, schreibt: »Es war etwas Trunkenes in den Menschen, ein heiterer Irrsinn im Spiel, ein Fanatismus für eine Freiheit, die nie zu einem geordneten Staatsgebilde der alten

Vorbilder führen konnte. In ihrem äußeren Gebaren wirkten die Milizionäre, als hätte die Französische Revolution sie auf die Straße geschleust. Sie liebten wehende Fahnen, sie bauten Barrikaden, die mehr den Verkehr behinderten als der Revolution dienten. Mit Schärpen umgürtet und in phrygischen Mützen rasten sie in beschlagnahmten Cadillacs durch die Gran Via. Keiner wußte, wie gut oder wie schlecht der Krieg stand.«

Barcelona war anders. In der Hauptsadt Kataloniens herrschten die Anarchisten. Vom ersten Tag an versuchten sie, ihre Utopie von der klassenlosen Gesellschaft in die Praxis umzusetzen — ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des Krieges. Sie führten in der lebenslustigen Stadt Spaniens ein düsteres proletarisches Leben. Ihre Milizen, mit schwarz-roten Uniformen, Revolver am Gürtel, beherrschten die Straßen. Theater, Restaurants, Luise waren geschlossen. Dafür verteilten die »Kommunisten« kostenlos Suppen für die Bevölkerung, keine bürgerliche Küche, insbesondere keine Hütte mehr zu tragen.

Wo die CNT die Macht besaß — und das war praktisch ganz Katalonien und Aragonien, auch weite Gebiete im Süden —, wurden Landwirtschaft und Industrie radikal kollektiviert. Die Latifundien wurden zwar im gesamten republikanischen Gebiet enteignet, aber darüber hinaus zwangen die Anarchisten auch die Klein- und Mittelbauern in Kolchos. In der Industrie wurden durch ein Dekret der Madrider Regierung alle Betriebe beschlagnahmt, die von ihren Eigentümern verlassen worden waren, und das war die überwiegende Mehrheit. Darüber hinaus aber kollektivierten die CNT

Barcelona alle Hotels, Warenhäuser und sogar die städtischen Dienstleistungsbetriebe, vom Wasserwerk bis zum Hauptpostamt. In manchen ländlichen Gebieten ging die »Vergesellschaftung« bis hinunter zum kleinen Krämer und zum Bäcker. Es gab Regionen, in denen das Geld abgeschafft und statt dessen Gutscheine ausgegeben wurden, selbst zum Haarschneiden beim Friseur.

Das Nationale Lager erleidet an diesem Tag einen schweren Verlust, der jedoch Francos Position entscheidend stärkte: der als Aufständischer vorgesehene General Sanjurjo verunglückt tödlich. Mit Calvo Sotelo im Frühjahr, General Goded in Barcelona und im November '36 Falange-Führer José Antonio Primo de Rivera verloren die Nationalen einen Gutteil ihrer fähigsten Führer und damit Konkurrenten Francos.

Am wird in Katalonien das Zentralkomitee der Milizen gebildet. Es ist Legislative und Exekutive zugleich. Die republikanische Zentralregierung existierte auch in den anderen Landesteilen (meist) nur noch pro forma. Die Macht übernahmen Arbeiterkomitees, zum Teil parallel zu den alten Staatsorganen.

Die Revolution erreichte jedoch keineswegs alle republikanischen Landesteile: Der Zerfall des republikanischen Staates brachte im Baskenland (Euzkadi) nicht eine Revolutionsregierung, sondern einen neuen baskischen Nationalstaat hervor. Die baskische Nationalpartei, überzeugt katholisch und engagierte Hüterin des Privateigentums, gründete die baskischen Milizen: zur Verteidigung der Republik und zum — erfolgreichen — Kampf gegen die Revolution. Sie bildete mit Sozialisten, Kommunisten und Republikanern im Oktober die erste autonome baskische Regierung.

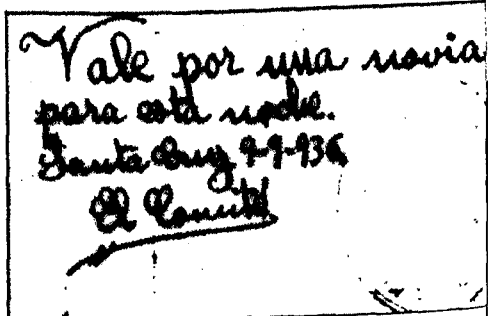
Bis zum kam die Offensive General Molass in der Guadarrama (nördlich von Madrid) zum Stehen. Nach einer Woche war die Situation der Aufständischen schlecht, die Kriegslage verworren. Franco saß mit der militärischen Kerntruppe

der Putschisten, der spanischen Fremdenlegion und den maurischen Söldnertruppen, in Nordafrika fest.

Die strategische Position der Aufständischen war schlecht. Aber auch an Truppenstärke und Kriegsmaterial waren sie der Republik nur in geringem Maße überlegen. Die Marine hatte sich gegen sie entschieden. Spaniens kleine Luftwaffe war ins republikanische Lager übergegangen. Im ganzen Norden verfügte Mola nur über ein Dutzend alte Flugzeuge, die er bei einem Überraschungserbeutungsüberfall auf den Flughafen von León erbeutet hatte. Größer war allerdings der Truppenbestand der Generale: Ihre Streitkräfte wurden auf 15000 Offiziere und Unteroffiziere und 38000 Legionäre und »Mauren« aus Marokko, 30000 Zivilgardisten, 30000 Requetés (fast alle unter Molass Befehl) und 70000 Soldaten der regulären Truppe geschätzt. Aber nicht alle diese Truppen waren zu gebrauchen. Die jungen Rekruten der regulären Truppe hatten sich oft mit den Arbeitern solidarisiert; es war riskant, sie in den Kampf gegen die Milizen zu führen. Bedeutende Kräfte wurden im eroberten Gebiet zu Polizeizwecken gebraucht. (Aufgaben der »Säuberung« konnte man allerdings den politischen Kampfverbänden, vor allem den Falangisten überlassen.) Wochenlang wurde noch in Galicien und Andalusien gekämpft. Marokkanische Truppen trafen nur tröpfchenweise ein.

Anfang August führten die aufständischen Generale nur schwache Truppenverbände ins Feld: 3000 Mann gegen Badajoz, 10000 in Extremadura, 20000 zum ersten Angriff auf Madrid. Deutsche diplomatische Vertreter berichteten laufend nach Berlin über die Sorgen des nationalistischen Lagers, es fehlte an allem: Geld, Waffen, Kriegsmaterial. Zweifellos waren die kriegstüchtigen und disziplinierten Truppen der Mauren und der Tercio ein wichtiger Aktivposten; nichts deutete jedoch darauf hin, daß mit ihnen allein der Krieg gewonnen werden könnte.

Auf der Gegenseite waren der Arbeiter- und Bauernmilizen ihre Schwächen, ihre begrenzte Verwendungsmöglichkeit deutlich anzusehen.



Ein vom Komitee ausgestellter Gutschein im September 1936 »Zahl für eine Braut für diese Nacht, Santa Cruz, 9.9.1936, D. Komitee«

Ricardo Sanz*:
Ein Feldherr war keiner von uns

Ein Feldherr, nein, das war er nicht, das war keiner von uns. Wir hatten eine ziemlich genaue Vorstellung von der Stadtguerilla, in Barcelona und anderswo, auf der Straße, inmitten einer Bevölkerung, die wir kannten, wo wir wußten, hier ist ein Versteck, dort drüben an der Ecke der Zeitungsmann ist ein Genosse, gegenüber das Polizeirevier, Waffenlager, Hafenschuppen, wir kannten jeden Meter Terrain. Aber auf dem Land, Höhe soundsoviel, Schützengraben, Generalstabskarten, davon hatten wir wenig Ahnung, das war nicht unsere Sache, wozu auch? Vor dem Putsch der Generale brauchten wir das alles nicht. Nein, große Strategen sind wir nicht gewesen, auch Durruti nicht.

(*) Übernahme nach Durrutis Tod das Kommando über die Kolonne, später die 26. Division. Textilarbeiter. Aus: H.M. Enzensberger, Der kurze Sommer der Anarchie, S. 146/147, Ffm 1981⁴

In den Straßen der heimischen Städte und Dörfer waren ihr Mut, ihre Hingabe und ihre Opferbereitschaft kaum zu schlagen. Im Krieg war es anders. Vor allem war der militärische Aufbau der Milizen ein chaotisches Durcheinander.

Sogar Durruti klagte: »Wir haben bis jetzt eine große Anzahl verschiedener Einheiten, von denen jede ihren Kommandeur, ihre Mannschaft (die von Tag zu Tag in unwahrscheinlichem Ausmaß ab- oder zunimmt), ihr Arsenal, ihren Troß, ihre Verpflegungsorganisation, ihre eigene Politik gegenüber der Einwohnerschaft und recht häufig auch ihre eigene Vorstellung vom Krieg hat.« Das war der Krieg im »Stadium des Schelmenromans«. Ein französischer Schriftsteller schrieb: »Das erste Bild, das der Bürgerkrieg bot, war das Bild getrennter Kolonnen, von denen jede für sich kämpfte, jede sich einen Operationssektor zurechtschnitt, wo sie lebte, sich verpflegte und Wandlungen durch-

machte, bisweilen ohne Zusammenhang mit anderen.«

An der »Front« waren alle erdenklichen Überraschungen möglich: man fand sich plötzlich, sobald man sich in Bewegung setzte, jenseits der feindlichen Linien, man wurde im Machtbereich der eigenen Truppe vom Feind eingeschlossen, man wußte nicht, zu welchem Lager die Einheiten gehörten, über deren Bewegungen die Dorfbewohner berichteten.

Umfassende Operationspläne waren unmöglich. Für einen vorgesehenen Ausfall mochte eine Kolonne zusammengestellt oder verstärkt werden; war der Zweck erreicht, so kehrte jeder dorthin zurück, von wo er gekommen war. Die Milizmänner meuterten gegen jeden, der von ihnen verlangte, daß sie nicht nur Wache stehen, sondern auch Schützengräben ausheben sollten. Wenn man nicht gerade Wachdienst hatte, ging man nach Hause. Wer nachts Wa-

Diego Abad de Santillán*: Der Mangel

Schon als die zweite Kolonne für die Aragón-Front aufgestellt wurde, hatten wir die ersten Schwierigkeiten mit einigen bedeutenden Politikern unserer eigenen anarchistischen Organisationen. Während wir vom Milizenkomitee der Ansicht waren, daß die populärsten und fähigsten Genossen an die Front gehen sollten, um dort Hundertschaften, Bataillone und Kolonnen zu befehligen, vertraten sie die entgegengesetzte Meinung: sie wollten die besten Führer für die Zeit nach dem Kriege aufsparen. Das lief aber mit Sicherheit darauf hinaus, daß die Befehlsspitzen nach dem Gesetz des Zufalls besetzt wurden, und damit sank die Kampfkraft unserer Einheiten. Über ausgebildete Offiziere verfügten wir kaum, und die wir hatten, setzten wir als Generalstähler oder als technische Berater ein. Unsere Milizsoldaten mochten die Berufsmilitärs nicht, sie mißtrauten ihnen, und das war, nach allem, was früher vorgefallen war, auch verständlich.

Aber fast die gesamte Führung unserer Organisationen zeigte sich in den höheren Rängen ebenso um das eigene Wohl besorgt wie die anderen Parteien, von denen keine ihre führenden Leute an die Front schicken wollte. Sie warteten alle darauf, das Fell des Bären zu verteilen, der noch nicht erlegt war. Deshalb wimmelte es im Hinterland von den Geschäftemachern der Politik. Oft waren sie noch ekelhafter als die alten Berufspolitiker aus der Zeit vor der Revolution. Wir können diese Haltung nicht mit Sillschweigen übergehen, denn sie ist schuld daran, daß wir die Front nicht derart stärken konnten, wie es nötig gewesen wäre. In Aragón zum Beispiel hatten wir kaum mehr als eine schwache Beobachtungslinie, die angesichts ihrer Länge viel zu schlecht gerüstet war. Wir müssen es ganz offen sagen: Während die Aragón-Front nur über 30000 Gewehre verfügte, hielten die Organisationen und Parteien des Hinterlandes ungefähr 60000 Gewehre und mehr Munition versteckt, als die Fronttruppen je zur Verfügung hatten.

Dutzende von Malen haben wir von unseren eigenen Organisationen gefordert, das Kriegsmaterial in ihren Händen für den Fronteinsatz freizugeben und genügend Mannschaften für den Krieg abzustellen. Für die Sicherung der Etappe konnten Frauen, ja sogar Kinder sorgen. Man hat uns erwidert, daß es unmöglich sei, unsere eigenen Leute zu entwaffnen, während andere politische Gruppen und Parteien nur auf eine Gelegenheit lauerten, uns in den Rücken zu fallen. Wir sind auch auf dieses Argument eingegangen. Wir haben gesagt: Wenn unsere eigenen Leute sich bereifinden, ihre Waffen abzugeben, und selbst an die Front gehen, werden wir dafür sorgen, daß auch alle anderen Organisationen entwaffnet werden, und mit dieser Aufgabe werden wir euch beauftragen, die ihr den anderen Gruppen am meisten mißtraut. Auch alle Reste der Bereitschaftspolizei, der Schutzpolizei, der Gendarmerie werden wir dann entwaffnen und an die Front schicken. Wir können aber ein solches Vorgehen so lange nicht rechtfertigen, wie wir selbst nicht dazu bereit sind. Die Klagen der Kämpfer an der Front waren also durchaus berechtigt. Jedesmal, wenn Durruti nach Barcelona kam, schäumte er, wenn er sah, wie viele Waffen hier auf der Straße spazierengetragen wurden. Eines Tages erfuhr er, daß in Sabadell acht bis zehn MGs versteckt lagen. Er forderte ihre Herausgabe, zunächst im Guten; als ihm das abgeschlagen wurde, schickte er eine Hundertschaft nach Sabadell, um die MGs mit Gewalt herauszuholen. Glücklicherweise sagte er uns rechtzeitig Bescheid. Wir konnten eingreifen und eine blutige Auseinandersetzung verhindern. Ein Teil der Waffen wurde herausgegeben. Sie waren in den Händen der Kommunisten, aber das besagt wenig, wenn man weiß, daß unsere eigenen Genossen allein in Barcelona etwa 40 Maschinengewehre verborgen hielten, mehr als an der ganzen Aragón-Front im Einsatz waren. Wie viele die andern Gruppen und Parteien hatten, das zählten wir schon gar nicht mehr.

* führender Anarchist aus: H.M. Enzensberger, Der kurze Sommer der Anarchie, Ffm/B-W 1982, S. 188/190

Deutsche Lieferungen an Franco bis Ende Oktober 1936

28 Flugzeuge Ju 52	6000 Schuß 3,7 cm	150 Pistolen
20 Flugzeuge He 46	6000 Schuß 8,8 cm	212 Maschinengewehre
1 Flugzeug He 50	10000 Handgranaten	10 t Sprengstoff
24 Flugzeuge He 51	12 Bomben zu 500 kg	250 t Rohmaterial zur Munitionsherstellung
1 Flugzeug He 59	120 Bomben zu 250 kg	10000 Gasmaken
1 Flugzeug He 60	1960 Bomben zu 50 kg	1 provisorische Kurzwellenstation
2 Flugzeuge He 70	10.200 Bomben zu 10 kg	1 Kurzwellenstation
2 Flugzeuge HS 123	10.000 Bomben zu 1 kg, B 1 El	1 Langwellenstation
3 Flugzeuge BFW 109	24 Panzerabwehrgeschütze	5 20-Watt-Stationen
5 Kurierflugzeuge	50 Minenwerfer	4 Funkstellen, Reichweite 200-300 km
28 2-cm Flak 1 Batterie 8,8 Flak mit 4 Geschützen u. vollständigem Gerät	41 Kampfwagen	30 Klappenschränke
75 Millionen Patronen	10 Kübelwagen (6-Rad-Kruppwagen)	80 Feldfernsprecher mit 375 km Feldkabel
7500 Pistolenpatronen	20 5-t-Lastwagen	200 t Nachschubgut
150000 Schuß für MG	20 leichte, geländegängige Lastwagen	
59 Kisten MG Munition	1 Personenwagen	
20000 Schuß 2 cm mit Panzerkopf	2 Krankenwagen	
	30000 Gewehre	

Weitere Lieferungen umfaßten u.a. Munition, Bomben, Gasschutzgerät, Funkgerät, Sanitätsmaterial, Ersatzteile für Flugzeuge und Motoren, Treibstoffe, Werkzeug und Chemikalien.

aus: Manfred Merkes, Die deutsche Politik im spanischen Bürgerkrieg 1936-39, Bonn 1962, S. 380

che schob und dabei nicht schlief, galt als verückt. Eine Einheit, die sich von ihrem Standort entfernte, verlor den größten Teil der Mannschaft: die Milizmänner legten großen Wert darauf, die Nächte zu Hause im eigenen Bett zu verbringen. Durruti beschwerte sich, man sei ihm »mit allen Listen des großen Krieges« gekommen: das Baby sei krank, die Frau stehe vor der Entbindung, die Mutter liege im Sterben.

In offener Feldschlacht erwiesen sich die Milizen schnell als wenig kampftüchtig. Ihre Anfangserfolge hatten sie mit gewaltigen Verlusten erfochten. Die Milizmänner wußten nicht nur nicht, wie man in Deckung geht; sie wollten es gar nicht wissen. Für den Befehlshaber einer anarchistischen Einheit war es Ehrensache, ohne jede Abschringung an der Spitze seines Trupps zu marschieren. So war Ascaso ums Leben gekommen; so kam später Mora ums Leben. Man verachtete die »Technik« der Militäristen: als wesentlich galt nur — wie im Straßenkampf — die selbstlose Einsatzbereitschaft. Von der Instandhaltung der Waffen, häufig auch von ihrem Gebrauch, wußten die Milizmänner sehr wenig; wenn sie Waffen hatten, machten sie sie kaputt oder verletzten sich selbst.

Am empfindlichsten machte sich im Juli und August das Fehlen einer einheitlichen Befehlsgewalt bemerkbar. Strategisch wirksame Schritte waren unmittelbar nach dem Aufstand der Generale unternommen worden. Später

verschanzte sich jeder in seiner eigenen Domäne. Ohne jedes Risiko konnte Mola in den ersten Wochen den Anarchisten und Nationalisten des Baskenlandes den Rücken zukehren, weil sie einander mißtrauisch bewachten und gegenseitig lahmlegten. Die Katalanen, die ohne Artillerie Zaragoza benannten, störten nicht im geringsten die Pläne eines Feindes, der auf Madrid zielte. Jeder führte seinen eigenen Krieg, ohne sich um das zu kümmern, was in der Nachbarprovinz geschah.

Die Lage war klar: ohne ausländische Hilfe würde keine der beiden Seiten in der Lage sein, sich militärisch entscheidend durchzusetzen.

24./25.7.36 Auf Bitten Francos sagen Hitler-Deutschland und das faschistische Italien ihre militärische Hilfe zu. Der Bürgerkrieg weitet sich zum internationalen Konflikt aus. Von diesem Zeitpunkt an fehlte es den Nationalisten weder an Waffen noch Soldaten. Etwa 50000 italienische und ca. 10000 deutsche Soldaten werden bis 1937 in Spanien stationiert.

1.8.36 Unter britischem Druck und der Mobilisierung der französischen Rechten schlägt die Pariser Volksfrontregierung eine Nichteinmischungsvereinbarung vor. Fünf Tage zuvor hatte die französische Regierung jede Waffenlieferung nach Spanien eingestellt.

4./5.8.36 Dagegen sind ab dem deutschen und italienische Marine- und Luftwaffeneinheiten einsatzbereit. Nach der Teilausschaltung der republikanischen Marine wurde



Flüchtlingstrecks auf dem Weg in die republikanische Zone.

die Afrika-Armee innerhalb weniger Tage nach Spanien übersetzt. Eine Woche später ist Andalusien weitgehend franquistisch, der Kontakt zwischen Süd- und Nordfront hergestellt, der Nachschub rollt über Portugal. Ein ungeheures Blutbad unter den Republikanern beginnt. Auch im Norden fallen bis Anfang September weite Teile des Baskenlandes. Deutsche Flugzeuge bomben im ersten modernen Luftkrieg den Truppen General Molans den Weg.

8.8.36 Frankreich schließt seine Grenze zu Spanien.
17./20.8.36 Der Dichter García Lorca wird von Falangisten bei Granada erschossen.

21.8.36 Italien stimmt pro forma der Nichteinmischungspolitik zu.

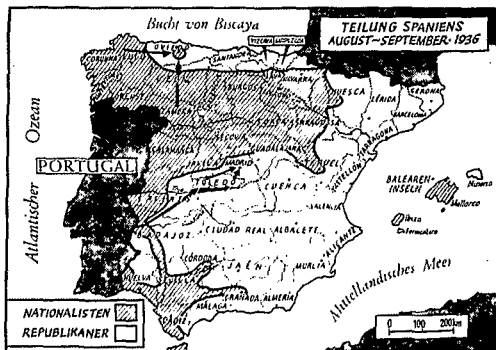
24.8.36 v. Ribbentrop unterschreibt in London das Nichteinmischungsabkommen. Zwei Tage zuvor waren in Lissabon die ersten deutschen Munitionstransporter eingelaufen. Das Unternehmen »Feuerzauber« lief auf vollen Touren.

4.9.36 Largo Caballero, der Führer der sozialistischen Gewerkschaft UGT, bildet gemeinsam mit den Kommunisten, dem radikalen Flügel der PSOE und Republikanern eine Volksfrontregierung. Die Notwendigkeit der Sammlung aller politischen Kräfte für ein Kriegsprogramm schien nach dem Fall der sozialistischen Hochburg Badajoz notwendiger denn je. Caballero, der mit der UGT den linken, zum Teil revolutionären Flügel der Sozialisten vertrat, gab damit — de facto — dem weiteren Vorantreiben der Revolution eine deutliche Absage. Damit brachen auch alle Pläne der UGT und CNT — die bis wenige Tage zuvor auch von Caballero betrieben worden waren —, eine Arbeiterregierung ohne Republikaner und unter Beseitigung der bisherigen Staatsorgane zu bilden, zusammen. Den entscheidenden Durchbruch für eine republikanische Volksfrontregierung hatte Ende August der Sowjetbotschafter Marcel Rosenberg »erzwungen« — Waffenlieferungen und diplomatischer Handlungsspielraum waren seine Argumente.

Die CNT beteiligte sich nicht an der Regierung, tolerierte sie aber. Und was viel schwerer wog: man anerkannte die legitimen Organe des republikanischen Staates.

Am 26./27.9.36 wurde in Katalonien eine Regionalregierung unter Beteiligung der POUM und CNT gebildet. Die revolutionären Komitees wurden aufgelöst oder Staatsorganen angegliedert. Zu diesem für die Anarchisten, aber auch die revolutionären Sozialisten folgenschweren Verzicht habe man sich, so der führende Anarchist Diego Abad de Santillan, durchgerungen, »um Rüstungen und finanzielle Hilfe zu bekommen, um unseren Krieg mit Erfolg fortzuführen«.

Am 28.9.36 gelingt den Franco-Truppen ein psychologischer wichtiger Sieg. Sie können Toledo nehmen und die dortigen Aufständischen, die monatelang am Alcázar ausharrten, befreien. Italienische Flugzeuge hatten sie versorgt und dem Einsatz



heer den Weg freiebombt. Toledo war der erste große Sieg Francos — der Widerstand im Alcázar sollte zum Fanal der Nationalen werden.

1.10.36 Drei Tage später, am 1. Oktober, wird Franco Generalissimus mit diktatorischen Vollmachten. Er überzieht die eroberten Gebiete mit einer Terrorwelle, die die Greuel auf der anderen Seite übertraf, sowohl an Zahl wie an Brutalität. 40000 Hinrichtungen im ersten halben Kriegsjahr, so lauten die vorsichtigen Schätzungen.

10.10.36 Während die aufständischen Truppen zum Marsch auf Madrid bliesen, wurde auf seiten der Republik die »Militarisierung«, d.h. der Aufbau einer Volksarmee, eingeleitet. Die anarchistischen Milizen, deren Kampfwert außerhalb der Städte gering war, mußten sich in den Aufbau einer regulären Armee einordnen. Waffen bekamen nur reorganisierte Einheiten. Die Basis für eine unter Umständen erfolgreiche militärische Auseinandersetzung war gelegt.

12.10.36 Am 12. Oktober treffen die ersten sowjetischen Waffen und Instrukteure in Spanien ein. Ohne sie wäre die

schistische Seite. Vor allem die Italiener — nach deren katastrophalen Niederlage bei Guadalajara im März (s.u.) — und die Deutschen übernahmen die Kriegsführung. Über Madrid wird ein Bombenteppich gelegt.

21.11.36 Am 21. November verliert die anarchistische Bewegung eine ihrer zentralen Figuren. Buenaventura Durruti kommt unter — bis heute — nicht völlig geklärten Umständen in Madrid zu Tode.

21.12.36 Der Brief Stalins an Largo Caballero mit »freundlichen« Empfehlungen für die weitere Politik markierte den Willen der Kreml-Führung, unmittelbar in der spanischen Innenpolitik einzugreifen. Die stalinischen Säuberungen in der Sowjetunion liefen auf Hochtouren — die Altbolschewiki Kamenew und Sinowjew wurden erschossen. Radek, Pjatakow und Tuchatschewski standen vor der Aburteilung. Und gerade Spanien war zur Hochburg der antistalinistischen Linken geworden, die es auszu-schalten galt. Caballero wehrte sich gegen die zunehmende Integration der Sozialisten (vor allem des Jugendverbandes) in die KP, gegen die völlige Aufgabe sozialer Errungenschaften, den Verzicht auf die Wirklichung sozialistischer (nicht anarchistischer) Forderungen.

8.2.37 Zum sichtbaren Bruch kam es nach dem Fall Málagas am 8. Februar als der sowjetische Botschafter Marcel Rosenberg die Entlassung des engsten militärischen Mitarbeiters Caballeros, General José Asensios, als militärischem Organisator der neuen Volksarmee verlangte. Der spanische Regierungschef wiederum setzte dessen Abberufung durch und wurde von Stalin »zum Abschluß« freigegeben.

21.2.37 Am 21. Februar gelang es einer Negativkoalition aus Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten (die Raube wegen der Zwangseingliederung der CNT-Milizen in das Volksheer nehmen wollten), die Entlassung Asensios durchzusetzen. Der Krieg Rot gegen Rot begann: Er galt zunächst Caballero und der POUM. Zuvor gelang den republikanischen Streitkräften ihr letzter großer Sieg.

20.-23.3.37 Vom 20. bis zum 23. März wird das — soeben noch in Málaga erfolgreiche — 50000 Mann starke Expeditionskorps Mussolinis auf der Hochebene Guadalajara vernichtend geschlagen. Italiener kämpfen gegen Italiener. Die Propagandawaffe des Bataillons »Garibaldi« zeigt Wirkung: das faschistische Hilfskorps läuft zum Teil über, wird in die Flucht geschlagen.

Und damit geriet die Kriegsführung in die Hände der Deutschen. Ohne sie hätte Franco nie gestegt.

Zunehmend hört er auf den Ratschlag der Be-



Madrider räumen ihre Häuser, November 1936

fehlschaber der Legion Condor, Hugo Sperrle und Wolfram Freiherr von Richthofen. Die italienischen Einheiten wurden de facto dem deutschen Befehl unterstellt. Der erste geballte Einsatz der Deutschen richtete sich gegen die lebenswichtigen Industriegebiete im Norden — der Zweifrontenkrieg sollte beendet werden. Während die (deutsche) Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg begann, vollzogen sich im Frühjahr 1937 in beiden Spanien wesentliche innere Entscheidungen, die weitreichendste Auswirkungen haben sollten.

19.4.37 Am 19. April verschmolz Franco die Falangisten mit den Carlisten zur »Falange Española Tradicionalista y de las Juntas Ofensivas Nacional-Sindicalista«. Vorwand der Einigung so unterschiedlicher Kräfte war auch hier die notwendige Einheit in Anbetracht des Bürgerkrieges.

Schon im Oktober hatte Franco in der nationalen Zone jede politische und gewerkschaftliche Betätigung untersagt. Im Februar war die konservative »Acción Popular« um Gil Robles aufgelöst worden, als dieser die Allianz mit Franco verweigerte. Mit der Verschmelzung der monarchistischen Carlisten mit den nationalsyndikalistischen Revolutionären der Falange unter Führung seines vom NS-Vorbild geprägten Schwagers Serrano Suñers gelang Franco erneut ein politischer Zug, der seine gesamte Regierungszeit prägen sollte: die Parallelisierung verschiedener Kräfte des nationalen Lagers, die letztendlich seine persönliche Diktatur erst möglich machte.

Aufbegehrende Monarchisten, die — wie ihr Führer Fal Conde — die Einsetzung des Königs forderten, verwies er des Landes. Als die alten Falangisten Anfang April (angeblich) gegen den Vereinigungskurs meuterten, ließ Franco sie verhaften und ihren Führer Manuel Hedilla im Juli zum Tode verurteilen. Unter dem Druck der einheitlichen Befehlsgewalt konnte sich Franco auch in der Armee durchsetzen.

Der tödliche Absturz General Molas Anfang Juni beseitigte zudem den letzten ernstzunehmenden möglichen militärischen Gegenspieler Francos im nationalen Lager. Ab Sommer 1937 war Franco der unumschränkte Diktator über Nationalspanien.

Der markiert dagegen den Beginn des **Entscheidungskampfes innerhalb der Linken**. Enthüllungen über kommunistische »Tschekas«, Privatgefängnisse und gefolterte sozialistische Funktionäre führten u.a. zur Absetzung der Madrider Junta. Caballero nächster Schlag ging an die kommunistische Substanz: die Vollmacht der politischen Armeekommissare wurde eingeschränkt, ihre Ernennung behielt sich der Regierungschef vor. Für die KP war dies die Kriegserklärung.

Die folgende Machtprobe verlor er glatt: für eine militärische Offensive auf Andalusien und Extremadura verweigerten der düpierte Madrider Befehlshaber Miaja die Truppen, die Sowjets die benötigten Waffen!

Derweil legten deutsche Bomber am die baskische Stadt **Guernica** in Schutt und Asche. 1654 Tote und 889 Verwundete waren zu beklagen. Der Name Guernica wurde zum Symbol für den Bombenterror gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung.

Die Tage vom läuteten dann das **Ende der Anarchisten** ein. Schon im April hatte die KP ihre Kampagnen gegen die marxistisch-antistalinistische POUM gesteigert, die daraufhin zunehmend eine revolutionäre Oppositionspolitik propagierte. Auch innerhalb der Anarchisten nahm diese Haltung zu: »Los amigos de Durruti« nannte sich die wachsende Oppositionsgruppe gegen die Regierungsmitglieder. Vor allem in Katalonien gewannen sie gemeinsam mit dem linken UGT-Flügel, der sich mit Caballero gegen die KP auflehnte, zunehmend an Einfluß.

Die Ermordung des kommunistischen UGT-Führers Roldán (die UGT war zu diesem Zeitpunkt z.T. von der KP unterwandert) und in der Folge einiger Anarchisten hatte die Situation aufgeheizt. Das anarchistische Telefonamt Barcelonas sollte von der Polizei besetzt werden. Die oppositionellen Kräfte riefen zum Kampf auf, und innerhalb weniger Stunden war die Stadt in der Hand der oppositionellen Arbeiterschaft. Aber: sowohl die Zentralregierung wie die UGT/CNT/FAI-Führungen riefen dazu auf, die Waffen niederzulegen und den Faschismus zu schlagen. Polizeitruppen unter Führung des Anarchisten Iglesias zerschlugen den verbleibenden Widerstand. Es war das Ende der »libertären« Bewegung, die Entmachtung der linken Opposition. Die KP holte aus zum Gegenschlag.

Das erste Opfer wurde Ministerpräsident Largo

Caballero. Unmittelbar nach den Straßenkämpfen in Barcelona verlangten die kommunistischen Minister vom Regierungschef ultimativ das Verbot der POUM und die Verhaftung ihrer Führer. Die Kommunisten machten die POUM für den Putsch verantwortlich. Als sich Largo Caballero weigerte, ohne hinreichende Beweise eine Volksfrontpartei zu verbieten, entzog ihm die PCE förmlich das Vertrauen. Largo Caballero mußte zurücktreten. Mit ihm wurden der Gewerkschaftsflügel der Sozialisten und die Anarchisten aus der Regierung ausgebootet. Die Kräfte, die im Sommer 1936 die Revolution gemacht hatten, sahen sich plötzlich von der Macht ausgeschlossen.

Der Mann, der nun die Regierung übernahm und die große Säuberung in Gang setzte, ist die umstrittenste Figur des spanischen Dramas. Er hieß **Juan Negrin** und war das genaue Gegenteil von Largo Caballero. Kein ehemaliger Arbeiter, sondern ein Akademiker, Professor der Physiologie, der erst spät zur Politik gefunden hatte. Negrin gehörte zum rechten Flügel der Sozialistischen Partei.

Man kann von Negrin annehmen, daß er nur ein einziges Ziel im Auge hatte, nämlich den Krieg gegen Franco zu gewinnen. Als er im Mai 1937 die Regierung übernahm, gab es nur eine Macht, die ihm dabei helfen konnte: die **Sowjetunion**. Wenn er die Republik retten wollte, mußte er Stalins Bedingungen akzeptieren. Und wenn Stalins Hauptbedingung darin bestand, die Revolution in Spanien endgültig zu stoppen und die nichtkommunistische Linke auszuschalten, so konnte ihm das nur recht sein. Denn als Reformist war Negrin ein entschiedener Gegner der Anarchisten, der POUM und des linken Flügels seiner eigenen Partei. Im Gegensatz zu ihnen wollte er die parlamentarische Republik retten und nicht eine Räterepublik verteidigen. Wenn diese Linie den außenpolitischen und parteiinternen Interessen Stalins entsprach — um so besser.

So wurde der rechte Negrin in den Augen der meisten Zeitgenossen zum blinden Erfüllungsgehilfen Moskaus. Zwar behielten die Kommunisten in seiner Regierung nur die beiden Ressorts Landwirtschaft und Erziehung, die sie schon vorher verwalteten. Dennoch hatte sich das Kräfteverhältnis entscheidend verschoben. Von nun an ging nichts mehr ohne Mitsprache der PCE. Die Kommunisten saßen in allen Schlüsselstellungen des Staates und der Armee. Sie waren zu beherrschender Macht im republikanischen Spanien geworden.

Bereitwillig überließ Negrin den Kommunisten die Ausschaltung der linken Opposition. Er selbst wollte sich die Hände nicht schmutzig machen. Im ganzen Land begann die Hexenjagd.

An dem Tag, an dem in der Sowjetunion füh-

rende Militärs der Roten Armee hingerichtet wurden, begannen im republikanischen Spanien die großen **Säuberungen gegen die Linksopposition**. Der erste Schlag galt der POUM. Hunderte von Aktivisten (u.a. der Mitbegründer der österreichischen Kommunistischen Partei Kurt Landau, Henryk Freund, Mark Rein, Erwin Wolf, Georges Kopp) wurden verhaftet und zumeist nie wieder gesehen. Allein in Barcelona gab es im November '37 fünfhundert gefangene antistalinistische ausländische Revolutionäre. Die Aktionen leitete die spanische Zentrale des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Dieser hatte völlige Handlungsfreiheit, eigene Gefängnisse und eine geheime politische Polizeitruppe. Ihr prominentestes Opfer wurde der international hochangesehene POUM-Chef Andrés Nin, der sich durch Folterungen kein Geständnis abringen ließ. Nin tauchte aus der NKWD-Haft nie wieder auf. Der Widerstand Nins ließ auch den entscheidenden Teil der geplanten Schauprozesse nach Moskauer Vorbild platzen: die Geständnisse der angeklagten POUM-Führung — unentbehrlich für eine solche »Justiz« —, daß die Gegner einer stalinistischen Ordnung notwendigerweise im Dienste des internationalen Faschismus stehen müssen, blieben aus. Als es im Oktober 1938 endlich zum POUM-Prozeß kam, konnte die Spionage- und Verratsanklage nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Moskau-hörigen Kommunisten hatten jedoch ihr Ziel erreicht: die oppositionellen Kommunisten waren ausgeschaltet.

Derweil war das **Baskenland** nach langem Widerstand durch Franco-Truppen besetzt worden. 30000 Basken waren gefallen. Nun galt es Asturien, die letzte republikanische Bastion im Norden zu nehmen.

Der Fall des Baskenlandes hatte politische Konsequenzen, die dem Franco-Unternehmen »höhere Weihen« geben sollten.



Karlistische Truppen auf dem Vormarsch im Norden. Statt der Regimentsfahne tragen sie das Kreuzifix.

1.7.37

Am veröffentlichte die große Mehrheit der spanischen Kardinäle und Bischöfe einen an die ganze Welt gerichteten Hirtenbrief, der die Sache Francos zu einem »geweihten Kampf für die Sache der gesamten Christenheit« hochstilisierte. Man müsse versuchen, »sich von dem schrecklichen Feind ... des zerstörerischen Kommunismus« zu befreien. Die Gerechtigkeit, die christliche Tradition und der spanische Geist müßten triumphieren. Kurz: die Franco-Rebellion wurde als Kreuzzug für eine heilige Sache dargestellt.

Die spanische **katholische Kirche** war traditionell republikfeindlich und erreaktionär. Ihre bis dato eher abwartende Haltung beruhte auf der Unklarheit des Kriegsverlaufs und der militanten Republiktreue der baskischen Katholiken. Francos Sieg im Norden hatte gerade letzteres Problem beseitigt. Das spanische Episkopat konnte bei einem Franco-Sieg auf reiche Entlohnung hoffen: Schließlich war die Kirche vor der Republik größter Grundbesitzer gewesen, ihr politischer Einfluß auf maßgebende Führer der Rebellen, so auch Franco selbst, ohnehin groß. Es war denn auch nur folgerichtig, daß nach Italien und Deutschland Anfang Oktober der apostolische Nuntius Franco seine Beglaubigungsurkunde übergab.

4.8.37

Deutsche und italienische Marineeinheiten begannen ihre Angriffe auf die spanische Seeschiffahrt im Mittelmeer. Schon Ende Mai hatten deutsche Kriegsschiffe Almeria bombardiert. Ende Juni hatten Italien und Deutschland den **Nichteinmischungsausschuß** verlassen — die Maske wurde auch für die Weltöffentlichkeit heruntergezogen. Die französische (Spanien-) Politik war endgültig gescheitert und hatte die Republik — wegen der ausbleibenden Hilfe — mitentscheidend in die Niederlage getrieben.

11.8.37

Im republikanischen Lager galt es zunächst, den zweiten innenpolitischen Gegner, die **Anarchisten**, endgültig auszuschalten. Ihre letzte verbliebene Hochburg war das militärisch schwer gefährdete Aragon mit seinem überwiegend anarchistischen Verteidigungsrat und seiner kollektiven Landwirtschaft. Nach Inszenierung der schon bekannten Verleumdungskampagne verfügte die Zentralregierung die Auflösung des Verteidigungsrates, weil er dem Sieg der Republik im Wege stehe. Damit war das letzte revolutionäre Organ der Staatsgewalt beseitigt. Zugleich wurde unter Lister — auf Befehl des Rechtssozialisten Prieto — die XI. Division und Einheiten der Internationalen Brigaden in Marsch gesetzt, um Komitees und Kollektivbetriebe zu zerschlagen. Die Geschäftsstellen der CNT und der anarchistischen Organisation wurden von ihnen besetzt, später geschlossen. Die Kollektivierung und damit die Keimzellen eines neuen herrschaftsfreien Le-

23.4.37

24.4.37

2.-6.5.37

15.5.37

16.6.37



Alles Korn, was übrigbleibt, den landwirtschaftlichen Syndikaten! Dies ist die Losung, die uns der Krieg auferlegt. Welcher Bauer wird es wagen, sie nicht zu erfüllen?

bens waren am Ende. Immerhin hatte sie in Gesamtspanien etwa drei Millionen Menschen erfaßt. Ihre Wirtschaftlichkeit läßt sich kaum quantifizieren, allerdings sind ökonomische Mißerfolge kaum nachweisbar.

In der Folge wurde der revolutionäre Flügel der CNT/FAI völlig ausgeschaltet. Die weitgehend desolate CNT trat — da ihr eine andere Perspektive fehlte — für die Unterstützung des Kabinetts Negrín ein, die anarchistische Jugendallianz gliederte sich in die (kommunistische) antifaschistische Jugendallianz ein. Ende September wurde der letzte Widerstand des aragonischen CNT/FAI-Verteidigungsausschusses mit Waffengewalt gebrochen.

In der Folgezeit blieb nur noch ein innenpolitischer Gegner: Largo Caballero und der linkssozialistische Flügel der UGT. Währenddessen ihre Kaltstellung begann, konnten die Franco-Truppen einen entscheidenden Sieg erringen.

Zuvor wurde am 15.8.37 der zur Spionageabwehr gedachte Servicio de Investigación Militar (SIM) gegründet, der sich jedoch bald zu einer allmächtigen politischen Polizei entwickelte: ohne jedes Gerichtsverfah-

ren durfte der SIM aufgrund eigener Ermittlungen Verhaftungen vornehmen. Als sein »Erfinder«, der Rechtssozialist Prieto, den zunehmend kommunistisch unterwanderten Dienst an die Front zurückschicken wollte, wurde dies von sowjetischen Beratern verhindert. Der Unterdrückungsapparat der Republik wurde ausgebaut: Richter wurden von der Regierung bestellt, Sondergerichte für Spionage- und Hochverratsdelikte geschaffen, eine allgemeine regierungsmilitärische Pressezensur eingeführt sowie Gewerkschaftsversammlungen der öffentlichen Genehmigung unterworfen.

20.10.37

Am 20.10.37 fiel mit der Besetzung Gijóns Asturiens. Monatlang hatten das 14. und 17. Armeekorps — ca. 45000 Mann — in dem gebirgigen Land die nationalistischen Truppen einhalten können. Erst der Eingriff einer italienischen Division brachte den Durchbruch. Obwohl nach der Eroberung Asturiens ein langer Guerillakrieg be-



Auf republikanischer Seite waren Frauen in den verschiedensten Funktionen am Krieg beteiligt.

gann, war die Niederwerfung des republikanischen Nordens für Franco von größter Bedeutung:

- im Norden gab es Kohle und Eisenerz;
- hier lag die Basis für eine mögliche republikanische Kriegsindustrie;
- der Zweifrontenkrieg war beendet und gab Truppen für eine Offensive im Südwesten frei;
- nach den erfolglosen Angriffen bei Brunet und Belchite war endgültig klar, daß die republikanischen Streitkräfte einem massierten Angriff der nationalistischen Armeen mit ihren etwa 600000 Mann nicht würde standhalten können;
- Nationalspanien umfaßte den gesamten Westen und Nordwesten und war ein einheitliches, politisches Gebilde.

Bevor die Republik zu ihrem letzten militärischen Rettungsversuch ansetzte, ging der Kampf innerhalb der Linken seinem (vorläufigen) Ende entgegen.

21.10.37

Am 21.10.37 wurde Caballero verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Anfang vom Ende war die Spaltung der sozialistischen UGT Anfang Oktober durch die Kommunisten, nachdem heftige Auseinandersetzungen schon seit Mai um die Besetzung von Ämtern, das Verbot von Caballero haben Zeitungen sowie eine extensive Zensur den Ausschluß von etwa 200000 ihm feindlichen Gewerkschaftsmitgliedern usw. im Gange waren. Die Regierung war sich ebenso wie die Kommunisten sicher, daß Caballero in dem in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Streit den kürzeren ziehen würde. Doch weit gefehlt: der Gewerkschaftsboß konnte in Madrid noch einmal die Massen mobilisieren. Er sprach von seinen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, berichtete, wie sie seine Regierung gestürzt hatten, brandmarkte die Koalition der Rechtssozialisten mit den Kommunisten und protestierte dagegen, daß die Staatsgewalt eingesetzt werde, um ihn der UGT-Leitung zu berauben. Seine Rede hinterließ gewaltigen Eindruck, obwohl er in keiner Phase Ansätze einer Alternativpolitik erkennen ließ. Die Verhaftung Caballeros verhinderte ein nochmaliges Aufbäumen der (sozialistischen) linken Opposition. Die Regierung anerkannte Ende November den Spaltungsvorstand als alleinige legitime Vertretung der UGT.

16.11.37

Großbritannien sichert nun seine (Kapital-)Interessen ganz offen auch beim Franco-Regime: In Salamanca läßt es sich durch einen Geschäftsträger vertreten.

15.12.37

Zur Stabilisierung der Regierung Negrín, aber auch wegen der Notwendigkeit eines republikanischen militärischen Erfolges, versuchte man eine neue Offensive. Der Angriff der republikanischen Streitkräfte galt Teruel, das in einer

8.1.38,

Ausbuchung der nationalistischen Front lag Teruel wurde zur Materialschlacht. Beteiligt waren auf beiden Seiten 180000 Mann, die sich bei klirrender Kälte (-20°C) auf einen massierten Stellungskrieg einrichteten. Zum ersten Mal konnten die Republikaner massiert Flak-Abwehr einsetzen; die Kälte verhinderte zudem häufig den Einsatz der nationalistischen Luftwaffe.

Es dauerte bis zum 8.1.38, bis Teruel in republikanischer Hand war. Aber sie konnten nicht nachsetzen, vor allem, weil es ihnen an Reserven fehlte. So war es nur eine Frage der Zeit, bis die Franco-Truppen zu einer erfolgreichen Offensive ansetzen konnten. Weniger und besseres Material hatte, war der Sieger.

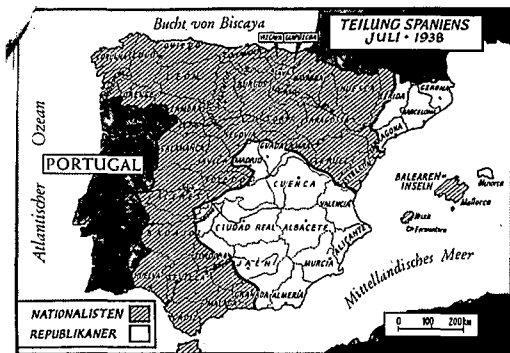
22.2.38

Am 22.2.38 räumen die Republikaner Teruel. Sie ließen 40000 Tote und eine völlig zerstörte Stadt zurück. Und auch hier begleiteten externe Auseinandersetzungen die Niederlage. Der sich später von den Kommunisten trennende Befehlshaber El Campesino behauptete, an den Kämpfen um Teruel seien hauptsächlich anarchistische Formationen beteiligt gewesen, denen die unter kommunistischem Einfluß stehenden höheren Kommandostellen weder Artillerie noch Truppennachschub sichern wollten: mit einem unbefriedigenden Ausgang in Teruel war der rechtssozialistische Verteidigungsminister Prieto nicht mehr zu halten. Entscheidend aber war.



Uniformabzeichen der Internationalen Brigaden.

Mit Teruel begann eine neue Phase des Krieges. Monatlang hatte nach dem Verlust des Nordens ein labiles militärisches Gleichgewicht geherrscht. Jetzt war die republikanische Front nicht mehr zu halten. Die nationalistische Offensive rollte nun lawinenartig weiter.



11.3.38

an der Aragon-Front und erreichten bis Mitte des Monats bei Vinaroz das Mittelmeer und schnitten damit Katalonien von Valencia und Castilla-la-Mancha/Murcia ab. Die republikanischen Truppen befanden sich in weitgehender Auflösung und waren zu diesem Zeitpunkt nur sehr bedingt einsatzfähig. Dieser Einbruch rief scheinbar noch einmal Frankreich auf den Plan.

Die dortige zweite Regierung Blum öffnete am ihre Spanien-Grenze und erzwang ernsthaft eine direkte Intervention in Katalonien, um dieses eventuelle Faustpfand zu sichern. Die Sorge vor einem europäischen Konflikt und die Ablösung Blums durch Daladier im April mit seiner Achsenmächte-freundlichen Politik ließen dies ebenso zu einer kurzen Episode werden wie die Lieferung französischer Waffen.

Die schwere Niederlage an der Aragón-Front führte am
zur Ablösung des Verteidigungsministers Prieto

5.4.38

Lied der Internationalen Brigaden

Text: Erich Weinert

1

*Wir, im fernen Vaterland geboren,
nahmen nichts als Haß im Herzen mit.
Doch wir haben die Heimat nicht verloren
unsre Heimat ist heute vor Madrid.
Doch wir haben die Heimat nicht verloren,
unsre Heimat ist heute vor Madrid.
Spaniens Brüder stehen auf der Barrikade.
Unsre Brüder sind Bauer und Prolet. —
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität —!
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität.*

2

*Spaniens Freiheit heißt jetzt unsre Ehre.
Unser Herz ist international.
Jagt zum Teufel die Fremdenlegionäre,
jagt ins Meer den Banditengeneral.
Träumte schon in Madrid sich zur Parade,
doch wir waren schon da, er kam zu spät.
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität —!*

3

*Mit Gewehren, Bomben und Granaten,
wird das Ungeziefer ausgebrannt.
Frei das Land von Banditen und Piraten,
Brüder Spaniens, denn euch gehört das Land.
Dem Faschistengesindel keine Gnade,
keine Gnade dem Hund, der uns verrät!
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität —!*

5.7.38

to. Zwei Motive bestimmten die Absetzung des Rechtssozialisten:

- Er hatte im engen Bündnis mit den Kommunisten den Staatsapparat wieder aufgebaut und die anarchistische bzw. linkssozialistisch-revolutionäre Opposition ausgeschaltet. Er war aber keineswegs bereit, den Kommunisten die Kontrolle über jenen Staatsapparat zu überlassen, sie aus der allgemeinen Disziplin auszusparen. Dies machte ihn nun zu einem gefährlichen Gegner der KP;
- von Negrín schied ihn die Bewertung der Ereignisse. Prieto war vom militärischen Untergang der Republik überzeugt und sah nur eine — allerdings sehr kleine — Chance für einen Verhandlungsfrieden. Hierzu hatte er 1937 mehrfach Kontakt mit der nationalistischen Seite. Der Ministerpräsident setzte dagegen auf den ausbrechenden europäischen Krieg. Ein Durchhalten der Republik würde ihr im europäischen Konflikt letztendlich den Sieg bringen. Diese Einschätzung lehnte Prieto ab.

24.7.38

Im Nichteinmischungsausschuß kam es zu einer »überraschenden« einstimmigen Entscheidung: die »Freiwilligen« beider Seiten sollten abgezogen werden. Frankreich und die Sowjetunion hatten sich zu diesem Zeitpunkt mit der Niederlage der Republik bereits abgefunden. Außenpolitische Interessen traten in den Vordergrund.

Bei der Kreml-Führung deutete sich mit diesem Kurswechsel eine Entwicklung an, die ein rundes Jahr später zum Hitler-Stalin-Pakt führte. De facto wurden italienische und deutsche Truppen nur ausgetauscht, die Internationalen Brigaden aufgelöst. Sie gingen zum Teil nach Frankreich, kämpften zum Großteil jedoch in spanischen Einheiten weiter.

Die heraufziehende Sudetenkrise, die zunehmenden Spannungen zwischen den Westmächten und Deutschland schienen der Regierung Negrín in ihrer These eines baldigen militärischen Konflikts — ungeachtet obiger Appeasement-Politik — Recht zu geben. Der Welt und den Spaniern sollte noch einmal vor Augen geführt werden, daß die Kampfkraft und -moral der Republik nicht gebrochen war.

Am
begannen die republikanischen Streitkräfte zur Überraschung aller ihren letzten großen Angriff: die Ebro-Offensive. Zwischen Tortosa und Caspe gelang es den Republikanern tatsächlich, einen breiten Brückenkopf über den Ebro zu treiben. Die Ebro-Schlacht wurde zum spanischen Verdun; es war klar: diesmal fiel die letzte Entscheidung. Die internationale Lage schien Negrín Recht zu geben: Die Sudetenkrise führte an den Rand des Krieges, und die deut-

30.9.38

1.10.38

15.11.38

26.1.39

- Mit dem Münchener Abkommen vom zerplatzten alle Hoffnungen auf ein Engagement der Westmächte. Sie und die Sowjetunion gaben Spanien auf, und auch Italien und Deutschland waren an einem schnellen Ende des Krieges interessiert, weil er sie jetzt bei ihren weiteren Plänen hinderte. Europa setzte auf Franco. Dies war auch das de-facto-Ende der Politik Negríns.
- Am
formulierte er in dreizehn Punkten die Bedingungen für einen etwaigen Kompromißfrieden. Dafür hatte das Franco-Lager nur blanken Hohn übrig: außer der bedingungslosen Kapitulation kam keine Lösung in Frage.
- Bis zum
gelang seinen Truppen die Zurückschlagung der republikanischen Truppen hinter dem Ebro. Der Weg nach Katalonien war frei. Der Aderlaß der Ebro-Schlacht — bis zu 100000 Tote, Verwundete und Gefangen — mußte den Untergang der Republik nach sich ziehen.
- Bis zum
dauern die Rückzugsgefechte der demoralisierten republikanischen Streitkräfte. Sie hielten den Rücken frei für den riesigen Flüchtlings-



Flüchtlinge auf dem Weg nach Frankreich.

9.2.39

- strom, der sich nach Frankreich wälzte. Hunderttausende versuchten, den franquistischen Einheiten zu entkommen; vor allem die bewaffneten Einheiten wurden interniert.
- Am
verlassen die letzten Einheiten mit ihrem Kommandanten Rojo Katalonien. Menorca fiel durch ein von Großbritannien vermitteltes Kapitulationsabkommen. Doch der Krieg war noch nicht zu Ende: Noch gab es jenen schmalen republikanischen Streifen zwischen Valencia und Madrid. Und jetzt brach noch einmal der Konflikt innerhalb der Linken auf.

1.3.38

Am
wurde unter Einbeziehung von Zivilisten die erste offizielle Regierung der nationalistischen Zone gebildet. Die im Kabinett zusammenkommenden sehr unterschiedlichen politischen Auffassungen garantieren eine weitere Stärkung des Caudillo ebenso wie eine zwischen ihnen hin und her schwankende Politik: Das Wappen der katholischen Könige wurde Staatswappen, national-revolutionären Plänen wurde eine Absage erteilt, jedoch zugleich an die Notwendigkeit sozialer Umgestaltung erinnert.

Ökonomisch konnte Nationalspanien auf gesicherte Verhältnisse bauen: in seiner Zone lagen wesentliche landwirtschaftliche und industrielle Zentren. Auf deren Nutzung zielten auch die Interessen vor allem der deutschen Bündnispartner Francos. Vor allem von den spanischen Erzen profitierte die deutsche Wehrwirtschaft auch während des Zweiten Weltkrieges (z.B. 1937: 2,584 Millionen Tonnen). Wichtige Firmenbeteiligungen ließen den deutschen Aufwand von ca. 400 Millionen Reichsmark für den spanischen Krieg als teilweise befriedigt erscheinen, zumal die militärischen Erkenntnisse von nicht unerheblichem Wert für die deutsche Wehrmachtsführung waren. Weitergehenden Ansprüchen Deutschlands entzog sich Franco, ebenso wie er Vorsicht vor einer allzu deutlichen politischen Bindung an den NS-Staat walten ließ. Der Beitritt zum Antikomintern-Pakt 1939 war der bedeutendste politische Erfolg, auch für Italien. Zwar konnte Mussolini im November 1936 einen Pakt für das westliche Mittelmeer auf der Habenseite buchen, ansonsten ging Italien jedoch weit schlechter aus der ökonomischen und politischen Kostenrechnung hervor als z.B. Deutschland. 14 Milliarden Lira hatte sie der Krieg gekostet, und nur einen kleinen Teil zahlte das Franco-Regime zurück. Ebenso energisch verweigerte es die von Italien erhofften Gebietsabtretungen vor allem auf den Balearen.

9.3.38

Am
begannen die Franco-Truppen ihre Offensive

5.3.39 Am besetzte die Regierung Negrin gegen den Widerstand der Armeeführung wesentliche Kommandoposten mit Kommunisten. In kleinen Stoßtrupps sollte weitergekämpft werden — und die eventuelle Räumung der republikanischen Zone lag damit in ihren Händen.

6.3.39 Dies brachte das Faß zum Überlaufen: In der Nacht zum putschte der den Linksozialisten nahestehende General Casado und bildete mit Militärs und — bis auf die Kommunisten — allen Volksfrontparteien und Gewerkschaften eine Junta. Ihnen erschien weiterer Widerstand sinnlos. Ein ehrenvoller Friede mit freiem Abzug war ihr Ziel. Zudem entlud sich hier all der aufgestaute Haß der Anarchisten und Linksozialisten gegen die (nun eindeutig erfolglosen) Kommunisten bzw. die Regierung Negrin.

Noch am selben Tag setzten sich die Negrin- und die PCE-Führung nach Afrika ab. Gleichwohl begann in Madrid trotz der bedrohlichen Situation ein zweiter Bürgerkrieg innerhalb der Linken. 2000 Opfer kostete dieser sinnlose Kampf — und öffnete Madrid dem Einmarsch der Franco-Truppen.

28.3.39 Am ist der Bürgerkrieg zu Ende. Auch für den Versuch der Evakuierung war es zu spät. Die von der Junta erbetenen Schiffe für den Abtransport von Flüchtlingen blieben aus. Paris und London taten nichts, die Sowjetunion hatte Spanien längst fallengelassen. Zehntausende wanderten in die Gefängnisse und vor Francos Scharfrichter.

Der Weg ins Exil war hart. Frankreich gewährte im Prinzip Asyl, aber die französischen Behörden setzten das Prinzip nur widerwillig in die Praxis um und waren auch in kleinen Dingen nicht großzügig. Fürs erste war man in Sicherheit; zu welcher politischen Richtung man zählte, spielte keine Rolle. Aber im September 1939 brach der Krieg aus, und ein großer Teil der Flüchtlingsmasse wurde wieder ins Lager geworfen. Die Regierung Pétain fand nichts Arges dabei, Spanier an Deutschland auszuliefern: viele Tausende, darunter Largo Caballero, kamen in deutsche Konzentrationslager, manche in Vernichtungslager. Einige prominente Politiker übergab Pétain direkt der Franco-Polizei; sie wurden hingerichtet. Spanische Flüchtlinge in größerer Zahl nahmen, namentlich im Südosten Frankreich, teil am Maquis, an der französischen Widerstandsbewegung. Obgleich das amerikanische Volk in seiner Mehrheit das Franco-Regime verurteilte, gewährten die Vereinigten Staaten nur einer kleinen Schar spanischer Flüchtlinge ihre Gastfreundschaft.

Eine schmerzhaft Enttäuschung bereitete ihren spanischen Parteigängern die Sowjetunion.

Zwar zeigte sich die Sowjetregierung bereit, viele spanische Flüchtlinge aufzunehmen und einigen hohen Funktionären der spanischen Kommunistischen Partei ein bequemes Leben und mancherlei Privilegien zu schaffen; aber die meisten spanischen Flüchtlinge litten bittere Not und schwere Mühsal.

Im Vergleich zur unfreundlichen parteiischen oder von vornherein böswilligen Behandlung der Flüchtlinge in Ländern, wo sie politische Freundschaft erwartet hatten, tritt um so vorteilhafter die großzügige Gastfreundschaft Mexikos hervor. Die mexikanische Regierung hatte die Grenzen des Landes allen geöffnet, die eine Zufluchtstätte suchten, und ihnen eine neue Wirkungsstätte geboten. Wohl auch zum eigenen Vorteil. Die meisten spanischsprechenden Länder Lateinamerikas ziehen einen beachtlichen Gewinn aus dem geistigen und kulturellen Beitrag der spanischen Republikaner; nicht wenige haben im Wirtschaftsleben, in der Presse, in den Hochschulen einen ihnen gebührenden Platz gefunden.

Arthur Koestler:*

Warten auf den Tod

Ich hatte während meiner beiden ersten Gefängnismonate in vollständiger Isolation gelebt. Jetzt erst, da ich Kontakt mit anderen Gefangenen bekam, erfuhr ich, was rings um mich vorging.

Ich erfuhr, daß in der Woche nach meiner Einlieferung siebenunddreißig Menschen aus dem großen Patio erschossen worden waren.

In der letzten Februarwoche hatten keine Hinrichtungen stattgefunden; im März fünfundvierzig.

Fast durchwegs Kriegsgefangene von den Fronten. Die Prozedur war bei allen die gleiche wie bei Nicolas.

Kein einziger wurde ohne Prozeß erschossen, das ist wahr. Aber diese Prozesse waren schändlicher als das formlose Niederknallen der Gefangenen unmittelbar nach dem Gefecht an der Front.

Bei sämtlichen Kriegsgefangenen, ausnahmslos, lautete die Anklage auf bewaffneten Aufstand, »Rebelión Militar«. Ich weiß nicht, ob die von Franco ernannten Scheingerichtshöfe diese Formulierung für einen besonders gelungenen Witz hielten, oder ob sie sich des Aufstandsparagraphen bedienten, weil er der bequemste ist. Die Anklage bedeutete die denkbar zynischste Umkehrung der Fakten; die Gerichte waren illegal; das Verfahren war die Parodie eines Prozesses — aber die Urteile wurden vollstreckt.

Der Verlauf der sinistren Komödie war immer der gleiche. Die Verhandlung dauerte zwei, drei Minuten. Der, den sie den Staatsanwalt nannten, beantragte den Tod; immer und ausnahmslos. Der, den sie den Verteidiger nannten, beantragte 'Lebenslänglich infolge milderer Umstände'; immer und ausnahmslos. Dann wurde der Gefangene abgeführt, das Urteil erfuhr er nicht. Es wurde gefällt, sobald er aus der Tür war; es lautete auf Tod; immer und ausnahmslos. Das Militärgericht sandte das Urteil an den Militärbefehlshaber der südlichen Streitkräfte, General Queipo de Llano. Die Abfertigung durch Queipo erfolgte listenweise. Zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der Verurteilten — je nach der Laune Queipos oder der Lage an den Fronten — wurden begnadigt. Die andern erschossen.

Formell stand die letzte Entscheidung General Franco zu. In Fällen, wo internationale Komplikationen zu befürchten waren wie bei dem meinigen, machte Franco mitunter von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch. Für die Pobres und Humildes galt das nicht. Er bekam ihre Namenslisten gar nicht zu Gesicht. Nicolas wurde am vierten Tag nach der Verhandlung erschossen. Es ist technisch unmöglich, daß der Akt in drei Tagen vom Gericht zu Queipo de Llano, von Queipo zu Franco in Salamanca oder Burgos und von dort zurück nach Sevilla gelangt sein konnte.

Von der Stunde an, da er das Militärgericht verlassen hatte, wurde der Verurteilte über sein Schicksal im Ungewissen gelassen. War er zu dreißig Jahren begnadigt worden, dann wurde ihm das brieflich mitgeteilt — nach acht Tagen oder nach zwei Monaten oder nach einem Jahr. War das Todesurteil bestätigt, so erfuhr er es erst, wenn man ihn zur Hinrichtung abholen kam.

In der Zwischenzeit durfte er auf dem Patio Fußballspielen, bockspringen und sich täglich an den Knöpfen abzählen, ob er in der betreffenden Nacht erschossen wird.

Es liefen auf dem Patio Leute herum, die seit vier Monaten auf ihre Hinrichtung warteten. Den Rekord hielt ein Kapitän der Miliz: viereinhalb Monate. Er wurde erst einige Tage vor meiner Entlassung erschossen.

Nicolas hatte Glück gehabt, daß es bei ihm so schnell ging.

Im März wurden fünfundvierzig erschossen.

In den ersten dreizehn Tagen des April gab es keine Hinrichtungen.

In der Nacht vom dreizehnten zum vierzehnten April wurden zur Feier der Republik siebzehn erschossen. Darunter Nicolas.

Zwei Nächte später, vom Donnerstag auf den Freitag, wurden acht erschossen. Das war das erstmal, daß ich es hörte. Es ging sehr gedämpft dabei zu. Vielleicht ist das der Grund, warum ich bis dahin nichts gehört hatte. Aber jetzt war ich auf der Lauer.

Ich wußte jetzt, daß die kritische Zeit zwischen Mitternacht und zwei Uhr früh ist. Einige Tage hindurch stand ich um Mitternacht auf und stand bis zwei Uhr früh Wache, das Ohr an die Tür gepreßt.

In der ersten Nacht, der Nacht nach Mittwoch, geschah nichts.

In der zweiten Nacht —

Es befällt mich immer noch eine leichte Übelkeit, wenn ich an jene Nacht denke.

Ich hatte vorher geschlafen und wachte kurz vor Mitternacht auf. In der tauben Stille des Gefängnisses, geladen mit den Alpträumen von dreizehnhundert schlafenden Männern, hörte ich die gemurmelte Litanei des Priesters und das gedämpfte Läuten der Meßglocke.

Dann wurde die Tür einer Zelle aufgeschlossen, die dritte links von mir, und ein Name wurde hineingerufen. Eine schläfrige Stimme fragte: »Qué?« — was ist los? — und der Priester räusperte sich und betete lauter und die Meßglocke läutete stärker.

Jetzt hatte der schläfrige Mann in seiner Zelle begriffen. Zuerst stöhnte er nur, dann rief er mit ersticker Stimme um Hilfe; »Socorro! socorro!«

»Mann, da gibt es keine Hilfe«, sagte der Wächter, der den Priester begleitete. Er sagte es weder freundlich noch feind-

selig; er stellte eine Tatsache fest. Eine Weile war der Mann, den sie zum Sterben holten, still; der nüchterne, sachliche Ton des Wärters hatte ihn zum Verstummen gebracht. Dann begann er zu lachen. Er lachte nicht laut und keineswegs theatralisch; er schlug sich nur mit den Händen auf die Knie und schluckte und kicherte. »Ihr macht ja bloß Spaß«, sagte er zum Priester. »Ich wußte es gleich, daß ihr bloß Spaß macht.«

»Mann, das ist kein Spaß«, sagte der Wärter in dem gleichen trockenen Ton wie vorher. Sie führten ihn ab.

Ich hörte ihn noch von draußen schreien. Die Salve kam erst einige Minuten später. Inzwischen hatten Priester und Wärter die nächste Zellentür geöffnet — es war Nr. 42, die zweite zu meiner Linken. Und der Priester betete wieder und die Glocke läutete wieder. Der Mann auf 42 weinte und schnupfte durch die Nase wie ein Kind. Dann rief er nach seiner Mutter: »Madre, Madre!«

Und nochmals: »Madre, Madre!«

Der Wärter sagte: »Mann, warum hast du nicht vorher an sie gedacht?«

Sie führten ihn ab.

Sie gingen zur nächsten Tür. Mein Nachbar sagte nichts, als sie ihn riefen. Wahrscheinlich hatte er an der Tür gelauscht wie ich und war vorbereitet. Aber als der Priester das Gebet beendet hatte, fragte er halblaut: »Warum muß ich sterben?« Der Priester antwortete mit einem Satz, sehr feierlich gesprochen, nur etwas eilig. »Glaub' an Gott, Mann; der Tod bedeutet die Freiheit.«

Sie führten ihn ab.

Sie kamen zu meiner Zelle und der Priester schob den Riegel zurück. Ich sah ihn durch den Spion, ganz nahe. Er war ein kleiner, schwarzer, speckiger Mann.

»Diesen nicht«, sagte der Wärter.

Sie gingen zur nächsten Tür. Auch dieser war bereits wach. Er stellte keine Fragen. Während der Priester sein Gebet her-sagte und mit der Meßglocke läutete, begann er leise die Marseillaise zu singen. Aber nach den ersten Takten brach seine Stimme und auch er begann zu weinen.

Sie führten ihn ab.

Ringsherum war wieder alles still.

Und ich verstand, warum der Valutaschieber aus Gibraltar gesagt hatte, er und seine Freunde würden demnächst auf Nummer neununddreißig übersiedeln können.

Ich wachte in dieser Nacht wiederholt mit dem Gefühl auf, daß meine Pritsche zitterte, als ob ein Erdbeben wäre. Dann merkte ich, daß es mein eigener Körper war, der von einem Nervenschock geschüttelt hin und her flog. Sobald ich aufwachte, wurde ich still; sobald ich einschlief, begann das Schütteln wieder. Ich dachte schon, der Schock werde bleiben wie bei den Kriegsschüttlern; aber ich hatte nur noch zwei Rückfälle in den kommenden Tagen, dann ging es vorbei. Schlimmer erging es Carlos. Er hörte das gleiche, was ich gehört hatte. In der Nacht nach dem Freitag wurden neun erschossen, in der Nacht nach dem Samstag dreizehn. Wir hörten alles, vier Nächte hindurch. Montag früh wurde ich in die Zelle Carlos' gerufen: er lag bewußtlos auf dem Boden vor der Tür, Schaumblasen vor dem Mund, beide Füße steif und gelähmt.

Innerhalb von fünf Tagen hatten sie siebenundvierzig Menschen erschossen. Das war selbst für dieses Gefängnis ein Rekord; die Gesichter auf dem Patio waren grau, beim Fußballspiel gerieten sich zwei in die Haare und rissen sich ganze Strähnen aus. Die Wärter, die Nachtdienst hatten, schlichen am nächsten Morgen mit umränderten Augen über den Korridor, scheu und verstört. Sogar der Angelito, der Nacht für Nacht die Todeszellen zu öffnen hatte, kam eines Morgens mit verweinten Augen. »Wenn das so weitergeht«, sagte er, »machen sie uns noch alle nieder.«

Am besten hielten sich meine beiden Republikaner auf dem Siesta-Patio. Einmal, am Sonntag, als wir zum Fenster einer der Massenzellen emporsahen, wo einer ihrer Freunde täglich Punkt Drei durchs Gitter zu winken pflegte, signalisierten seine Zellengefährten, daß es ihn letzte Nacht erreicht hatte. Darauf mußte sich Byron übergeben; nachher zündete er sich eine Zigarette an und riß eine Zote.

Wenn wir vom Patio in unsere Zellen zurückgeführt wurden, wagten wir aus Aberglauben nicht »Hasta manana«, »Bis morgen« zu sagen. Wir murmelten »Hasta...« und schämten uns, daß wir so abergläubisch waren.

Einmal abends kam Don Antonio nach der Essensausstellung in meine Zelle zurück. »Warum ißt du so wenig?« fragte er. Ich sagte, ich hätte keinen Appetit. »Fürchtest du dich?« fragte er. Ich überlegte eine Weile, dann sagte ich: »Ja.« Er antwortete nicht, zuckte die Achseln, bot mir eine Zigarette an und machte die Zellentür vorsichtig zu, ohne sie ins Schloß zu werfen.

Carlos erzählte mir, aus der Zelle Johnnys habe man die Nacht vorher zwei herausgeholt. Johnny habe ihm erzählt, daß beide geweint hätten und habe Witze gerissen, wie feige die Roten seien. Carlos hatte ihn gefragt, ob Johnny nicht selber Angst habe. Johnny sagte, er sei ja kein Roter. Einer der erschossenen Roten habe ihm tags vorher zwei Peseten geborgt, jetzt brauche er sie wenigstens nicht zurückzugeben.

Auch das gab es.

Ich fragte Carlos, ob er nachher weiter Johnny Freundschaft zu halten gedenke. Er sagte, er würde ihn am liebsten mit seinen nackten Händen erwürgen.

Wir waren mit solchen Ausdrücken sehr freigiebig geworden. Der Tod ging um, er surrte uns wie eine lästige Fliege ums Gesicht. Wo man ging und stand, das Surren war nicht loszuwerden.

Man wurde nervös. Sehr nervös.

In der Nacht nach dem Samstag hörte ich noch einmal das gleiche Lachen, wie bei dem von Nummer dreiundvierzig. Es wirkte bedenklich ansteckend; und ich wunderte mich, daß alles so glatt abging.

Während ich am Sonntag auf dem Patio draußen war, beugte sich aus einem der Fenster der Massenzellen ein Kopf heraus — diese Zellen hatten keine Gitter. Der Mann hatte eine schwarze Mütze auf einem kleinen, häßlichen Kopf sitzen; er sah aus wie ein Jockey. Er rief herunter, ob einer Ungarisch könne.

Ich bin ungarischer Abstammung; das mußte sich im Gefängnis herumgesprochen haben.

Der Mann rief mir ungarisch zu, daß er gestern einen Brief bekommen habe, wonach er im Laufe der nächsten zwei Tage erschossen werde. Wenn ich je nach Ungarn zurückkomme, möge ich seine Familie verständigen.

Ich sagte, daß sei Unsinn, niemandem werde vorher die Erschießung mitgeteilt.

Während ich mit dem Ungarn sprach, wagte ich nicht, den Kopf nach oben zu drehen; wir standen mit Byron einander gegenüber und gestikulierten, damit der Dienstchef an seinem Fenster glauben sollte, wir unterhielten uns.

Der Ungar antwortete, er habe den Brief nicht verstanden, da er nicht Spanisch könne, aber seine Zellengefährten hätten ihm gesagt, drin stünde, daß er erschossen wird. Dann sagte er noch, aus der Nachbarzelle hätte man im letzten Monat fünfundzwanzig weggeführt.

Ich fragte, wohin.

Er sagte: »Fragen Sie doch nicht so dumm. Wohin man alle Spanier führt. Auf die Schlachtbank.«

Am nächsten Tag war der Ungar immer noch da. Er warf mir einen Brief an seine Frau herunter. Ich wagte wieder nicht, zu ihm hinaufzuschauen; man hatte mich gewarnt: in der Barbierstube, deren Fenster gleichfalls auf den Patio gingen, saßen Leute, die alles, was sie sahen, dem Dienstchef denunzierten.

In den nächsten Tagen bekam ich wiederholt Zettel aus den Fenstern zugeworfen, die mich vor Spionen warnten. Einige warnten vor Carlos, dessen Hakenkreuz allen aufgefallen war. Einer der Zettel lautete: »Gibt acht, Ausländer, hier gibt es Spione, die ihr Leben retten wollen, indem sie andere ans Messer liefern.«

Die Zettel fielen zu kleinen Kugeln geballt, oder zusammengerollt und mit einer Schnur umwickelt, von oben herunter. Wenn wir einen Zettel am andern Ende des Hofes herunterfallen sahen, schlenderten zwei von uns hinüber, blieben stehen, unterhielten sich, ließen schließlich eine Zigarette oder ein Buch fallen, um ihn unbemerkt aufheben zu können. Dann wurde der Zettel in der Hosentasche auseinandergefaltet, ins Buch hineingelegt. Dann setzte man sich mit dem Rücken zur Mauer und las — scheinbar das Buch, in Wirklichkeit den Zettel.

Tags darauf war der Ungar immer noch da. Er warf mir einen neuen Abschiedsbrief an seine Frau zu.

Fünf Tage lang tauchte sein Kopf Punkt Zwei am Fenster auf und ein neuer Abschiedsbrief an seine Frau fiel herunter.

Am sechsten Tag erschien einer seiner Zellengenossen hinter ihm, schnitt eine Grimasse und tippte sich an die Stirn. Uns begann etwas zu dämmern.

Des Rätsels Lösung erfuhren wir dann via Johnny-Carlos. Der Ungar war ein Freiwilliger aus der Fremdenlegion Francos, der wegen eines gemeinen Deliktes im Gefängnis war. In seiner Zelle saßen fünf zum Tode verurteilte republikanische Milizianos. Drei von ihnen wurden in der betreffenden Woche erschossen. Es war kein erhebendes Gefühl für sie, die Zelle mit dem Feind zu teilen. Noch dazu mit der verhaßtesten Sorte von Feind: mit dem ausländischen Söldner; und vor seinen Augen zum Sterben geführt zu werden. Der Mann aus der Fremdenlegion konnte kein Spanisch. Als er von der Behörde ein Schreiben mit irgendeiner dienstlichen Mitteilung erhielt, redeten sie ihm ein, er werde erschossen. Sie wollten die Genugtuung haben, daß auch er fühle, wie das Warten auf den Tod schmeckt. Nach einer Woche hatten die beiden Überlebenden sein Gejammer satt und klärten ihn auf. Kurz darauf wurde er in Freiheit gesetzt.

Carlos fragte mich, was ich über das Verhalten der Milizionäre dachte. Ich sagte, daß ich ihre Handlungsweise für durchaus verdammenswert halte, und daß ich an ihrer Stelle genauso gehandelt hätte.

Von Dienstag auf Mittwoch wurden siebzehn erschossen.

Von Donnerstag auf Freitag wurden acht erschossen.

Von Freitag auf Samstag wurden neun erschossen.

Vom Samstag auf Sonntag wurden dreizehn erschossen.

Ich riß mir Streifen von meinem Hemd ab und stopfte sie mir in die Ohren, um nichts zu hören. Es nützte nichts. Ich zerschchnitt mir mit dem Glassplitter das Zahnfleisch, behauptete, Zahnfleischblutungen zu haben, um jodgetränkte Watte zu bekommen. Die Watte steckte ich mir in die Ohren; es nützte auch nichts.

Unser Gehör nahm übernatürliche Schärfe an. Wir hörten alles. Wir hörten in den Nächten der Erschießungen um zehn Uhr abends das Telefon im Büro läuten. Wir hörten den diensthabenden Wächter sich melden. Wir hörten, wie er in kurzen Abständen wiederholte: desgleichen ... desgleichen ... desgleichen ... Wir wußten, es war die Staatsanwaltschaft, die die Liste der in dieser Nacht zu Erschießenden durchgab. Wir wußten, daß der Wärter vor jedem »desgleichen« einen Namen niederschrieb. Aber wir wußten nicht, ob die unsern dabei waren.

Das Telephon läutete immer um zehn. Dann hatte man bis Mitternacht oder bis Eins Zeit, auf seiner Pritsche zu liegen und zu warten. Jede Nacht machte man die Bilanz seines Lebens und jede Nacht fiel sie ungünstiger aus.

Um Zwölf oder Eins hörten wir dann den schrillen Klang der Nachtglocke. Das war der Priester mit dem Peleton. Sie kamen immer zusammen.

Dann begann es. Das Öffnen der Türen, das Läuten der Meßglocke, das Beten des Priesters, die Hilferufe und die Schreie nach der Mutter.

Es kam näher auf dem Korridor, es entfernte sich, es kam näher, es entfernte sich. Jetzt waren sie bei den Nachbarzellen; jetzt waren sie auf dem andern Flügel; jetzt kamen sie zurück. Am deutlichsten war immer die Stimme des Priesters.

»Herr, erbarme dich dieses Mannes, Herr, verzeihe ihm seine Sünden, Amen.« Wir lagen auf unsern Pritschen und klappten mit den Zähnen.

Von Dienstag auf Mittwoch wurden siebzehn erschossen.

Von Donnerstag auf Freitag wurden acht erschossen.

Von Freitag auf Samstag wurden neun erschossen.

Von Samstag auf Sonntag wurden dreizehn erschossen.

Sechs Tage sollst du arbeiten, sprach der Herr, am siebten, dem Sabbath, sollst du ruhen.

Von Sonntag auf Montag wurden drei erschossen.

* A. Koestler, als Kriegsreporter in Spanien. Wird 1937 in Mälaga verhaftet und wartet 3 Monate auf seine Hinrichtung. Eine internationale Protestwelle rettet ihm das Leben.

aus: A. Koestler, Ein spanisches Testament, Frankfurt/M. 1980, S. 159-167.

Die ausländische Intervention im spanischen Bürgerkrieg

Die Gesamthilfe des Auslandes für die beiden Parteien im spanischen Bürgerkrieg läßt sich schwer genau berechnen. Die deutsche Hilfe für Franco betrug ungefähr 500 Millionen Reichsmark. Davon entfielen 88 Mill. RM auf Gehälter und Unkosten, deren Bezahlung die Deutschen von den Spaniern nicht verlangten, 124 Mill. RM auf direkte Lieferungen an Nationalspanien und 354 Mill. RM auf die Legion Condor (GD, 892 und GD XI, 329). Nachher waren die Spanier mit einer Summe von 378 Mill. RM einverstanden, die auch die Deutschen akzeptierten — unter der Voraussetzung, daß 45 Mill. RM für Deutsche, die in Spanien während des Bürgerkriegs Verluste hatten, ebenso akzeptiert wurden, wie die 15 Mill. RM für Privatspenden nach Spanien. Die letztere scheint in Spanien 300 Tote gehabt zu haben. (Aznar, 862.) Die deutschen Truppen in Spanien erreichten zur Zeit des Höchststandes im Herbst 1936 eine Präsenzstärke von etwa 10000 Mann. An der Parade der Legion Condor in Berlin im Mai 1939 nahmen 14000 Spanienkämpfer teil. Insgesamt wurden wahrscheinlich 16000 Deutsche auf nationalspanischer Seite eingesetzt, unter ihnen allerdings zahlreiche Ausbilder und Zivilisten. Die Stärke der Legion Condor betrug stets etwa 6000 Mann. Der Legion waren 30 Panzerabwehrkompanien beigegeben. Oberst v. Thoma, der die deutsche Panzertruppe in Spanien befehligte, sagte 1945 gegenüber den Amerikanern aus, daß er im spanischen Bürgerkrieg insgesamt 192 Panzergefechte mitmachte. (Liddell Hart, *The Other Side of the Hill*, 126.) Über Menge und Art des nach Spanien gelieferten deutschen Kriegsmaterials sind keine Einzelheiten feststellbar.

Mitte 1937 erreichten die italienischen Streitkräfte mit 50000 Mann ihren Höchststand. Die meisten, abgesehen von den Offizieren, gehörten der faschistischen Miliz an. (S. Dante L. Germini, *The Italian Fascist Party in Power*, Minneapolis, 1959.) Man nannte damals höhere Zahlen, weil man die spanischen Einheiten, die von den italienischen Offizieren und Offizieren geführt wurden, für ausschließlich italienisch hielt. Die Zahl der in Spanien gefallenen Italiener betrug etwa 6000. (*Documents on German Foreign Policy*, Band XI, 214.) Die halbamtliche Nachrichtenagentur Stefani zählte 1941 die italienische Hilfe für Nationalspanien auf; die Ziffern dürften stimmen. Italien sandte danach folgendes Kriegsmaterial nach Spanien: 763 Flugzeuge, 141 Flugzeugmotoren, 1672 Tonnen Bomben, 9250000 Schußmunition, 1930 Kanonen, 10135 Stück automatische Feuerwaffen, 240747 Stück Handfeuerwaffen, 7514537 Schuß Artilleriemunition und 7663 Kraftfahrzeuge. (*New York Times*, 28. Feb. 1941.) Nach italienischen Presseangaben aus dem Jahr 1939 leisteten die italienischen Piloten im spanischen Bürgerkrieg 135265 Flugstunden, flogen 5318 Einsätze, trafen 224 Schiffe mit Bomben und machten 266 Luftkämpfe mit, in denen sie 903 feindliche Flugzeuge abschossen. Diese Statistik erscheint, ausgenommen vielleicht die letzte Ziffer, durchaus wahrheitsgemäß. Insgesamt wurden, wenn auch nicht gleichzeitig, 5699 Soldaten und 312 Zivilisten von der italienischen Luftwaffe eingesetzt. Auch 91 italienische Kriegsschiffe, einschließlich der Unterseeboote, nahmen am spanischen Bürgerkrieg teil. Die italienischen U-Boote sollen Schiffe mit insgesamt 72800 BRT versenkt haben. Das ist sicher von den Italienern nicht zu niedrig geschätzt. (Ziffern bei Alvarez del Vayo, *Freedom's Battle*, 65.) Italien sandte 1941 eine Rechnung über den Gegenwert einer Milliarde RM an Franco. Ciano hatte Hitler gegenüber ein Jahr vorher fast die doppelte Ziffer für Francos Schulden an Italien genannt. (*Documents on German Foreign Policy*, Band XI, 214.) Die Milliarde deckt sich annähernd mit einigen schon während des Bürgerkrieges bekanntgewordenen Schätzungen.

Die portugiesische Hilfe läßt sich nicht genau übersehen. Man weiß aber, daß etwa 20000 portugiesische »Freiwillige« in der sogenannten Legion de Viriato kämpften. Davon fielen etwa 8000. (Hodgson, 70.) Für die Nationalisten kämpften auch 600 Iren unter dem »General« O'Duffy. Sie hatten nur geringe Verluste. Auf nationaler Seite kämpften keine Ame-

rikaner, mit Ausnahme des Fliegers Patriarca, der im Oktober 1936 über republikanischem Gebiet abgeschossen wurde, und eines gewissen Stuart Castle. Die Zahl der für Franco kämpfenden Engländer erreichte höchstens ein Dutzend; die meisten von ihnen waren halb irischer Herkunft. In der spanischen Fremdenlegion gab es auch eine Bandera Jeanne d'Arc unter Hauptmann de Bonneville de Marsagny, die aus einer Gruppe rechtsradikaler Franzosen bestand. Die Requetés hatten auch eine Kompanie weißrussischer Emigranten in ihren Reihen. Schließlich kämpften auf nationaler Seite auch einige Halbfaschisten aus osteuropäischen Ländern mit.

Am 27. Oktober 1936 wurde in Rußland verlaublich, daß die »von russischen Arbeitern aufgebrachte« Gesamtsumme an Spanienspenden 47 395 318 Rubel betrug. Es folgten keine weiteren Verlaubarungen und wahrscheinlich auch keine weiteren Spenden dieser Art. Es steht nicht fest, ob Rußland diese »Spenden« als Geschenk oder als Darlehen an die spanische Republik ansah. Gerade am Tag nach der vorhin genannten Meldung wurde russisches Kriegsmaterial zum erstenmal auf dem spanischen Kriegsschauplatz eingesetzt. Im Jahre 1936 behauptete die Sowjetregierung, die spanische Republik schulde ihr 50 Millionen Dollar über den 1936 nach Odessa gesandten Goldschatz von etwa 300 Millionen Dollar hinaus. Republikanische Ziffern über die Kosten der Auslandshilfe liegen nicht vor. Louis Fischer berichtete, daß das in Rußland hinterlegte Gold zur Bezahlung der republikanischen Waffenkäufe in allen Ländern verwendet wurde. Die Rechnungen wurden über Sowjetbanken in London und Paris beglichen. Im ganzen kann man den Gegenwert der russischen (und von der Komintern beschafften) Hilfe für die spanische Republik auf etwa eine Milliarde Mark schätzen. Auch die Gesamtziffer der Komintern-Waffenhilfe für die spanische Republik läßt sich schwer genau berechnen. Auf Grund von Beuteziffern und nach anderen Quellen schätzte das Hauptquartier Francos im Oktober 1938 die Gesamtmenge des über die französische Grenze von Juli 1936 bis Juli 1938 ins republikanische Spanien gekommenen Kriegsmaterials wie folgt: 198 Kanonen, 200 Panzer, 3247 Maschinengewehre, 4000 Lastautos, 4565 Tonnen Munition, 9579 Fahrzeuge verschiedener Art und 14880 Tonnen Brennstoff. Diese Lieferungen stammten hauptsächlich aus Rußland, Tschechoslowakei und Amerika. Die angegebenen Zahlen sind gewiß nicht zu niedrig geschätzt. Ein Teil dieser Lieferungen stammte direkt von der französischen Regierung, die auch etwa 200 Flugzeuge direkt an die Regierung der spanischen Republik lieferte. (*The International Brigades*, 33.) Man kann diese Lieferungen in der Hauptsache als Komintern-Hilfe zusammenfassen. Wenn Louis Fischers Bericht, wonach alle republikanischen Waffenkäufe über Rußland bezahlt wurden, zutrifft, so ist der Unterschied zwischen Komintern und Nichtkomintern nicht so wichtig.

Hinsichtlich der sowjetischen Hilfe auf dem Seewege gibt es nur einen Bericht, der den Anspruch erhebt, umfassend zu sein. Es ist der Bericht des deutschen Militärattachés in Ankara. (D. C. Watt in *Slavonic and East European Review*, Juni 1960.) Diese Übersicht ist allerdings nicht ganz vollständig. Sie enthält nicht die Lieferungen nach dem März 1938, obwohl feststeht, daß es noch einige gab. Auch ist nicht klar, ob die beiden Teile des Berichts sich auf zwei verschiedene Gruppen von Lieferungen beziehen. Die anschließend gegebenen Ziffern beruhen auf beiden Teilen. Die Gesamtzahl der Ausländer, die in den internationalen Brigaden kämpften, betrug etwa 40000. Diese dienten aber nicht alle gleichzeitig; die Stärke der Brigaden überschritt nie 18000 Mann. (Wintringham, 37; Rolfe, 8.) Die Ziffern wurden seinerzeit stark übertrieben; man hatte den Eindruck, daß die internationalen Brigaden mehr oder minder an die Stelle der republikanischen Armee getreten wären. Das spanische Außenministerium hat 1952 eine Schrift *The International Brigades* (in englischer Sprache) herausgegeben, die zwar viel interessantes Material bringt, aber an der übertriebenen Ziffer von 125000 Mann festhält.

Wahrscheinlich kämpften weitere 5000 Ausländer zeitweise in anderen Einheiten der republikanischen Armee, namentlich in Katalonien. Die größte nationale Gruppe unter den Freiwilligen bildeten die Franzosen mit 10000 Mann, von denen 3000 fielen. (*L'Épopée d'Espagne*. Diese Schrift spricht von 8500 französischen Freiwilligen. Man hört auch Ziffern bis zu 15000 Franzosen.) Ferner waren 5000 Deutsche und Österreicher da, von denen 2000 fielen. (Kantorowicz, *Spanien*, bis zu 15000 Franzosen.) Ferner waren 5000 Deutsche und Österreicher da, von denen 2000 fielen. (Ferrara, 268-89. Darunter waren 1819 Komisches Tagebuch, 15.) An nächster Stelle folgt Italien mit 3350 Freiwilligen. (Ferrara, 268-89. Darunter waren 1819 Komisches Tagebuch, 15.) An nächster Stelle folgt Italien mit 3350 Freiwilligen. (Ferrara, 268-89. Darunter waren 1819 Komisches Tagebuch, 15.) Aus den Vereinigten Staaten kamen 2800 Freiwillige, von denen 900 fielen. (Rolfe, 7.) Aus England kamen 2000 Mann, von denen mehr als 500 fielen. Außerdem wurden 1200 Engländer verwundet. (Rust, 210. Nach Neal Wood, 56, sollen es 2762 Engländer gewesen sein, von denen 543 fielen und 1762 verwundet wurden.) Ferner gab es 1000 kanadische, 1200 jugoslawische, 1000 ungarische und 1000 skandinavische Freiwillige. (Die 1200 Jugoslawen nennt Zilliadische, 102. Dagegen spricht Dedijer, 108, von 1500 jugoslawischen Freiwilligen.) Die übrigen 5000 Freiwilligen kamen aus 53 Ländern. (Alec Digges von der *International Brigades Association*.) Etwa 3000 Angehörige der Brigaden waren jüdischer Abstammung. (*Épopée d'Espagne*.) In der offiziellen sowjetischen Geschichte des zweiten Weltkriegs werden 557 sowjetische »Freiwillige« angeführt: 23 militärische Berater, 49 Instruktoren, 29 Artilleristen, 141 Piloten, 107 Mann Panzerbesatzung, 29 Mann Schiffsbesatzung, 73 Dolmetscher und 106 Techniker, Ärzte und Signalmannschaften. (*Istorija Velikoi Otschestvennoij Woinij Sowetskogo Sojusa 1941-1945*, Band I, 112-113.) Weiter stellten sich etwa 20000 andere Ausländer zeitweise in den Dienst der spanischen Republik im Sanitätsdienst und anderen Hilfsdiensten.

Die mexikanische Regierung gewährte der spanischen Republik Waffenhilfe im Werte von 2 Millionen Dollar. Nach einer amtlichen amerikanischen Schätzung brachten 26 Hilfsorganisationen in den USA insgesamt über 2 Millionen Dollar an Spenden für die spanische Republik auf.

aus: Hugh Thomas, Der Spanische Bürgerkrieg, Frankfurt/M. — Berlin/W. 1961, S. 516-518

Zur Vorgeschichte des Spanischen Bürgerkrieges

Ein Überblick¹

Die Deutungsversuche über den Spanischen Bürgerkrieg umfassen eine überaus große Bandbreite. Wolfgang Schieder zog in seinem Aufsatz »Spanischer Bürgerkrieg« für das Lexikon »Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft« Parallelen zum Vietnamkrieg, weil in beiden Konflikten sich Bürgerkrieg und »nicht erklärter internationaler Krieg« überlagern und weil beide zu einer tiefgreifenden Kontroverse der internationalen öffentlichen Meinung führten — sowohl in intellektuellen- als auch in Diplomatenkreisen.

Pierre Broué und Emile Témime betrachten den Bürgerkrieg als letzte einer Reihe von proletarischen Revolutionen der Zwischenkriegszeit, an deren Anfang die Russische Oktoberrevolution von 1917 steht.

Nach Gaston Leval — einem anarchistisch orientierten Literaten — hat in Spanien seit 1936 eine Soziale Revolution stattgefunden, »die unvergleichlich weiter in die Tiefe ging als alle vorausgegangenen« — so tief, daß die Pariser Kommune im Vergleich dazu — laut Laval — weitaus weniger bedeutsam war.

Gerade diese letzte Interpretation mag in ihrer Problematik dahingestellt bleiben, ist doch die Geschichte der anarcho-syndikalistischen Sozialen Revolution in Spanien während des Bürgerkrieges bis jetzt nur unzureichend geschrieben, weil sie nicht siegreich war bzw. die sie sie tragenden »Organisationen« nicht überlebten. Die franquistischen, sozialistischen und kommunistischen Geschichtsschreiber hatten zunächst einmal das Interesse, ihre eigene historische Entwicklung zu rechtfertigen.

All diese Erklärungsansätze sowie der bei weitem bekannteste — der Bürgerkrieg als internationale »Generalprobe« für den II. Weltkrieg — bergen in sich die Tendenz, die langfristigen innerspanischen Ursachen des Krieges nicht angemessen darzustellen. Der Militäraufstand unter Franco und anderen Generalen im Juli 1936 ist vor allem Schluß- und Höhepunkt einer antagonistischen Entwicklung, die spätestens nach 1808 ansetzt und deren Verlauf gekennzeichnet ist vom Machtkampf zwischen fortschrittlichen und restaurativen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Antwort auf die Frage, wann die Vorgeschichte des Bürgerkrieges beginnt, ist selbstverständlich abhängig davon, mit welchem Vorverständnis man an Geschichte herangeht. Wenn jemand immer noch glaubt, daß große Männer die Geschichte machen oder — was bis weit in die 60er Jahre notwendig war, weil entsprechende Studien fehlten — es genüge, eine reine Ereignisgeschichte des Krieges zu bieten, kann die Vorgeschichte getrost bei 1931, der Ausrufung der II. spanischen Republik, beginnen. Die historiographische Ursachenanalyse setzt jedoch viel früher an, wo ihr die Überzeugung zugrunde liegt, daß Geschichte eine Abfolge sozialer Konflikte ist.

Politische Krisen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Salvador de Madariaga, ein eher liberaler spanischer Historiker, Politiker und Diplomat, beginnt sein Standardwerk »Spanien« nach einer allgemeinen Beschreibung von Land und Leuten mit einigen Ausführungen über Aufstieg und Niedergang des Spanischen Reiches zwischen 1492 und 1700. Die (Wieder-)Entdeckung Amerikas, das Reich, in dem die Sonne nicht untergeht, die Armada, religiöser Absolutismus mögen an dieser Stelle als Schlagwörter genügen. Zusammen mit der weiteren Periodisierung des bourbonischen Machtzyklus von 1701 bis 1808 und dem Werden der zeitgenössischen spanischen Nation ab 1808 bis zur Gegenwart bilden sie das historisch-ideologische Fundament für den Begriff der »Hispanidad«; das ist u.a. der Mythos von Spaniens Größe und Glanz als Nation, der vielen intellektuellen des 19. und 20. Jahrhunderts die Krisenerscheinungen nach 1808 um so deutlicher vor Augen führt. Im übrigen dient dieser Begriff oft auch den Franquisten zur Legitimation ihrer Politik.

Gekennzeichnet ist der Beginn der neuesten spanischen Geschichte um 1800 durch einen ersten Dualismus: der Skepsis gegenüber dem monarchistischen Prinzip. Teile der Intelligenz kritisieren den Wandel des »theokratischen« Absolutismus zur bourbonischen persönlichen Willkürherrschaft; gleichwohl erfassen die Ideen der Aufklärung nicht das ganze Land, vor allem der Klerus hält am strikten absolutistischen System fest.

In den von breiten Volksschichten getragenen Befreiungskämpfen gegen Napoleon ab 1808 können sich innenpolitisch liberale Kräfte etablieren, die 1812 in den Cortes (dem spanischen Parlament) eine freisinnige Verfassung verabschieden.² Nach der endgültigen Vertreibung Napoleons und der Rückkehr Ferdinands VII. entbrennt ein rücksichtsloser Kampf der absolutistischen Gewalt gegen die liberale Bewegung. Insbesondere der persönliche Despotismus Ferdinands erweckt die Ablehnung der Liberalen, die mit Hilfe von Offizieren und dem Heer als neuer Ordnungsmacht von 1820 bis 1823 nach einer Verfassung regieren. Der liberalen Revolution von 1820 folgt ein Bürgerkrieg, der erst mit dem Einmarsch französischer Truppen 1823 und der Reetablierung des Absolutismus endet. In der Folgezeit der grausamen Reaktion kommt es zu zahlreichen Hinrichtungen.

Die Gegner der Liberalen, die Apostólicos, werden vom jüngeren Bruder Ferdinands, Don Carlos, angeführt, der nach Ferdinands Tod Ansprüche auf den Thron erhebt gegen die minderjährige Tochter des Königs, Isabella, die nach dem Recht der weiblichen Erbfolge Königin ist. Im ersten Karlisten-Krieg, 1833 bis 1839, fällt die Entscheidung zugunsten Isabellas II. 1847 bis 1849 und 1872 bis 1876 werden der zweite und der dritte Karlisten-Krieg geführt.

Anhand dieser dünnen, skizzenhaften Faktographie lassen sich die ersten wichtigen Strukturen der späteren Konfliktkonstellation analysieren.

1. Ab 1820 greifen verschiedene Offiziersgruppen (juntas) immer regelmäßiger per Putsch (den sogenannten pronunciamientos) in die Innenpolitik ein. Ist ihre Zielsetzung anfangs noch allgemein fortschrittlich, wird sie im Laufe der Zeit konservativ.

2. Die Karlisten-Kriege und die anderen bewaffneten Zusammenstöße zeigen, wie sehr Gewaltanwendung zum Austragen politischen Konflikte und der diversen Machtkämpfe gehört.

3. Der Verlust der Homogenität innerhalb der intellektuellen Eliten führt zu einer sich vertiefenden Spaltung zwischen Konservativen und Aufklärern bzw. Liberalen.

4. Ursache für dies Phänomene und zugleich deren Folge ist die Polarisierung der soziopolitischen Kultur, die in der Vorstellung von den »Zwei Spanien« ihren treffenden Ausdruck findet: Einem republikanisch-antiklerikal-liberal-progressiv-demokratisch gesinnten Block steht ein konservativ-autoritär-monarchistisch-katholisch-traditionalistisch gesinnter Block unversöhnlich gegenüber. Beide scheuen die Konfrontation nicht.

5. Wiewohl nach dem Niedergang des spanischen Weltreiches im 18. Jahrhundert und dem völligen politischen Zusammenbruch in der napoleonischen Zeit die Notwendigkeit eines Neuaufbaus manifest ist, werden Innovationen und Modernisierungen durch die Konfrontation, insbesondere durch das intrigante Verhalten der Führungsspitzen, hintertrieben.

Diese politischen Querelen bewegen sich auf der Grundlage einer hoffnungslos veralteten und sozial zutiefst ungerechten Agrarverfassung.

Die Agrarfrage

Spanien ist bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ein Agrarland. In der starken Vereinfachung einer sehr komplizierten Situation ergibt sich folgendes Bild: Seit der reconquista (das ist die glorifizierte Zurückdrängung arabischer Fürsten durch christlichen Adel bis zum Ende des Mittelalters) haben sich agrarische Besitzverhältnisse entwickelt, die in Nord- und Zentralspanien überwiegend von Klein- und unzureichendem Kleinbesitz, in Süds Spanien von Latifundien gekennzeichnet sind. Mit der sukzessiven Einführung einer liberal-kapitalistischen Rechts- und Sozialordnung und der damit verbundenen Aushöhlung vormals genossenschaftlicher Traditionen in der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgt eine gewisse Kapitalisierung, da das städtische Großbürgertum bisher — zum Teil brachliegende — adelige und klerikale, also feudale Böden übernimmt. Das in der hohen Abwesenheitsquote (die Besitzer bleiben in der Stadt) dokumentierte Desinteresse an der Agrarwirtschaft trägt nicht dazu bei, die strukturellen Probleme der Monokulturen und ihre Folgen zu lösen. Bernecker nennt in verschiedenen Publikationen die strukturellen und institutionellen Probleme: »Polarisierung der Betriebsgrößen zwischen Mini- und Latifundien, Landflucht, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit,



Ortsverein der Sozialisten, Villargordo del Júcar, 1920

keit, durch (seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, W.B.) Industrialisierung und Verstärkung hervorgerufene Störungen innerhalb einer weitgehend traditionalistisch gebliebenen Gesellschaft, ...«³

Unter diesen sozialen Rahmenbedingungen lebt die übergroße Zahl der Tagelöhner und Kleinbauern, nicht nur der südlichen Latifundien-Provinzen, in Not und Armut. Ihnen erscheinen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Ideen des Agraranarchismus als Ausweg aus ihrer miserablen Lage, so daß sie immer wieder regional in den Streik treten oder gar zu bewaffneten Erhebungen schreiten.

Das Potential der anarchistischen Bewegung bildet zum einen also das Agrarproletariat, zum anderen rekrutiert sie sich aus der Industriearbeiterschaft.

Die Industrialisierung

Der Industrialisierungsprozeß beginnt relativ spät zum Ende des 19. Jahrhunderts und konzentriert sich überwiegend auf die nordspanischen »Randgebiete« Katalonien, Baskenland, Asturien. Sein Anfangsstadium verläuft in einer Zeit politischer Restauration: Die 1873 etablierte erste spanische Republik scheidet schon im Januar 1874 an einem pronunciamiento des Militärs. Am 29. Dezember 1874 führt ein weiteres pronunciamiento zur Wiederherstellung der Monarchie, deren Potentaten Alfons XII. (1874 bis 1885) und seine Witwe Maria Christine (als Regentin von 1885 bis 1902, nicht in der Lage sind, die notwendigen politischen Modernisierungen zu realisieren.

Von 1875 bis 1902 wechseln sich die Führer der »Konservative Partei« genannten liberalkonservativen Gruppe und der als »Liberaler Partei« bezeichneten monarchistischen Linke (I) im Amt des Ministerpräsidenten regelmäßig ab, ohne dabei allzu große Konfrontationen zu führen. Nicht unwesentlich zum Erhalt ihrer Macht trägt die Unsitte bei, die Wahllich zum Parlament (den Cortes) gerade auf dem Lande massen zu beeinflussen und die Ergebnisse zu manipulieren. Sicherlich ein Motiv für den Wahlboykott der Anarchisten.

Schon um 1900 begründet der liberale Reformator Joaquin Costa seinen Ruf nach der Erneuerung des Agrarsystems mit dem Hinweis auf die ökonomische Entwicklung im 19. Jahrhundert, die zu einer Phasenverschiebung geführt habe.

Die relative politische Modernität wurde erreicht ohne ökonomisches Pendant. Als Wesensmerkmale der spanischen Industrialisierung gelten ihr langsamer Verlauf und ihre geographische Enge. Auf dem unzureichenden Fundament kann sich kein mächtiges Bürgertum entwickeln, zumal eine forcierte Modernisierung mit den Interessen der agrarischen Oligarchien kollidieren muß. Gleichwohl ziehen viele deklassierte Landarbeiter des Südens in die sich entwickelnden industriellen Zentren des Nordens und verstärken dort das Reservoir des Anarcho-Syndikalismus erheblich.

Ein bedeutender Entwicklungszug der Industrialisierung ist das frühzeitige intensive, nicht allein finanzielle Engagement ausländischer, meist französischer, englischer und amerikanischer Kapitaleigner innerhalb der Schwer- und Energieindustrie. Insgesamt wird der Industrialisierungsprozeß in einem hohen Maß von ausländischen Konzernen getragen und gesteuert. Auch auf ihre Interessen müssen die demokratischen Regierungen in London und Paris mit Beginn des Krieges Rücksicht nehmen.

Die Arbeiterklasse

1. Die Sozialisten

Gleichlaufend zur Industrialisierung konstituiert sich die Arbeiterklasse »an und für sich«: zuerst als soziale Gruppe, dann in ihren politischen und sozialen Interessensorganisationen. Obwohl schon 1840 in Katalonien eine erste Handwerker-Gewerkschaft gegründet wird und ebenfalls 1840 mit der Gründung eines Konsumvereins in Barcelona die Genossenschaftsbewegung beginnt, 1855 ein erster Generalstreik ausgerufen wird, an dem sich immerhin 40000 Arbeiter beteiligten, und schon 1845 in Madrid die erste sozialistische Zeitung erscheint, beginnt die Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung erst in den 1870er Jahren. Im Zusammenhang mit der endgültigen Entzweiung zwischen Marx und Bakunin nennen sich innerhalb der seit 1879 gespaltenen spanischen Arbeiterbewegung die Marx-Anhänger »Autoritarios« und die Parteigänger Bakunins »Anti-Autoritarios« (1). Den um Madrid konzentrierten Sozialisten sagt de Madariaga eine ausgeprägte Vorliebe für hierarchisch institutionalisierte Organisation, Autoritätsfixierung und Ordnungsliebe nach.

Religiös angehauchte Wahlkampfgruppe für José María Gil Robles, Führer der CEDA, Almonacid del Marquesado, 1934



Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE), 1879 gegründet, entwickelt sich zunächst nur langsam unter Pablo Iglesias als reformistische Partei, die die Verbesserung der Klassenlage des Proletariats mit friedlichen Mitteln anstrebt. Die 1888 ins Leben gerufene sozialistische Gewerkschaft Unión General de Trabajadores (UGT), zentralistisch organisiert, ist ebenfalls reformistisch ausgerichtet und entwickelt sich auch nur langsam. Erst nach 1900 beginnt der Aufstieg zu Massenorganisationen und die damit verbundene allmähliche Eindämmung der Anarchisten.

Welche Flexibilität die reformistische Orientierung den Sozialisten erlaubt, zeigt sich in den 20er Jahren: Unter dem autoritär-militaristischen Regime des Generals Primo de Rivera wird der UGT-Sekretär Largo Caballero zum Staatsrat ernannt (1), als solcher bemüht er sich um konkrete Besserungen in Schlichtungsausschüssen. Im ersten Kabinett der zweiten Republik ab 1931 wirkt Caballero unter dem Linksrepublikaner Azana als Arbeitsminister. Durch seine Regierungstätigkeit ernüchtert, wendet sich Caballero vom Reformismus ab, radikalen sozialistischen Vorstellungen zu; eine Entwicklung, die auch für die PSOE-Basis gilt. Wegen seiner gradlinigen Ehrlichkeit und proletarischen Herkunft hat Caballero großen Einfluß auf die sozialistischen Massen.

Indalecio Prieto ist seit etwa 1919 Caballeros Gegenspieler im PSOE. Ebenfalls von proletarischer Herkunft, arbeitet er eine Zeitlang als Manager in hoher Funktion für die Industrie. Er ist nicht zuletzt dadurch gemäßigter Reformist. Innerhalb des PSOE hat er seinen Rückhalt vor allem im Parteiapparat und in der Activitas der Partei.

Wenngleich sich der Konflikt zwischen Maximalismus und Reformismus in diesen beiden Männern personifiziert und seine aktuelle Bedeutung vor und während des Bürgerkrieges erhält, als es dem PSOE aufgrund dieser Spaltung nicht gelingt, im republikanischen Parteienspektrum eine stärkere integrative Funktion zu übernehmen, hat er (der Konflikt) seine Ursache in der über fünfzigjährigen, mühsamen, aber erfolgreichen Parteigeschichte. Vereinfacht gesagt: Die Gewöhnung an die Politik der kleinen Schritte erklärt die in weiten Teilen der Partei verbreitete Skepsis gegenüber revolutionären Neuerungsversuchen. Andererseits ist die Sozialistische UGT eine treibende Kraft der Sozialen Revolution.

2. Die Anarcho-Syndikalisten

Die Soziale Revolution ist das Werk der spanischen Anarcho-Syndikalisten. Der Begriff bezeichnet die in der Erforschung des Bürgerkrieges vernachlässigten agrarischen und industriellen Kollektivierungen, die ausgerechnet von den Kommunisten heftig bekämpft wurden.

Seit den 1870er Jahren wird der Anarchismus ziemlich rasch eine Massenbewegung, sein Werdegang verläuft allerdings in vielerlei Hinsicht äußerst uneinheitlich. Für die spanische Situation hat außer den bekannten politischen Inhalten: freie Assoziation freier Produzenten, Verneinung jeder Autorität, Basisdemokratie, Prinzip der Gegenseitigkeit der Begriff der Föderation eine überragende Bedeutung. Einerseits können sich mit ihm die Landarbeiter identifizieren, die noch die alte Selbstverwaltungstradition in den Dörfern und die sogenannten »Bruderschaften« kennen (das ist ein

dörfliches Produktionsprinzip auf gegenseitiger Hilfe). Andererseits kommt er den nationalen Minderheiten der Basken und Katalanen vor allem und deren Forderungen entgegen, sich von der Zentralgewalt Madrids zu emanzipieren. Die Erfolgsgeschichte des spanischen Anarchismus beruht bei weitem nicht auf diesem einen Umstand allein, ob aber der Terror, der von seinen Protagonisten als »Propaganda der Tat« apostrophiert, eine politische Wirkung hatte, muß fraglich bleiben.

Unter anderem in Anlehnung an Bakunins Theoriefeindlichkeit und seine Verherrlichung des Terrors erlebt das Land in den letzten beiden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts eine Kette von Attentaten, Bombenanschläge und dergleichen.

In dieser Zeit finden sich auch die Anfänge syndikalistischer Gruppen. Beeinflußt von französischen Gewerkschaften (syndicat = Gewerkschaft) richten sie sich gegen jede Art friedlich-legaler Reformpolitik der Arbeiterbewegung, hier vor allem gegen die Politik der kleinen Schritte innerhalb der parlamentarischen Arbeit. An ihre Stelle tritt der rein ökonomische Kampf der »direkten Aktion« durch Sabotagen, Fabriksbesetzungen und Streiks, die schließlich im Generalstreik münden sollen. Aus dem erfolgreichen Generalstreik entwickelt sich unmittelbar die Revolution. Die Syndikate sollen auch die Organisationsform der zukünftigen sozialistischen Wirtschaft bilden. Auf diese Weise wird dem zentralistischen, autoritären Sozialismus mit einer Art libertären Gewerkschafts- oder Gruppensozialismus konfrontiert, dessen Kern die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben ausmacht.

Aus libertären katalonischen Organisationen entsteht 1910 die Confederación Nacional del Trabajo (CNT), die schon 1917 in Katalonien eine große Streikbewegung organisiert. Das kurze Liebabwärteln mit der Russischen Oktoberrevolution als leuchtendes Beispiel für die internationale Arbeiterbewegung endet — früher als bei anderen europäischen Arbeiterorganisationen — mit der Liquidation des Kronstädter Matrosenaufstandes. Beides, Massenzulauf und die von der CNT ausgehende revolutionäre Gefahr, führen die CNT in Katalonien in große Bedrängnis: Von der Obrigkeit wird sie massiv bekämpft, von pistoleros (einer Art Todesschwadronen) werden viele ihrer Exponenten ermordet.

1927 entsteht die Federación Anarquista Ibérica (FAI) als völlig konspirativer Zusammenschluß, der die CNT als nicht nur intellektuelle Avantgarde zeitweise anführt; so hegen die Beibehaltung des Wahlboykotts, die Ablehnung des Parlamentarismus als Betrug am Wähler, die die CNT betreiben und mitunter aufzugeben willens ist, auf die FAI zurück. Die FAI ist auch Urheber zahlreicher lokaler oder regionaler Erhebungen, die immer wieder blutig niedergeschlagen werden. Anfang 1936 ist der Einfluß der FAI in der CNT nicht mehr so überragen, der Wahlboykott-Aufruf bleibt aus, eine interne Oppositionsgruppe verlangt den Abschied vom Abenteuer, eine langfristig an den Arbeiterbedürfnissen orientierte Gewerkschaftspolitik.

Vereint die CNT lange Jahre die meisten Mitglieder in ihrer Organisation, so ist das quantitative Kraftverhältnis zwischen ihr und der sozialistischen UGT im Frühjahr 1936 bei-

nahe ausgeglichen, denn während die Anarcho-Syndikalisten immerzu harten Repressalien der Regierungen ausgesetzt sind, kann sich die UGT gerade durch ihre Regierungsbeteiligung kontinuierlich entfalten. Dennoch kommt es seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges bei den Kollektivierungen zur intensiven Kooperation.

3. Die Kommunisten

Im Streit um die Einschätzung der russischen Revolution gründen von der UGT und der CNT abgespaltene Befürworter der leninistischen Revolution 1921 die Kommunistische Partei, die bis weit in die 30er Jahre bedeutungslos bleibt und vor allem von internen Richtungskämpfen zerrütet ist. Ein weiterer Grund für die Bedeutungslosigkeit sind die meist wirklichkeitsfremden Vorgaben der Komintern; gerade die »Sozialfaschismusthese« isoliert den PCE.

Zwei geschickte Schritte der Bündnispolitik verhelfen dem PCE zur Massenbasis:

1. Am 24. Juli 1936 wird der Partit Socialista Unificat de Catalunya (PSUC) gegründet.
2. Im März 1936 vereinigen sich die sozialistische und kommunistische Jugendorganisation zur Juventudes Socialistas Unificadas (JSU). PSOE und UGT verlieren den Einfluß auf ca. 200000 junge Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Führung der JSU schließt sich sehr bald dem PCE an, Santiago Carillo als JSU-Generalsekretär macht im PCE Karriere.

Die politische Rechte seit der Jahrhundertwende

Für das spanische Establishment beginnt das 20. Jahrhundert mit einem Schock. Die Niederlage der Armee 1898 gegen die USA im Krieg um Cuba und die daraus resultierende endgültige Liquidation des Kolonialreiches (Cuba wird unabhängig, Puerto Rico und die Philippinen gehen an die USA) sowie die Inthronisierung Alfons XIII. bedeuten eine tiefgreifende historische Zäsur, deren Auswirkungen der damaligen Generation sofort bewußt werden. Als »Generation von 1898« bezeichnet man eine Gruppe junger Intellektueller, die Spanien aus der Krise des verlorenen Krieges einer neuen Zukunft entgegenführen will. Indes ist diese Generation keine in sich geschlossene, homogene Gruppe, sondern eine Anhäufung in sich teilweise widersprüchlicher Temperamente und Weltanschauungen, die die Basis legt für spätere Konflikte. Ins Problembewußtsein dieser Leute rücken die Agrarfrage, die sozialen Konflikte sowie der Status von Militär und Kirche. Madariaga konstatiert für diese Eckpfeiler der Gesellschaft, daß um 1900 beide »ihre Pflichten und Aufgaben vernachlässigten, mißverstanden oder auf tragische Weise in ihr Gegenteil verkehrten«.

1. Das Militär

Noch demoralisiert durch die Niederlage von 1898 führt die spanische Armee bis 1926 in Marokko einen langen, verlustreichen Krieg gegen die einheimischen Kabylen, den sie letztlich nur mit französischer Unterstützung beenden kann. In der Öffentlichkeit ist das Renomee angekratzt, in der Truppe das Selbstbewußtsein angeschlagen, das Unbehagen an den bestehenden Verhältnissen wächst. Nach Broué/Témime ist die Armee am Vorabend des Bürgerkrieges bestimmt durch ein Jahrhundert ständiger Niederlagen, für



Primo de Rivera und König Alfonso XIII. in Barcelona

3. Die Falange

Von der Bourgeoisie wenig beachtet, konstituiert sich die präfaschistische Organisation. José Antonio Primo de Rivera, der Sohn des zwischen 1921 und 1930 amtierenden Diktators, gründet 1932 die Falange Española (FE), die sich im Februar 1934 mit einer anderen rechtsradikalen Splittergruppe, den Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista (JONS) zur FE de las JONS zusammenschließt. Das Programm ist eindeutig am Vorbild des deutschen und italienischen Faschismus orientiert und von einer wortmächtigen Verschwommenheit durchzogen. Im Jahre 1936 hat die Falange nur wenige tausend Mitglieder, bei den Wahlen dieses Jahres bleibt sie total unbedeutend. Die ökonomisch herrschenden Gruppen setzen auf die von Gil Robles geführte CEDA. Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche tritt die Falange ab Frühjahr, Frühsommer weiter in den Vordergrund, als sie mit Attentaten und Anschlägen die politische Lage weiter destabilisiert.

Vor dem Bürgerkrieg

In sich schwach und uneins, tendieren kleinbürgerliche Schichten im Baskenland und in Katalonien zu autonomistischen Bewegungen eher konservativer Prägung, die erst durch die Verweigerung des Autonomiestatus (bzw. Entzugs) von seiten der konservativen Zentralregierung sich zu den linksrepublikanischen Kräften gesellen. Der Streit um Zentralismus und Föderalismus, gerade die Frage der Autonomie für die nordspanischen »Randgebiete«, ist ein sehr alter Konflikt, der auch schon in den Karlistenkriegen des 19. Jahrhunderts ausgefochten wird. Als Reaktion auf die zu Anfang der II. Republik nach 1931 zugesprochene Autonomie vermehren sich die Bemühungen hoher Militärs und monarchistischer Karlisten um eine Konspiration, da ihnen diese Regionalisierung wie ein Verrat der nationalen Einheit vorkommen muß.

Von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen zwar grundsätzlich überzeugt, betreibt die linksrepublikanische Regierung Azana vom Oktober 1931 bis zum rechten Wahlsieg eine Politik auf Kosten der sozialen Unterschichten. Unfähig zur Modernisierung, benennt sie die sozialen Brennpunkte wie die Agrarfrage, ohne indes Gesetze zu realisieren.

Zusammenfassung

Erst in der Zusammenschau zentraler Problemfelder der Vorgeschichte des Spanischen Bürgerkrieges,
— der Agrarfrage
— der Industrialisierung
— der Entwicklung und Spaltung der Arbeiterbewegung
— der Rolle von Armee und Kirche im Staat
— letztlich der Vorstellung von den »Zwei Spanien«
erhehlt sich, daß der Spanische Bürgerkrieg nicht wie ein diabolischer Oktroi über das Land kam, sondern integriert ist in die lange, spannungsreiche Geschichte eines zerrissenen Volkes.

Anmerkungen:

1. Der vorliegende Text kann unmöglich umfassend über die lange Vorgeschichte des Bürgerkrieges informieren, er soll einzig einer vorläufigen Orientierung des Lesers und der Leserin dienen, die sich noch nie mit dem Thema beschäftigt haben. Unter dieser Voraussetzung sei es er-

laubt, die angesprochenen Problemfelder bis zur Schmerzgrenze verkürzt darzustellen.

Weiterhin ist der Text nicht Resultat ausgiebiger Quellenstudien, sondern Produkt einiger Streifzüge durch die gängige deutschsprachige Sekundärliteratur.

Der Erarbeitung dieses Aufsatzes lagen die Bücher der folgenden Autoren zugrunde: Bernecker, Bróue/Témime, Kirsch, Leval, Madariaga.

Jörg Wollenberg

Der Spanische Bürgerkrieg als Kampfplatz einer zerbrochenen Solidarität

im Spiegel der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss

»Wir werden in die Geschehnisse hineingezogen wie das Vieh in den Schlachthof. Wir kamen mit idiotisch einfachen Vorstellungen vom gerechten Kampf gegen den Faschismus, dachten uns die Front klar und deutlich gezogen, wir waren ja gekommen weil hier, endlich, zu konkreten Aktionen gegen den Feind gegriffen worden war.« (Weiss, Notizbücher, Bd. I, 153) Mit dieser Bemerkung aus dem ersten Band der Notizbücher von Peter Weiss lassen sich jene Widersprüche erfassen, die den Spanischen Bürgerkrieg als eine politische Tragödie kennzeichnen, deren Nacherleben uns auch heute nicht ohne Erschütterung betroffen macht. Revolution und Krieg in Spanien waren von 1936 bis 1938 alles andere als eine rein spanische Angelegenheit.

Wir haben es in Spanien mit Ereignissen zu tun, in denen sich auch neue kulturelle Aktivitäten und ein Autonomiegewinn der Menschen entwickelten. Gerade diese Eigenschaften veranlassen uns, mit Peter Weiss zu fragen, wie eine solidarische Unterstützung bei allen Kontroversen möglich ist — als Lernprozeß für spätere Revolutionen in Vietnam, Kuba, Chile und Nicaragua. Denn die Niederlage der Linken im Spanischen Bürgerkrieg war auch ein Lehrstück ohne gleichen: »Die einen wollten den Kampf führen mit revolutionärer Gewalt, die anderen mit der Bündnispolitik, dem Streben nach friedlicher Veränderung. Beide haben recht und unrecht«, notiert Peter Weiss in dem ersten Band der Notizbücher (I, 134). Der Bürgerkrieg in Spanien war also nicht nur ein Krieg zwischen Links und Rechts. Er war auch ein zunächst verdeckter, dann später ein offener Krieg zwischen Links und Links. Der alte Ideenstreit zwischen Bakunin und Marx, zwischen Trotzkiisten und Anarchisten, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, der neue zwischen den Eurokommunisten und Moskau, dieser Streit der Ideologen wurde 1936 bis 1938 blutig im republikanischen Spanien durchexperimentiert. Der jüngst übersetzte Augenzeugenbericht von Franz Borkenau über den »Kampfplatz Spanien« erlaubt es, die politischen und sozialen Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg noch einmal nachzuvollziehen und mit anderen Zeitzeugen wie Kantorowicz, Regler, Orwell, Malraux, Renn u.a. zu vergleichen.

Borkenau kam am 5. August 1936 als damals noch engagierter Kommunist und Wissenschaftler nach Spanien und schloß sich der kleinen Gruppe abtrünniger Kommunisten

Die genauen bibliographischen Angaben sind der Auswahlbibliographie zu entnehmen.

2. Eine detaillierte soziostrukturelle Aufgliederung der aus den gehobenen Schichten (Bürgertum, Adel, zum Teil Heer und Klerus) stammenden Träger der liberalen Bewegung fehlt in der gängigen Sekundärliteratur zum Bürgerkrieg.

3. Vgl. Bernecker, Anarchismus und Bürgerkrieg, S. 45-50, hier S. 45.

an, der POUM, zu der deutsche Linkssozialisten und oppositionelle Kommunisten aus den Kreisen der SAP und KPO Kontakt pflegten. Zwei nach 1945 einflußreiche Sozialdemokraten wie Peter Blachstein und Willy Brandt gehörten damals zu dieser Gruppe, die von den Kommunisten von Anfang an des Trotzkismus verdächtig wurde. Peter Weiss hat sich in der »Ästhetik des Widerstands« am Beispiel ihres Führers Andres Nin mit dieser »Partido Obrero de Unificación Marxista« beschäftigt, um am Beispiel dieser Partei einerseits die »Orientierungslosigkeit« der Anarchisten und andererseits die »antirevolutionäre« Volksfrontpolitik der Kommunisten und ihre autoritär-zentralistischen Führungsinstanzen kritisch zu reflektieren. Nin kam übrigens von der größten Massenorganisation in Spanien, von der anarcho-syndikalistischen CNT, dessen Anführer Durruti nicht nur zur Schlüsselfigur der spanischen Revolution von 1936 geworden ist, sondern der zugleich von Hans Magnus Enzensberger in dem Roman »Der kurze Sommer der Anarchie« eine sensible Annäherung erfahren hat. Wir wollen deshalb im folgenden die politischen Widersprüche der spanischen Revolution anhand der beiden in den 70er Jahren erschienenen Romane von Weiss und Enzensberger nachzeichnen, zumal ihr Zugang über Nacherzählung und Rekonstruktion, über Fiktion und Dokument es erlaubt, den Spuren halb vergessener, halb verdrängter oder unterdrückter Kämpfe nachzugehen. Peter Weiss bezieht dabei insbesondere auch die Interpretation von Kunstwerken in seine Betrachtung ein. Am Beispiel von Picassos Guernica zeichnet er nach, wie der Bürgerkrieg in Spanien, wie der Kampf um Guernica zugleich ein Kampf um die Erhaltung der Kultur ist. Denn realistische Kunst ist Kunst, welche die Realität gegen die Ideologien führt (Brecht). Den Gegensatz zwischen Kunst und Leben zu überwinden, die Kunst mit einzubauen als Bestandteil des Lebens, bedeutet für ihn zugleich, Moral, Ethik und Ideologie »einzupflanzen«. Im ersten Band der Notizbücher faßt Weiss die Rezeption des Guernica-Bildes von Picasso aus der Sicht des Bremer Arbeiters Münzer folgendermaßen zusammen: »Die Revolution hatte nicht viel erreicht, und was sie erreicht hatte, war von der Gegengewalt der Bourgeoisie schon wieder zertrümmert worden, aber die Kraftanspannung, das Sich-Strecken, der Spung, das Kämpfen war festgehalten worden, dies ließ sich nicht

die aber jeweils — so sehen es die Offiziere — die Regierungen politisch verantwortlich sind. Infolgedessen gehört das pronunciamiento fast zur Tagesordnung, das Offizierskorps gilt als die einzige wirkliche Waffe der herrschenden Klasse. Die technische Ausrüstung ist zwar »hoffnungslos« veraltet, reicht aber für die zahlreichen blutigen Einsätze gegen rebellierende Arbeiter. Im Vergleich zu den Mannschaftsdienstgraden ist die Armee »kopflastig«: auf sechs Mann kommt ein Offizier, auf 100 Mann ein General, insgesamt gibt es 15000 Offiziere. (Diese Zahlen differieren in der Sekundärliteratur.)

2. Die Kirche

Mit ihren großen Anteilen am Grundbesitz und beachtlichen, oft verdeckten Beteiligungen an Industrieunternehmen stellt die Kirche einen beachtlichen ökonomischen Machtfaktor dar. Ihr maßgeblicher Einfluß bezieht sich auf das Schulwesen, welches sie bis 1936 trotz einiger Widrigkeiten fast unumschränkt beherrscht. Dieses Paradeinstrument der Systemkontrolle, -integration und -steuerung haben um 1936 etwa 5 Millionen Erwachsene absolviert, 12 Millionen allerdings, also gut die Hälfte der Gesamtbevölkerung, sind des Lesens und Schreibens unkundig. Auf dem Lande können auch sie sich dem Wirken des Pfarrers nicht immer entziehen. Als extrem fortschrittsfeindlicher Garant einer durch und durch ungerechten Gesellschaftsordnung wird die Kirche immer wieder Ziel antiklerikaler Erhebungen und Plünderungen. Von außenpolitischen Überlegungen des Vatikans beeinflusst, befolgt die Kirche ab 1931 eine nicht offen republikfeindliche Strategie, in deren Mittelpunkt die Schaffung einer katholischen politischen Massenbewegung steht. Der Führer der Acción Popular, J.M. Gil Robles, nimmt sich zum Vorbild das Ständestaatskonzept des Österreicherers Dollfuß, ihm werden aber auch Vorlieben für Hitler und den Nationalsozialismus nachgesagt.

1933 schließt sich die Acción Popular mit anderen rechten Gruppen zur Confederación Española de Derechas Autónomas (CEDA) zusammen, die zwischen 1934 und 1936 eine extrem konservative Regierung stellt, in deren Amtszeit die brutale Niederschlagung des asturischen Bergarbeiterstreiks fällt — ein Bürgerkrieg vor dem Bürgerkrieg.

mehr wegleugnen. Es war die Leistung dieser Maler, die selber nie ganz aus ihrer Bürgerlichkeit herauskamen, daß sie die proletarische Energie aufzufassen und wiederzugeben vermochten.« (Band I, Seite 326)

Erinnerungsarbeit, die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte wie mit der Geschichte der Menschheit, ist die Voraussetzung der Entfaltung der Kultur. Die Erinnerung bringt erst die Muse (Kunst, Gesang, Poesie und Musik) hervor. Die Werke der Kultur sind zugleich wiederum Quellenmaterial zur historischen Entwicklung, ihre Entschlüsselung gibt Aufschluß über den »Zeitgeist« einer jeweiligen Epoche. Die historischen Zusammenhänge zu rekonstruieren, ihre Widerspiegelung im Bewußtsein der Handelnden als Opfer wie als Täter nachzuzeichnen, beides zu verknüpfen und mit der Analyse von Kunstwerken zu verbinden, diese Intention bildet für Weiss die Grundlage jener Suche nach der geschichtlichen Wahrheit als »Erinnerung für morgen«. Ähnliche Ziele und teilweise identische Methoden der Befragung und der Entschlüsselung unbekanntem Materials verfolgt Hans Magnus Enzensberger in dem Roman »Der kurze Sommer der Anarchie«. Dieses Buch ist eher eine biographische Dokumentation über den bekanntesten spanischen Anarchisten Buenaventura Durruti. In dem Einleitungskapitel, der ersten Glosse »über die Geschichte als kollektive Fiktion«, thematisiert Enzensberger seinen methodischen Zugang zu einem Verdrängungsprozeß, den Peter Weiss als Prozeß des »kollektiven Gedächtnisses« für den Leser nachträglich vollziehen läßt.

Für Weiss und Enzensberger geht es dabei um das Hauptproblem: Woran scheitert die Republik? Während Enzensberger in seiner biographischen Dokumentation die Vorgeschichte der spanischen Republik zunächst nachzeichnet

Zerstörte Straßenzüge in Madrid Anfang 1937



und die ersten Monate des Spanischen Bürgerkriegs vom Putsch der Generale vom Juli 1936 bis zur Ermordung Durruti im November 1936 darstellt, beginnt Peter Weiss sein Spanienkapitel erst in dem Augenblick, wo wichtige Auseinandersetzungen innerhalb der antifaschistischen Volksfront bereits stattgefunden haben und entschieden waren. Der Sturz Largo Caballeros und die Verhaftung der Führer der POUM stehen im Mittelpunkt. Ihre Vorgeschichte wird in objektiv gehaltenen, rückblickenden Passagen des Romans beleuchtet. Die Diskussion zwischen verschiedenen Vertretern der unterschiedlichen Positionen — einschließlich eines Ich-Erzählers mit einem eigenen Standpunkt — wird gelegentlich durch Kurznotizen in den Notizbüchern ergänzt: »Wie nach Durruti's Tod liefen auch nach Beimers Ende zugleich Gerüchte um, er sei von den eigenen ermordet worden, oder die sowjetische Geheimpolizei habe ihn in den Hinterhalt gelockt. In beiden Fällen Brustschuß aus nächster Nähe« (Notizbücher I, Seite 161). Während Durruti für die teils ermutigenden, mit viel verlorenerem Ehran durchgesetzten Errungenschaften des »kurzen Sommers der Anarchie«, der sozialen Revolution, steht, denen keine Zeit blieb, sich zu erproben, da die militärische Verteidigung gegen die Franco-Putschisten alle anderen Probleme überlagern mußte, steht Andres Nin und damit die von Peter Weiss behandelten Abschnitte für die zunehmende Internationalisierung der spanischen Konflikte. Die schlecht ausgerüsteten, militärisch unerfahrenen und von den Anarchosyndikalisten geprägten Arbeitermilizen waren mit der Aufstellung internationaler Brigaden anderen strategischen Operationen geopfert worden. Die militärische Verteidigung der Republik erforderte Vereinheitlichung und Zentralgewalt, was den Prinzipien der sozialen Revolution widersprach. Deren Kern lag dagegen in den regionalen, weitgehend autonomen Arbeiterkomitees und in den Brigaden à la Durruti. Mit den Erfolgen der Francisten und mit der massiven Unterstützung der Konterrevolutionäre durch das faschistische Deutschland und Italien spitzte sich das Problem auf die Alternative zu: Vorantreiben der Revolution oder erfolgreiche Verteidigung gegen Franco? Mit der militärisch begründeten Auflösung des Zentralkomitees der Milizen, der Machtgrundlage der CNT, setzte sich jene Stärkung einer Zentralregierung durch, die zum Zurückdrängen des anarchistischen Einflusses zugunsten der Kommunisten führte.

Dieser Einfluß wuchs dadurch, daß die Volksfrontregierung in Frankreich der Spanischen Republik ebenso Waffenlieferungen versagte wie das demokratische England. Die zur Erhaltung der Republik dringend benötigten Kriegsmaterialien kamen allein aus der Sowjetunion, was die Position der Kommunisten in Spanien nahezu unangreifbar machen mußte. Mit den Waffenlieferungen begann die Sowjetunion, über politische Kommissare beim Militär und über »Spezialisten« direkt auf die Politik der spanischen Volksfront einzuwirken. Der kommunistische Informationsdienst weitete sich zu einem allumfassenden Kontrollapparat aus, was zur systematischen Ausschaltung der Trotzlisten der »POUM« und Anarchisten als »unkontrollierbare« Elemente führte. Diese Ereignisse läuteten zugleich den »Bürgerkrieg im Bürgerkrieg« (Broué/Temime) ein, der mit der Beschneidung der Rechte von CNT und POUM begann und später mit deren Verbot, der Verhaftung und Ermordung ihrer Führer enden sollte. Die internationalen Machtkonstellationen verschärften die innerparteilichen und innerspa-

nischen Gegensätze. Der spanische Bürgerkrieg wurde immer mehr zu einem Vorspiel des Zweiten Weltkrieges. Die zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland abgesprochene »Nicht-Einmischung« in Spanien fand nicht statt. Im Gegenteil, von Anfang an unterstützten die faschistischen Regierungen im Rom und Berlin die Franco-Putschisten. Zunächst verdeckt, dann offen wurden moderne Materialien und eigene Truppen nach Spanien entsandt. Die »Legion Condor« erprobte mit ihren modernen Flugzeugen das erste Mal, wie man Städte dem Erdbeben gleichmachen konnte. Mit der völligen Zerstörung Guernicas am 17.4.1937 setzte sie sich ein trauriges Denkmal, das Picasso in seinem berühmten Wandbild für den spanischen Pavillon auf der Weltausstellung in Paris festhielt. Aber auch dieser Appell an die demokratische Öffentlichkeit, der spanische Republik zu helfen, auch dieses Kunstwerk als politisches Manifest konnte das Ende der Republik nicht verhindern, zumal ab Sommer 1938 die Hilfeleistungen aus der Sowjetunion für die Republik reduziert wurden. Nachdem die Verhandlungen mit den westlichen Demokratien über ein Schutzabkommen gescheitert waren, sah sich Stalin gezwungen, einem möglichen Arrangement mit Hitler keine prinzipiellen Einwände entgegenzusetzen. In einer solchen Strategie hatte die Spanien-Hilfe keinen Platz mehr und sollte bald darauf ganz eingestellt werden.

Die Konflikte innerhalb der Volksfront in der Perspektive der »Ästhetik des Widerstands«

Die oben angedeuteten Widersprüche der historischen Abläufe des Spanischen Bürgerkriegs erlebt der Ich-Erzähler in Peter Weiss' Roman in einem Genesungsheim der internationalen Brigaden, in dem er arbeitet. Gerade die Distanz zu den unmittelbaren Kampfhandlungen erlaubt es, bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen nach umfassenden Erklärungen zu suchen. Die unvermittelbar sich gegenüberstehenden Grundpositionen Spaniens verkörpern sich im Genesungsheim in dem Heimleiter und KPD-Mitglied Max Hodann, einem bekannten Links-Intellektuellen der Weimarer Republik, der im Widerstand zur KPD gefunden hatte; weiter an dem Freund des Ich-Erzählers Ayschmann und an dem Bremer Brigade-Kämpfer Münzer, der sich aus Verbitterung über die Undurchschaubarkeit der kommunistischen Politik immer mehr anarchistischen Ideen zugewandt hatte. Die Handlungsweisen der kommunistischen Politikommissare begründet Max Hodann mit der historischen Mission des wissenschaftlichen Sozialismus. So schreibt er in seiner Kritik über den Führer der POUM, Nin: »Mögen wir ihm auch keine andere Schuld zumessen ... als die Hingabe an einen atavistischen Heroismus, an einen Traum von vollkommener Freiheit, dazu verurteilt, an den Panzerwänden der italienischen Tanks und unter den Bomben der deutschen Flugzeuge pulverisiert zu werden, so müssen wir seiner Beseitigung doch zustimmen, weil sie, mit ihrer Begeisterung für das Undurchdachte, der Emanzipation der Arbeiterklasse im Wege stehen.« (Band I, Seite 244) Ayschmann dagegen betont mehr den unmittelbaren Sachzwang zur militärischen Effizienz und Sicherheit der Republik: »Diese Bemühung um Konformität, sagt er, vollzieht sich nicht nur in der politischen und militärischen Zentrale, sondern auch in uns, sie ist überhaupt die Bedingung der Durchführung unseres Kampfes ... Er seinerseits, sagt er, müsse der Ausschaltung eines jeden zustimmen, der jetzt an



EL BOSCADO SE CUIDE DE TODOS LOS ROPAJES PARA HACER ASSESINAR EN LA SOMBRA
FANTIMUFIEMOSTE SE ENCUENTRE DONDE SE ENCUENTRE!

KP-Propaganda gegen Linksabweichler: Er tarnt sich auf jede Weise, um im Dunkeln morden zu können. Vernichten wir ihn, wo wir ihn treffen!

der freien Meinungsäußerung festhalten und Fraktionsbildungen fördern wolle. Die einzige Sicherheit an der Front habe er darin gesehen, daß sich hinter ihm eine einheitliche und festgefügte Strategie befände und er damit rechnen konnte, daß diese, wenn nötig, mit den Mitteln der Gewalt aufrecht halten blieb.« (Band I, Seite 245)

Zwangsmaßnahmen werden hier also erklärt mit der Bedrohung durch den Faschismus. Sie würden aufhören, sobald die politische Lage es erlaubt, differenzierter mit der Wahrheit umzugehen:

»Um unterscheiden zu können zwischen dem, was uns nützt, und dem, was uns schädlich ist, haben wir uns auf bestimmte Begriffe zu einigen. Später, wenn unsere Aufgaben bewältigt sind, können wir die gegenwärtige Zeichnung in Schwarz und Weiß zu ihrem ganzen Spektrum aufeinander legen, heute muß jede Anklage, die sich gegen einen unserer Feinde richtet, auch auf alle anderen zutreffen.« (Band I, Seite 244)

Münzer hält dagegen an dem Gedanken fest, daß eine wirkliche Veränderung der sozialen Verhältnisse nur dann eintritt, wenn sich auch die Grundeinstellung der realen Subjekte wandelt. Und dafür müssen die Lebens- und Produktionsbedingungen zunächst einmal verändert werden (Bd. I, S. 246):

»Jetzt sind zwei Jahrzehnte seit dem Oktober vergangen, sagte er, und wir haben mehr Erklärungen bei der Hand, warum der patriarchalische Staat, die Bevormundung durch

Beamte und Funktionäre, die Offizierskasten, der blinde Gehorsam, die Würde aller höchsten Befehlshaber weiter bestehen müssen, als daß wir Schritte zählen, die uns noch von der Arbeitermacht trennen. Ich ging nach Spanien, weil ich glaubte, dort würde nicht fatalistisch mit einem allmählichen Absterben des Alten gerechnet, sondern, handfest, wie es notwendig ist, Schlag auf Schlag damit aufgeräumt. Ich mußte einsehen, daß auch hier der beengte Weg verfolgt und alles, was sich darüber rausstrecken will, weggeschnitten wird. Nun befinde ich mich im Selbsterhaltungskampf, um nicht offenbar werden zu lassen, daß das, wofür ich mich eingesetzt habe, nicht dem entspricht, was die Führungskräfte für mich projektieren.»

Sich mit seiner eigenen Parteilichkeit zwischen den Antagonismen zurechtzufinden, diesen schwierigen Versuch beschreibt Peter Weiss an den politischen Polen innerhalb der Volksfront:

— Verteidigung der Republik auf Kosten der Revolution oder Weiterentwicklung der Revolution ohne angemessenen Schutz gegen die Faschisten. Mit Münzer gefragt: Können die Bedingungen sozialistischer Entwicklung in der Zukunft dadurch gesichert werden, daß man bereits revolutionär Erreichtes im Sinne einer höheren historischen Notwendigkeit abbaut?

— Taktische Anpassung an die Erfordernisse der internationalen Machtpolitik, bei gleichzeitigem Abwürgen des individuellen revolutionären Elans der Verteidigung, oder Fortsetzung der »kurzen Nacht der Anarchie«, des Wunschkendens, die machtpolitischen Konstellationen mittels eines voluntaristischen Akts zu beseitigen.

— Rückgriff auf abstrakte Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus mit dem historischen Stufenmodell oder Beibehaltung des konkreten Standes des jeweiligen Klassenkampfes, der freilich die realen äußeren Bedrohungen ignorieren muß.

Der Ich-Erzähler (Peter Weiss) ringt im Verlauf der Ereignisse immer stärker um eine politische Orientierung. Die sich widerstrebenden Eindrücke in Spanien werden verstärkt durch die Einbeziehung der Moskauer Prozesse unter Stalin, die in diesen Jahren die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Idee untergraben. Er wird zusätzlich konfrontiert mit der Eroberungspolitik der Faschisten, die es mit allen Mitteln nicht nur in Spanien aufzuhalten gilt. Er erlebt die Bedeutungslosigkeit des individuellen Handelns gegenüber nationalen und internationalen Machtkonstellationen. Er konstatiert das Ausgeliefertsein an gefälschte oder halb wahre oder gefilterte Nachrichten. Weiss notiert dazu: »Es fiel deshalb auch schwer, unlautere Absichten eines Nin zu sehen. Er schien aus einer Haltung heraus zu handeln, die uns noch unbekannt war, und deren Qualität ich erst zu ahnen begann, als ich die Gedichte Lorcas las, äußerst unbeholfen, in einer französischen Übersetzung. Wir, mit unserer kühlen, geschulten Vernunft, konnten nie an sie, die wir ständig belehren wollten, heranreichen, und letzten Endes zeigte es sich auch, daß weder Waffenhilfe, noch der Opfermut der jungen Arbeiter und Intellektuellen aus allen Teilen Europas die Rettung herbeizuführen vermochten. Es wurde immer wieder gesagt, sie hätten keine politische Erfahrung, sie aber hatten eine andere Erfahrung, die uns vielleicht fehlte, eine menschliche Reife, ein Verständnis für Gerechtigkeit, eine innere Schwere ... eine Überzeugungskraft, wie ich sie nur 30 Jahre später bei den Menschen in Vietnam getroffen hatte —«. (Notizbücher, I, Seite 126/127)

Kunst als Möglichkeit der Überwindung von Antagonismen

In dieser Phase größter Desorientierung betrachtet der Ich-Erzähler (Peter Weiss) zusammen mit seinem Freund Ayschmann eine Reproduktion des Guernica-Bildes von Picasso. Nach der Auflösung der Internationalen Brigaden, nach der Erkenntnis, ein Opfer im internationalen Schachspiel geworden zu sein, suchen beide nach einer neuen Perspektive. In Picassos Guernica erblickten sie das, »was in Spanien geschah, gehämmert in einer Sprache von wenigen Zeilen enthielt das Bild Zerschmetterung und Erneuerung, Verzweiflung und Hoffnung« (Band I, Seite 332). In diesen gegensätzlichen Elementen von Verzweiflung und Hoffnung suchen sie nach einer standpunktlogischen Erklärung der Ereignisse, deren Voraussetzung erst einmal die Aufarbeitung eigener Erfahrungen ist. Im Prozeß der Aneignung des Werkes von Picasso diskutieren deshalb die Betrachter ihre Eindrücke:

»Zwei verschiedene Realismusauffassungen stießen aufeinander, sagte Ayschmann. Die schmerzliche Verunstaltung des Menschen unter der Wucht der Destruktion widersprach der Ansicht der Partei, daß der Kämpfer in jeder Lage seine Stärke und Einheit beizubehalten habe. Die antagonistischen, zur Synthese gebundenen Kräfte im Bild entfesselten einen heftigen Streit, ehe die Lehre, die Picasso erteilte, dem Nachdenkenden verständlich wurde. Die äußere Schicht der Wirklichkeit war abgehoben worden. Unterdrückung und Gewalt, Klassenbewußtsein und Parteilichkeit, Todesschrecken und heroischer Mut zeigten sich in ihren elementaren dynamischen Funktionen. Indem das Zerfetzte sich zu einer neuen Ganzheit zusammenschloß, wurde dem Feind eine Abwehr entgeggestellt, die unbesiegbar war.« (Band I, Seite 334/335) In ihrer Betrachtung gehen die von einer Niederlage geprägten Spanienkämpfer also nicht von der Geschlossenheit der Gesamtsage des Kunstwerkes aus. Erst über die Aufarbeitung der formalen Konzeption des Bildes ereignet sich jenes rekonstruierende Sehen, das die Rezipienten dazu veranlaßt, in dem Bild ein Klassenbewußtsein zu erkennen. Eigene Erfahrungsgehalte werden unmittelbar mit Gegenständen im Bild verknüpft, die dadurch eine besondere Bedeutung erhalten: »Daß die Zerstörung Guernicas auf den viereckigen Fliesen einer Küche stattfand, war mir unmittelbar verständlich. In einem solchen Raum hatte auch ich die Einsicht gewonnen, daß es keine Trennung gab zwischen den sozialen und politischen Materialisationen und dem Wesen der Kunst.« (Band I, Seite 337) Die proletarische Küche hat als Ort der Ausprägung des ersten Bewußtseins und des Erlebens erster Formen der Solidarität, aber auch der Abgeschlossenheit und der Armut, für das Klassen- und Selbstverständnis des Ich-Erzählers Schlüsselbedeutung. Aus dem eigenen Erlebnis heraus verbinden sich hier persönliche Erfahrungen und die Bildrealität Picassos miteinander.

Der Übermacht der Zerstörung ist zugleich die Perspektive einer besseren Zukunft entgegenzusetzen, die in der langen Tradition des Kampfes gegen die Herrschaft und Unterdrückung steht und die über die Betrachtung der Kunstwerke wieder zu neuem Leben und Inhalten zu erwecken ist: »Picassos Bild wies auf seine Herkunft hin, doch die Verhaltenseinheit in der Trauer der Vorgänger war verschwunden. Hier war der Schmerz unverhüllt. Die Tränen waren Nadeln und Pfeile, die Schnitte im Fleisch zurückließen. Indem es

Die Spanien-Hilfsaktion des Sozialistischen Jugendverbandes

Dieser Bericht vom
Jan 1938

Ende Dezember 1937 wird die Abzeichen-Verkaufsaktion abgeschlossen, damit zum neuen Jahr Raum für neue Hilfsaktionen des Verbandes geschaffen wird. Rückblickend können wir sagen, daß der Abzeichenverkauf einen vollen Erfolg gebracht hat und ein Stück

moralscher und materieller Hilfe für Spanien geleistet wurde. In folgender Tabelle ist das Ergebnis bis 20. XII. zusammengefaßt. Die Zahl links ist die Rangstelle der einzelnen Kreise, in bezug auf die Abnahme, die Zahl rechts in bezug auf die Bezahlung der Spanienabzeichen.

Kreis	abgenommen	bezahlt	Kö	% der Bezahlung	St.
I. Nordböhmen	2595	1586		61	VII.
II. Sternberg	1488	1238		83	
III. Reichenberg-Prag	1488	1238		83	

seine Unterlagen und Vorbereitungen zu erkennen gab, wurde das Neuartige noch bedeutsamer. Wir sahen, in Ayschmanns Büchern und Zeitschriften, die Geschichte der Kunst als eine Geschichte des menschlichen Lebens, aus der die Stufen sozialer Entscheidung abzulesen waren. Bezüge zu unserer eigenen Entwicklung stellten sich her. Vielfach war unser Denken geprägt worden von Bildern und literarischen Werken. Zeiten von Bewußtseinsveränderungen hingen oft mit bestimmten künstlerischen Themen zusammen.« (Band I, Seite 341) So korrespondiert die Uneindeutigkeit des Bildes mit der historischen Realität, denn das gute Ende der Geschichte ist nicht ausgemacht. Handlungsorientierungen ergeben sich nicht zwangsläufig aus dem vorliegenden Material, aber die sinnliche Wahrnehmung eines Bildes wie Guernica kann den Zugang zur gedanklichen Rekonstruktion unbewußter Schichten der Realität eröffnen. Ohne direkt in eine bestimmte Richtung zu weisen, wird so ein Kunstwerk Ausgangspunkt für neue Positionsbestimmungen und Orientierungen. Es ist diese Perspektive, die Peter Weiss beim Schreiben, bei der Konfrontation mit der Verständnislosigkeit im eigenen Lager, den Mut gibt, weiter zu kämpfen gegen jede Form der Unterdrückung. In dem Notizbuch notiert er dazu: »Das Schreckliche war, daß etwas ungeheurer Wertvolles dahinwelkte, weil es nicht mehr in die neuen Mechanismen hineinzuwappsen schien, und ganz töten ließ es sich doch nicht, weil dieses Spanien sich nie ganz töten ließ, und wir, die wir angefasst waren von etwas Verpöntem, das nicht in das Muster des parteipolitischen Lebens gehörte, wir suchten uns verstohlen zu diesen geheimen Regungen, und lernten so, daß es etwas gab, das der Revolution angehörte, das bei uns nie genannt wurde, das bei uns keinen Namen hatte und das vielleicht einen der beständigsten Werte der Revolution ausmachte.« (Notizbücher I, S. 129) Ein solcher Zugang zur Geschichte, zur Aufarbeitung auch von Niederlagen erlaubt es nicht, allen möglichen Schlagworten nachzulaufen. In einem Gespräch mit Brecht notiert Weiss dazu: »Es war notwendig, diesen 'Trotzkismus' zu erfinden. Gäbe es nicht Trotzki, hätte man einen machen müssen. Trotzkismus, was ist das überhaupt? Ein Begriff, von Stalin geschaffen. Deckt alles, was nicht in den Kram paßt.« (I, S. 122) Die Verpflichtung, alles aufzudecken, »was nicht in den Kram paßt«, macht Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« zu einer radikalen Schrift, in der um die zu fordernden oder an sich vorhandenen und doch fragwürdigen, aber in allem Unglück optimistischen Formen des Widerstands gerungen wird. So ist diese Ästhetik des Widerstands auch eine Geschichte des Widerstands der spanischen

Arbeiter und der sie unterstützenden Internationalen Brigaden gegen eine Welt, die dazu neigt, die Unerfahrenen zu betrügen und zu mißbrauchen. Soll im Sinne der Marx-Interpretation von Peter Weiss die Befreiung der Arbeiter nicht das Werk einer Elite sein, sondern das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst, dann sind eher die Fehler der Organisationen zu thematisieren und nicht die Siege zu glorifizieren.

Insofern geht es Peter Weiss auch um eine Kritik an jenen Kräften im sozialistischen Lager, die dazu neigen, allzu schnell den Entscheidungsträgern unhinterfragt zu folgen und Niederlagen in Erfolge umzuinterpretieren. Denn die Unfähigkeit zu trauern reduziert langfristig die Fähigkeit, den Organisationen und ihren Führern zu trauen.

Zerrieben zwischen der Erwartung einer sozialen Revolution und der allzu gering eingeschätzten Verteidigung einer bürgerlichen Demokratie endete die »Hoffnung Spaniens« in einer zerbrochenen Solidarität der Linken und in dem Sieg der Rechten. Für deutsche Antifaschisten und Anhänger der spanischen Republik trugen diese Ereignisse am Vorabend des 2. Weltkrieges zu weiteren Polarisierungen im sozialistischen Lager bei. Der Sieg Hitlers und seiner Helfershelfer von 1933 konnte weder im Saarland (»Haltet die Saar, Genossen!«) noch in Spanien (No pasaran) trotz aller Einheitsbekundungen und Volksfrontbündnisse korrigiert, geschweige denn rückgängig gemacht werden.

Gerade die Einbeziehung des »Kampfplatzes Spanien« zeigt die ganze Tragödie einer Generation, die in den Faschismus geriet und ihm trotz aller Formen des Widerstands erlag. Wolfgang Koeppen hat in einer Besprechung der »Ästhetik des Widerstands« die Wirkungen dieser Ereignisse auf die Linken treffend beschrieben: »Ihr Drama war der Bürgerkrieg in Spanien. Jene Jahre, ob in äußerer oder innerer Emigration, waren die Zeiten gefolterter, gequälter Gewissen, gepeinigter Hoffnung, Tage der Scham. Wir wußten, ob wir kämpften oder die Zeitung lasen, daß die Freiheit verlor. Nicht nur in Spanien. Es war ein Grunderlebnis im zweiten Drittel des Jahrhunderts, der vorausempfundene Weltkrieg kam; noch sind die Folgen nicht abzusehen. Daß der Bürgerkrieg verwirrt und entzweite seine Helden. In Moskau verherrlichte man in den Prozessen gegen die alten Bolschewiken die Leitlinie der Partei, was immer sie sein mochte. Weiss greift da hinein, weicht nicht aus, meistert die trachtige Vergangenheit auf seine Weise, seiner Überzeugung unter Einwänden treu. Der Roman 'Ästhetik des Widerstands' ist für mich eines der erregendsten, mutigsten und traurigsten Bücher meiner Zeit.«

Internationale proletarische Solidarität oder sowjetische Hegemonialpolitik?

I. Langfristige Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik

»Wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten. (...) wir werden auftreten, um in entscheidender Weise unser Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das für den Ausgang ausschlaggebend sein dürfte.«

Diese Worte Stalins aus seiner Rede von 1925 vor dem ZK der KPdSU waren sicherlich in erster Linie als Ermutigung an die führenden Köpfe der Bolschewiki gedacht, die Stalin für seine Politik des »Sozialismus in einem Lande« gewinnen wollte. Stalin spricht hier nach dem Scheitern der Revolutionen im Westen die Möglichkeit an, die Weltrevolution nach einem neuen »imperialistischen Krieg« mit Hilfe der Roten Armee doch noch zu ermöglichen. Und diese Zielsetzung vor Augen, propagierte er angesichts der Phase der »relativen Stabilität des Kapitalismus« eine analoge Phase des sozialistischen Aufbaus.

Dennoch ist es nicht unberechtigt, wenn Historiker in diesen Worten schon eine Beschreibung der langfristigen Zielsetzung der sowjetischen Außenpolitik vermuten. Sven Allard macht deutlich, daß die Sowjetführung ihr Ziel, den Funken der sozialistischen Revolution in die entwickelten kapitalistischen Staaten hineinzutragen, nur erreichen konnte, wenn sie die »antagonistischen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten« ausnutzte. Allard läßt aber keinen Zweifel, daß das Ziel der Weltrevolution zumindest für die Phase der »relativen Stabilität« zu einem langfristigen Ziel geworden ist und daß die Ausnutzung des kapitalistischen Antagonismus zunächst nur dem kurzfristigen Ziel der Selbstbehauptung der Sowjetunion diene.

In diesem Licht betrachtet Allard z.B. die Außenpolitik der UdSSR gegenüber dem Deutschen Reich, und er streicht zunächst einmal den Gegensatz zwischen den Westalliierten und der Weimarer Republik heraus. Vor diesem Hintergrund beleuchtet er den Vertrag von Rapallo und den Berliner Vertrag, die der durch die UdSSR angenommenen Gefahr der kapitalistischen Einkreisung entgegenwirkten.

Diese Fallstudie der sowjetischen Außenpolitik nach einer ersten Welle des revolutionären »Elans« und der Rückkehr zur traditionellen europäischen Machtpolitik ist vor allem deshalb so interessant, weil hier Grundzüge der sowjetischen Außenpolitik einschließlich ihrer Politik in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges sichtbar werden. Und so stellt Allard fest: »Die defensive Taktik der sowjetischen Außenpolitik, die auf die Zersplitterung der kapitalistischen Staaten hinausging, um dadurch der vollständigen Einkreisung vorzubeugen, war jedoch nicht auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen begrenzt.« Nach dem Stalin auf dem 15. Parteikongreß 1927 eingestehen mußte, daß die Bedingungen

für eine revolutionäre Umgestaltung Westeuropas fehlten, knüpften sich jedoch immer noch Hoffnungen auf eine solche Umgestaltung an die defensive Taktik. Und so wurde ähnlich wie in der oben zitierten Stalinrede die Erwartung ausgesprochen, daß ein Krieg innerhalb des kapitalistischen Lagers fehlendes revolutionäres Potential schaffen könnte. Schließlich kommt Stalin in seiner Rede vor dem 17. Parteikongreß 1934 wiederum auf diesen Punkt zu sprechen. Inzwischen hat die 1927 von ihm prophezeite ernste Wirtschaftskrise im kapitalistischen Lager, die er als zweite Bedingung für eine revolutionäre Entwicklung betrachtet hatte, die Hoffnungen der kommunistischen Weltbewegung erneut enttäuscht.

Wiederum versucht Stalin, den Optimismus der Kommunisten auf einen zu erwartenden Krieg innerhalb des kapitalistischen Lagers zu lenken. »Der Krieg wird bestimmt die Revolution entfesseln und die Existenz des Kapitalismus in einer Reihe von Ländern in Frage stellen, wie das im Laufe des ersten imperialistischen Krieges der Fall war.«

Von 1933 bis in die Zeit nach dem spanischen Bürgerkrieg stellte sich nun für die Sowjetunion die Aufgabe, einen drohenden Konflikt auf das kapitalistische Lager zu beschränken, wobei wachsende innenpolitische Schwierigkeiten und die Gefahr einer deutsch-japanischen Verständigung auf Kosten der Sowjetunion berücksichtigt werden müssen.

Innenpolitisch machten vor allem die Auswirkungen einer überstürzten Industrialisierung und Kollektivierung große Sorgen. So brach im Winter 1932/33 in weiten Teilen der Sowjetunion eine Hungersnot aus, die Millionen Opfer forderte. Damit verbunden waren schwere innere Unruhen und bewaffnete Aufstände. Schließlich besetzte Japan 1931 die Mandschurei und verlangte von der UdSSR darüber hinaus noch den Verkauf der Mandschukoeisenbahn. Die Spannungen mit Japan sollten bis in die Zeit nach der sowjetischen Unterstützung der spanischen Republik erhalten bleiben, so daß die UdSSR in diesen Jahren mit der Gefahr eines Zweifrontenkrieges rechnete, zumal Hugenberg als Mitglied der deutschen Regierung bei der Weltwirtschaftskonferenz in London in mehr oder weniger verschlüsselter Form die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine durch Deutschland forderte. Vor diesem Hintergrund gab es für die Sowjetunion nach 1933 nur zwei Möglichkeiten: die Gefahren eines kommenden Krieges für das eigene Territorium abzuwenden und die eigenen Kräfte für den zu erwartenden weltrevolutionären Prozeß zu erhalten.

Mangels guter Beziehungen zu Frankreich, aber vor allem zu England, versuchte die sowjetische Führung zuerst, sich mit dem faschistischen Deutschland zu verständigen. Ein verstecktes Bündnisangebot an Deutschland gab es schon in einer Passage der Stalinrede vor dem 17. Parteikongreß im

Januar 1934. »Wir hatten keine Orientierung auf Deutschland, ebensowenig wie wir jetzt eine Orientierung auf Polen haben. (...) Wir orientieren uns in der Vergangenheit und orientieren uns in der Gegenwart nur auf die Sowjetunion. Wenn die Interessen der Sowjetunion eine Annäherung an diese oder jene Länder erheischen, so sind wir ohne Zögern dazu bereit.«

Stalin strebte ein Bündnis mit Hitler nicht in erster Linie aus einer Zwangslage heraus an — so eine These —, sondern aufgrund der sich damit bietenden langfristigen Möglichkeiten des Revolutionsexportes. »Durch eine erfolgreiche Lösung des ihm gestellten taktischen Problems — die deutschen nationalistischen Strömungen in westliche Richtung zu lenken — würde aber Stalin zwei Ziele zugleich erreichen: ein kurzfristiges defensives und ein langfristiges offensives.«¹

Plausibler als diese These Allards erscheint mir, daß die Spannungen zwischen der Sowjetunion einerseits und England und Frankreich andererseits der Sowjetunion keine andere Möglichkeit ließen, als eine Verständigung mit Deutschland zu suchen. Es kann hier meiner Auffassung nach nicht schon ein Bündnis in der Form des späteren Hitler-Stalinpakts angestrebt worden sein, da die damit verbundenen Kosten für die kommunistische Weltbewegung zu diesem Zeitpunkt noch zu hoch gewesen wären. »The rationale of this thesis is that Stalin, weak militarily, intensely adverse to and distrustful of the capitalist powers, had only the one alternative of negotiating a pact with Hitler.«² Parallel zur 17. Parteikonferenz im Januar 1934 macht die sowjetische Führung die »Probe aufs Exempel«, indem sie Deutschland und Polen eine Erklärung zur Erhaltung der Integrität des Baltikums vorschlägt. Dieser Schritt muß vor dem Hintergrund der ehemaligen Invasion deutscher und baltischer Truppen in das revolutionäre Rußland der Zeit des Kriegskommunismus gesehen werden. Die Sowjetunion sah im Baltikum den potentiellen Brückenkopf für eine erneute deutsch-polnische Invasion.

Nachdem aber Deutschland und Polen am 26.1.1934 die deutsch-polnische Erklärung unterzeichnet hatten, wiesen sie diesen diplomatischen Vorstoß zurück. Durch diese für die UdSSR offensichtliche Bestätigung ihrer Befürchtung resultiert eine Wende in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Diese Wende läßt sich jedoch nicht auf Deutschland begrenzen, denn ab jetzt beginnt eine Phase kontinuierlicher Annäherungsversuche an die Westmächte bis in die Zeit des spanischen Bürgerkriegs hinein.

Diese Wende in der sowjetischen Außenpolitik und somit die zweite Möglichkeit, sich aus einem zukünftigen Krieg soweit wie möglich herauszuhalten, funktionierte wohl deshalb so reibungslos, weil Deutschland und Japan 1934 aus dem Völkerbund austraten und damit den Weg für einen Eintritt der UdSSR für den September 1934 erleichterten. Die Sowjetunion errang dadurch ihren ersten größeren diplomatischen Erfolg seit Jahren. 1935 gelang schließlich noch ein Beistandspakt mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Das veranlaßt Dante A. Puzzo zu der Feststellung: »(...) the cordon sanitaire had been breached«³

Die Wende in der außenpolitischen Orientierung der Sowjetunion fand natürlich ihre Entsprechung in einer Umorientierung der Kominternpolitik, die zu dieser Zeit ein bloßes Instrument der stalinistischen Außenpolitik geworden war.

Schon am 9. und 10.7.1934 bahnte sich diese an, als in einer Sitzung des Komintern-Präsidiums Piatnitzky die deutschen Kommunisten wegen ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie rügte, die sich ja nun beide im Widerstand befanden. Auf dem 7. Weltkongreß der Komintern wurde die kommunistische Weltbewegung endgültig auf den neuen Kurs eingeschworen.

Verlassen war die Zeit, in der Stalin die deutschen Kommunisten durch seine Sozialfaschismusthese und mittels der Komintern zwang, in der Sozialdemokratie den Hauptfeind zu sehen.

Und so mußte Pieck in einem der Grundsatzreferate vor der Komintern diesen Fehler Stalins als einen Irrtum der deutschen Kommunisten darstellen: »Ein ebenso großer Fehler wie die Unterschätzung der faschistischen Gefahr war andererseits die Tatsache, daß man den Faschismus sogar dort sah, wo er noch gar nicht existierte.«

Die neue Analyse des Faschismus und der internationalen Verhältnisse führte zu der nun offiziell propagierten Volksfronttaktik, die nicht nur ein Bündnis mit Sozialdemokraten und sozialistischen Parteien implizierte, sondern auch das fortschrittliche Bürgertum zum Kampf gegen den Faschismus zusammenschließen sollte. Die neue Volksfronttaktik bedeutete allerdings keine Abkehr, sondern nur einen Aufschub revolutionärer Zielsetzung. Denn an den Kampf der antifaschistischen Volksfront sollte sich nach der Beseitigung der faschistischen Gefahr nahtlos der antikapitalistische Kampf der Arbeiterklasse anschließen, wie es Bela Kun auf dem Weltkongreß erläuterte.

Es ist meiner Auffassung nach deutlich erkennbar, wie sehr die Volksfronttaktik mit der jetzt im Völkerbund und später im Nichteinmischungskomitee propagierte Politik der kollektiven Sicherheit zusammengriff und wie erneut das Ausnutzen von Gegensätzen zum Instrument der Politik gemacht wurde. Dies wird auch in den folgenden Worten Manuilskis deutlich: »Es ist unrichtig anzunehmen, daß man die Revolution vorbereiten und verwirklichen kann, ohne die Gegensätze im Lager des Gegners auszunutzen, ohne vorübergehende, teilweise Kompromisse mit anderen in Revolutionierung begriffenen Klassen und Gruppen und ihrer politischen Organisationen.«⁴

So wie die Politik der kollektiven Sicherheit Gegensätze zwischen kapitalistischen Staaten aufgriff, so zielte die Politik der Volksfront auf die Ausnutzung von Klassengegensätzen und Gegensätzen innerhalb des Bürgertums ab. Doch ist es realistisch, wenn man davon ausgeht, daß für die sowjetische Führung selbst die revolutionäre Zielsetzung angesichts der bedrohlichen Lage, auf die ich oben schon einging, eine geringere Rolle spielte und daß sie dem defensiven Moment der Volksfronttaktik und der Politik der kollektiven Sicherheit größte Bedeutung einräumte. Es ist in meinen Augen auch nicht völlig von der Hand zu weisen, wenn Gerhart



Der »Große Bruder«, die Schreckensvision George Orwells, 1937 in Barcelona: Der lange Arm Stalins ist mächtiger als die Regierung der Spanischen Republik.

don vorzubereiten, an der alle fünf Locarno-Mächte beteiligt sein sollten. Während der Vorbereitungen traf am 17./18. Juli die Nachricht vom Aufstand der spanischen Militärs ein.

Vor dem Hintergrund des englischen Interesses an der Erneuerung des Westpaktes ist es leicht verständlich, daß Großbritannien am 31. Juli ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Haltung anderer Staaten ein Waffenembargo für ganz Spanien verkündete.

Schon am 19.7. bat der spanische Premier Jose Giral in einem Telegramm Leon Blum um Waffenlieferungen. Dieser Wunsch entsprach einem noch im Dezember 1935 unterzeichneten Vertrag, in dem sich die spanische Regierung verpflichtete, Waffen zu kaufen, und er fand zunächst auch die Zustimmung Blums.

Doch nachdem die französische Rechtspresse durch gezielte Indiskretionen nationalistischer Angehöriger der spanischen Botschaft durch eine Zeitungskampagne die Öffentlichkeit und einige Volksfrontminister aufrüttelte, konnte sich Blum am 25.7. in der entscheidenden Kabinettsitzung nicht durchsetzen. Das Ergebnis war, daß keine Waffenlieferungen auf Regierungsebene gewährt, aber auch keine Waffengeschäfte zwischen Unternehmen verhindert wurden.

Der Hauptgrund für diese Entscheidung Frankreichs liegt darin, daß es, nachdem es Italien durch Sanktionen während des Abessinienkrieges verprellt hatte, Englands Führung angesichts der deutschen Bedrohung akzeptieren mußte. Die Sozialisten waren darüberhinaus von einer starken, prinzipiellen, pazifistischen Grundstimmung erfaßt.

Englischer Druck auf die französische Regierung muß ebenfalls seinen Beitrag zu der Kabinettsentscheidung geleistet haben: in einer Unterredung Blums mit Eden in London vom 24.7. gab der englische konservative Politiker seinem Mißfallen deutlich Ausdruck.⁷ In einer späteren Kabinettsitzung spricht der französische Außenminister Delbos schließlich von einer inoffiziellen Warnung durch die englische Regierung. In der westlichen Geschichtsschreibung besteht bezüglich der Orientierung der französischen Sicherheitspolitik an England, hervorgerufen durch die unterstellte deutsche Bedrohung, eine wohl einhellige Bewertung. So kommt z.B. Robert Whealey zu dem Schluß: »The key of the French foreign policy was the historic suspicion that Germany was the major threat to her security.«⁸

Deutschland mache seine Unterschrift von der Mitarbeit Moskaus abhängig. Italien verwies zunächst auf die Abwesenheit Mussolinis, während der man nichts entscheiden könne, und knüpfte später Bedingungen wie das Verbot von Freiwilligenanwerbung an das Abkommen, die nach außen hin Interesse an dem Gelingen des Projekts demonstrieren sollten, aber in Wahrheit nur der Verzögerung dienten.

Ebenso wie Italien und Deutschland, so war auch die Sowjetunion nicht daran interessiert, dem Abkommen sofort beizutreten. Doch anders als die faschistischen Länder, die angesichts ihrer fortgesetzten Intervention militärische Vorteile für Franco erreichen wollten, indem sie das Abkommen hinauszögerten, waren für das Zögern der Sowjetunion andere Motive ausschlaggebend. Ein Grund lag in dem mit einer Neutralitätserklärung verbundenen Prestigeverlust der

Sowjets bei der kommunistischen Weltbewegung. Zweitens wäre keine offene militärische Unterstützung der spanischen Republik auf legalem Weg nach einem solchen Abkommen mehr möglich gewesen. Und drittens war der UdSSR klar gewesen, daß Italien und Deutschland sich nicht an ein solches Abkommen halten würden. Schließlich mußte sie jedoch einlenken, um ihre Politik der kollektiven Sicherheit nicht durch ein Verprellen ihres französischen Verbündeten zu gefährden, zumal der französisch-sowjetische Beistandspakt gerade erst — 10 Monate nach seiner Unterzeichnung — ratifiziert worden war.

Da jedoch die westeuropäischen kommunistischen Parteien ihre nationalen Regierungen zu einer Unterstützung der Republik drängten und sogar die Prawda bereits einen Tag nach der sowjetischen Unterzeichnung des Abkommens selbiges heftig kritisierte, muß man davon ausgehen, daß die sowjetische Haltung gegenüber dem Abkommen ambivalent war.

Der Sowjetunion blieb aber, weil ihre Sicherheitsinteressen an erster Stelle standen, nichts anders übrig, als Frankreich in seinen Bemühungen zunächst einmal zu unterstützen.

Direkt nach Inkrafttreten des Abkommens verlangte ein zweiter Vorstoß der französischen Regierung die Schaffung eines Nichteinmischungskomitees (NIC). Sie konnte sich dabei auf eine italienische Initiative zur Schaffung von Kontrollmöglichkeiten stützen, die die Italiener zur Verzögerung des Abkommens ergriffen hatten. Tatsächlich gelang es bis zum 9.9.1936, das NIC zu konstituieren. Sowjetische Warnungen, in denen die Kreml-Führung aussprach, daß sie sich nicht eher an das Abkommen gebunden fühle, bis es durch Kontrollmaßnahmen gestärkt sei, könnten den Ausschlag für die französische Initiative gegeben haben. Dem entspricht auch, daß die UdSSR diese Idee sofort unterstützt hat. Doch offensichtlich wollte die Sowjetunion nicht auf das Komitee warten und entschied sich Ende August zur militärischen »Intervention«.

Im Gegensatz zu Deutschland und Italien hatte die Sowjetunion bis dato noch nicht in den spanischen Bürgerkrieg interveniert.

Die Komintern hatte zwar über Münzenberg und Krivitski in Westeuropa auch schon Ende August Waffen und Menschen organisiert, aber die Komintern bedurfte in dieser Hinsicht nicht erst der sowjetischen Zustimmung. Es ging schlicht um ihre Glaubwürdigkeit.

Für Horst Kühne ist die Erklärung der »Intervention« sehr einfach. »Obwohl sich die Regierung der UdSSR komplizierten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus und einer ungünstigen internationalen Situation gegenüber sah, zögerte sie nicht, der Spanischen Republik jede mögliche politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe zu erweisen.«⁹ Mit diesen Worten will Horst Kühne ausdrücken, daß der »proletarische Internationalismus« ein entscheidendes Kriterium bei der Entscheidung zur militärischen Unterstützung der Republik war. Aber dieses Motiv wird schon durch das Zögern der Sowjetunion bis Ende August fraglich. Und dann dauerte es noch einmal einen Monat, bis die UdSSR eine größere Anzahl Schiffe nach Spanien schickte. Hieraus wird

deutlich, daß die Motive zur Unterstützung der Republik auf einer anderen — nach meiner Auffassung internationalen — Ebene zu suchen sind.

So trifft Dante A. Puzzo die Wahrheit wohl eher, wenn er herausstellt, daß die Sowjetunion weder an die Rechtfertigung noch an die Effizienz des Nichteinmischungssystems glaubte, und daß zweitens die fortgesetzte italienisch-deutsche Intervention dazu betrug, daß sie schließlich offiziell verkündete: »(...) that it would not be bound to a greater extent than the fascist powers.«¹⁰

Auch Gabriel Jackson geht davon aus, daß die Sowjetunion sich nur so lange zurückhielt, wie sie glaubte, daß das Nichteinmischungssystem Erfolge in bezug auf die Eindämmung der Intervention der faschistischen Staaten bringen konnte. Erst am 30. August habe dann nach der offensichtlichen Ineffizienz des Systems Krivitski Befehle erhalten, Scheinfirmen zum Ankauf von Waffen für die Republik zu gründen.¹¹

Die unbedingte Geheimhaltung dabei ist mit der Notwendigkeit zu erklären, die Mittelschichten, auf die die UdSSR mit der Volksfronttaktik und ihrer Politik der kollektiven Sicherheit größte Erwartungen setzte, nicht gegen sich aufzubringen.

Ein weiterer Grund für die sowjetische »Intervention« ist das Bemühen der UdSSR, durch die Unterstützung der Republik Frankreich als Bündnispartner zu stärken und nicht durch die faschistischen Mächte eingekreist und geschwächt zu sehen.

Es ist realistisch, davon auszugehen, daß die UdSSR mit ihrer »Intervention« eine Möglichkeit sah, die Sympathien Blums für die Spanische Republik auszunutzen, um ihn dazu zu bewegen, seine Politik der Neutralität fallenzulassen und doch noch offen zu intervenieren.

Robert Whealey spricht in diesem Zusammenhang einen sehr interessanten Gedanken aus: »It would be better for Stalin if Germany went to war rather in the West than the East.«¹² Allerdings läßt Whealey auch keinen Zweifel daran, daß die englische und die französische Diplomatie versuchte, den deutschen Expansionismus ebenfalls in eine ihnen gemäße Richtung — also nach Osten — abzulenken. Dies sprach schon im Mai 1934 der englische Konservative Lord Lloyd offen aus: »Wir geben Japan die Freiheit des Handelns gegenüber Rußland; 2. wir geben Deutschland das Recht auf Rüstung. Wir schließen das Bündnis mit Frankreich, um (...) eine deutsche Expansion nach Westen unmöglich zu machen. Auf der anderen Seite öffnen wir Deutschland den Weg nach Osten (...)«¹³

So stellt sich einerseits für mich die sowjetische »Intervention« als ein Versuch dar, Frankreich und England in einen Krieg mit den faschistischen Mächten hineinzuziehen, zumal dies dem von mir oben geschilderten langfristigen Ziel des Ausnutzens von Antagonismen innerhalb des kapitalistischen Lagers entspricht.

Man kommt den Kern der Wahrheit näher, wenn man feststellt, daß Stalin die Überzeugung hatte, daß die einzige Möglichkeit, einem deutschen Angriff vorzubeugen, im

Es ging der Sowjetunion vorrangig um die Verwirklichung der eigenen nationalen Interessen. Und diese nationalen Interessen ließen im Oktober 1936 die »Intervention«⁶ nötig erscheinen, um die Westmächte zu einer kollektiven Aktion gegen den Faschismus zu ködern, der die Sowjetunion selbst bedrohte.

II. Unmittelbare Gründe zur »Intervention«

Großbritannien war im Juli 1936 darum bemüht, durch einen Westpakt das durch Hitler zerstörte Locarnoabkommen zu erneuern und eine entsprechende Konferenz in Lon-

Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen den beiden Westmächten und Deutschland lag. Wie ich im ersten Kapitel schon dargestellt habe, messe ich dieser sowjetischen Zielsetzung aber eher einen defensiven Charakter zu.

Es ist meiner Auffassung nach richtig, wenn man im Gegensatz zu Kühne feststellt, daß die Sowjetunion nicht aus einer Haltung des Internationalismus oder der Solidarität mit der spanischen Arbeiterklasse handelte, sondern, daß sie aus einem Überlebensinteresse heraus der Republik Hilfe gewährte. »Thus the Soviet Union aided Loyalist Spain not from a sense of altruism, but from a need of security. She used Spain as a focal point, the pawn to bring about a coalition between Russia and the democratic and leftist governments to collectively thwart German aggressions (...)«¹⁴

Dieses defensive Ziel stand an erster Stelle. Andererseits wäre es naiv anzunehmen, daß diese Politik nicht dazu dienen sollte, die Hauptlast eines solchen Krieges auf die Westmächte abzuladen.

III. Rückschläge der sowjetischen Außenpolitik während des Bürgerkrieges

Daß der Völkerbund als Instrument der kollektiven Sicherheit, wie die Sowjets ihn nutzen wollte, völlig ungeeignet war, hatte der Abessinienkrieg gezeigt. So bot sich aus der Sicht der UdSSR im Nichteinmischungskomitee eine andere Institution an, die der sowjetischen Außenpolitik erneut die Möglichkeit einräumte, England und Frankreich für ihre Interessen einzuspannen.

In der Zeit vor Unterzeichnung des Neutralitätsabkommens und vor der Konstituierung des NIC versuchte die UdSSR, vor allem Frankreich auf die bedrohlichen Auswirkungen der faschistischen Intervention aufmerksam zu machen. Schon am 4.8.1936 schrieb Karl Radek in der Izwestija: »Je lauter die deutschen Faschisten über bolschewistische oder französische Einmischung in Spanien schreien, desto klarer wird es, daß sie nicht nur ein gefährliches Vorgehen gegen Spanien, sondern gegen Frankreich aushecken.«

Die UdSSR hoffte also, daß Frankreich bald die militärischen Konsequenzen ziehen würde. Und noch am 9.10. versuchte die UdSSR, nachdem sie vor allem Portugal wegen seiner Verletzung des Abkommens anklagte, die Konstituierung des NIC zu verhindern, indem sie ein Ultimatum stellte und mit ihrem Rückzug aus dem NIC drohte, falls die Verletzungen des Abkommens nicht eingestellt würden. Aber als sie einsehen mußte, daß England und das unter englischem Druck stehende Frankreich sich nicht beeindrucken ließen, änderte sie ihre Politik und arbeitete schließlich konstruktiv im NIC mit.

So war die Konstituierung des NIC die zweite größere diplomatische Niederlage der Sowjets nach dem Nichteinmischungsabkommen selbst. Die nun folgende defensive Phase der konstruktiven Mitarbeit hatte vor allem zum Ziel, die Gefahr der diplomatischen Isolierung zu vermeiden und den Viermächtepakt, wie er später in München Realität wurde, zu verhindern. Dies wird im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen den Westmächten und den Achsenmächten über die Bedingungen zum Wiedereintritt in die Seekon-

trolle im Juni 1937 und der Klage der UdSSR darüber, daß sie nicht konsultiert wurde, deutlich.

Um die Westmächte von einem Viermächtepakt abzuhalten, und die eigene Isolierung zu verhindern, war es das kurzfristige Ziel der Sowjetunion, die Bereitschaft zur Kooperation unter Beweis zu stellen und die faschistische Intervention zu entlarven. Beides ließ sich kombinieren, indem die Sowjetunion nun effektiv für eine Kontrolle des Nichteinmischungsabkommens eintrat. Dabei kam ihr zunächst zugute, daß die faschistischen Staaten mit dem Abschluß des Antikominternpakts vom 1. November 1936 England und Frankreich mißtrauisch stimmten.

Schon am 12.10.1936 hatte die UdSSR den Vorschlag gemacht, an See- und Landgrenzen Beobachter zu stationieren. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings, wie oben schon dargelegt, die Sowjetunion noch bemüht, das Nichteinmischungsabkommen zu »sprengen«. Und so war der Vorschlag wohl mehr als Manöver gedacht, das, die obstruktive Haltung der faschistischen Staaten vorausgesetzt, dazu dienen sollte, diesem Bemühen nachzukommen.

Nachdem aber Maiskij am 23.10. deutlich machte, daß die Sowjetunion sich nicht mehr an das Abkommen halte als die faschistischen Staaten und daraufhin der sowjetische Kontrollvorschlag wieder aufgenommen wurde, war dieser Vorschlag ernst gemeint. Es ist festzustellen, daß die sowjetische Kompromißbereitschaft gerade in der Zeit stärker wurde, als sich die britische Kritik ausdrücklich und offiziell stärker gegen die UdSSR als gegen Deutschland und Italien richtete.

Auch hierin widerspiegelt sich das Bemühen der Sowjetunion, England von ihrer Kooperationsbereitschaft zu überzeugen. Die Anbiederung an England führte sogar soweit, daß die Sowjetunion England vor Angriffen Portugals in Schutz nahm.

Maiskij tat dies jedoch nicht ohne den Hintergedanken, einen britisch-portugiesischen Gegensatz zu schaffen. »Selbstverständlich bedarf die Britische Regierung kaum meiner Unterstützung; sie hat ihre eigenen Vertreter hier im Komitee; aber als Mitglied des Komitees, (...) fühle ich mich gewissermaßen dafür verantwortlich, ihr Prestige in dieser Angelegenheit hochzuhalten, und deshalb kann ich es nicht zulassen, daß solche Ausführungen (Portugals) ohne Protest durchgelassen werden.«

Angesichts der sowjetischen Kompromißbereitschaft verwundert es nicht, daß das Beobachterschema, das sich aus dem sowjetischen Kontrollvorschlag herauskristallisiert hatte, nicht an der UdSSR, sondern an den faschistischen Staaten gescheitert ist.

Auch in der Frage der Rückführung sogenannter »Freiwilliger« aus Spanien zeigte sich die Sowjetunion grundsätzlich kompromißbereit. Die UdSSR lehnte zwar einen entsprechenden Vorstoß des englischen Vertreters Lord Plymouth ab. Aber sie tat dies mit dem Hinweis darauf, daß erst einmal ein wirksames Kontrollsystem erarbeitet werden mußte. Daß diese Bedenken tatsächlich der einzige Grund für das sowjetische Veto in dieser Frage waren, wird deutlich, wenn

man sich vor Augen hält, daß die UdSSR als erste der englisch-französischen Note zustimmte, die eine Gesetzgebung aller relevanten Staaten zur Verhinderung der Auswanderung von freiwilligen Kämpfern nach Spanien forderte. Während die Sowjetunion am 29.12.1936 eine zustimmende Antwortnote sandte, taten die faschistischen Mächte dies erst am 25.1.1937, nachdem die deutsche Regierung durch das Aufstellen von Forderungen versucht hatte, ein Übereinkommen hinauszuzögern, um das Freiwilligenverbot bis zum endgültigen Abschluß der italienischen Truppenlandungen hinauszuzögern. Darüber hinaus konnte am 6.3.1937 die »Seekontrolle« mit sowjetischer Unterstützung durchgesetzt werden, obwohl selbst England und Frankreich den Kontrollgedanken nicht wirklich ernst nahmen.

In dieser Phase schienen die sowjetischen Bemühungen Kooperationsbereitschaft zu demonstrieren und die Westmächte zu umwerben, erfolgversprechend zu sein.

Doch die Ereignisse um die Bombardierung der deutschen Kriegsschiffe »Deutschland« und »Leipzig« brachten der Sowjetunion erneut eine schwere diplomatische Niederlage ein.

Hitlerdeutschland reagierte nach dem Angriff republikanischer Flugzeuge vom 29.5.1937 mit der Beschießung der spanischen Hafenstadt Almeria und zog sich darüber hinaus aus der Seekontrolle zurück, worauf Italien den gleichen Schritt tat.

Die Demütigung für die Sowjetunion bestand nun darin, daß England nicht etwa, durch die Beschießung von Almeria aufgeschreckt, drastische Maßnahmen gegen die faschistischen Interventionen einleitete, sondern Viermächteverhandlungen führte mit dem Erfolg, daß die faschistischen Staaten am 16.6. wieder im NIC und an der Seekontrolle teilnahmen.

Es sollte jedoch nicht bei dieser Niederlage der sowjetischen Außenpolitik bleiben. Auch die Konferenz von Nyon entwickelte sich nicht den sowjetischen Erwartungen entsprechend.

Diese Konferenz beschäftigte sich mit den zunehmenden Angriffen unbekannter U-Boote auf Schiffe, die die Republik belieferten. Der erste Rückschlag in dieser Hinsicht war für die sowjetische Politik die Ausgrenzung der Spanischen Republik selbst, was einmal mehr deutlich machte, daß die Republik mit der ebenfalls ausgegrenzten Rebellenregierung von den Westmächten auf eine Stufe gestellt wurde. Der zweite für die Sowjetunion schmerzliche Schritt war die Aufgabe der Seekontrolle durch Spanien und Frankreich mit der Begründung, alle Kriegsschiffe für die neuen Polizeiaktionen zu benötigen. Dies machte alle bisherigen Hindernisse für Waffenlieferungen an die Rebellen hinfällig. Abgesehen davon wurde mit diesem Schritt das sowjetische Mitspracherecht im NIC umgangen. Schließlich wurde die Sowjetunion noch von einer Beteiligung an den Polizeimaßnahmen ferngehalten und Italien eine Beteiligung an diesen Maßnahmen ermöglicht. Dies kommentierte der italienische Außenminister Ciano treffend mit folgenden Worten: »Aus angeklagten Torpedierern werden wir zu Mittelmeerpolizisten, unter Ausschuß der versenkten Russen.«



Erich Ollenhauer (links), 1937 in Spanien bei Verhandlungen mit Santiago Carrillo, dem Vorsitzenden des Spanischen Jugendverbandes und Chef der Madrider Politischen Polizei (mitte) und dem Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale Wolf (rechts)

Auch die englisch-italienischen Verhandlungen müssen der Sowjetunion die Aussichtslosigkeit ihrer außenpolitischen Bemühungen vor Augen geführt haben. Schon am 4.1.1937 schlossen England und Italien ein »Gentlemen's Agreement« über die Beibehaltung des Status quo im Mittelmeerraum ab. Als Konzession wurde Italien die Anerkennung der italienischen Souveränität über Abessinien gewährt. Nachdem Eden am 20.2.1938 als Gegner einer Erneuerung des durch Italien mehrfach gebrochenen Abkommens zurücktrat, war der Weg für ein neues englisch-italienisches Abkommen frei. Es wurde am 16.4. abgeschlossen und beinhaltete praktisch die gleichen Punkte. Kurze Zeit davor, am 12.3., annektierte Hitler Österreich. Allards Schlußfolgerung, daß Stalin eine »(...) fast panische Angst vor einer vollständigen politischen Einkreisung (...)«¹⁵ gehabt haben muß, läßt sich wohl auf beide Ereignisse gleichermaßen beziehen.

Der entscheidende Anlaß für die Rücknahme der militärischen Unterstützung der Republik durch die Sowjetunion war letztlich das Ende einer kurzen Phase französisch-sowjetischer Kooperation, die von März bis Juni 1938 währte. In dieser Phase war es das französische Interesse, die Republik so zu stärken, daß ein Verhandlungsfriede doch noch möglich würde, um somit der Gefahr der faschistischen Einkreisung begegnen zu können. Die Sowjetunion war nun in der Lage, Waffen von Frankreich nach Spanien über die jetzt offene Pyrenäengrenze zu transferieren.

Nachdem aber in den britisch-französischen Ministergesprächen vom 28.4.1938 Großbritannien erneut Druck auf Frankreich ausübte, sperrten die Franzosen im Juni wieder die Atlantikhäfen für die UdSSR. Jetzt sah die UdSSR endgültig ihre Bemühungen gescheitert, über den spanischen Bürgerkrieg eine Allianz mit den Westmächten zu erreichen.

Die Folge war, daß die Sowjetunion ihr Engagement in Spanien schrittweise aufgab. Zunächst stimmte sie dem »Londoner Plan« zu, der den Forderungen der faschistischen Intervention entgegenkam, indem die Rückführung ausländischer Kriegsteilnehmer an die Anerkennung beider Seiten als kriegsführende Mächte gekoppelt wurde. Emile Temime

stellt in diesem Zusammenhang fest: »Das waren die ersten Anzeichen einer Entwicklung, die später, etwa ein Jahr nach Preisgabe Spaniens, zum Hitler-Stalin-Pakt geführt hat.¹⁶ Der letzte und entscheidende Schritt des sowjetischen Rückzugs aus Spanien war der einseitige Abzug der Freiwilligen der Internationalen Brigaden im Oktober. Ohnehin im Prozeß des Rückzugs, diente sie — vor dem Hintergrund des Münchener Viermächteabkommens — dazu, jeden Konfliktstoff sowohl mit den Achsen- als auch den Westmächten zu vermeiden.

Letzte Hoffnungen auf eine mögliche Wende in der Spanienfrage gab die Sowjetunion aber erst im Januar 1939 auf, nachdem Frankreich die Gelegenheit verstreichen ließ, in Katalonien zu intervenieren. Selbst die sowjetische Presse gab einem kollektiven Vorgehen gegen den Faschismus nun keine Chance mehr.

Beschleunigt wurde der sowjetische Rückzug sicher auch durch die Feindseligkeiten mit Japan in China. Hier unterstützten die Sowjets getreu dem durch Lenin vorgezeichneten Weg die bürgerlichen Kräfte um Tschiang-Kai-schek in der Hoffnung, daß eine »bürgerlich-demokratische« Revolution China erst einmal die Unabhängigkeit vom »Imperialismus« bringen würde. Die Waffenlieferungen an die Chinesen engten die materiellen Möglichkeiten der Sowjets in Spanien immer mehr ein.

IV. Der britisch-sowjetische Gegensatz und die Krise des Empires

Im Zusammenhang mit den Rückschlägen der sowjetischen Außenpolitik, wie ich sie im letzten Abschnitt dargestellt habe, bin ich auch auf die britisch-französischen Beziehungen eingegangen. Diese Beziehungen waren, wie oben schon dargelegt, von einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis gekennzeichnet. Frankreich mußte im Hinblick auf die Bedrohung durch den Nationalsozialismus seine Spanienpolitik den britischen Interessen unterordnen und blieb daher letztlich für das sowjetische Werben um ein kollektives Vorgehen in der Spanienfrage unerreichbar.

Der Schlüssel für das Scheitern der sowjetischen Politik — und damit auch für den sowjetischen Rückzug aus Spanien — liegt somit in der englischen Außenpolitik, die wiederum maßgeblich durch tief verwurzelte britisch-sowjetische Gegensätze determiniert war. Nur durch diese Gegensätze läßt sich meiner Auffassung nach das konsequente britische Festhalten an der Appeasementpolitik erklären, deren Ziel die Ablenkung des deutschen Expansionismus nach Osten war.

Sie diente aber ebenso dem Ziel Großbritanniens, sein Weltreich zu erhalten, was auch unabhängig von der Bedrohung durch den sowjetischen »Revolutionsexport« die Vermeidung jedweden Krieges erforderte und damit schon die Notwendigkeit des Appeasements festlegte. Appeasement war als Antwort auf die Krise Großbritanniens und des internationalen Systems der Versuch, den Machtverfall so langsam wie möglich verlaufen zu lassen, nach Möglichkeit aber die britische Weltmachtstellung in ihrer Substanz zu erhalten.

Somit wird also deutlich, daß die sowjetische Politik der

kollektiven Sicherheit und eben auch die eng damit verknüpfte Spanienpolitik letztlich an dem ideologischen und — im Hinblick auf die Dominions — materiellen Gegensatz und an dem durch die Krise des Empires eingeschränkten außenpolitischen Spielraum Großbritanniens gescheitert ist. Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die ökonomischen Interessen Großbritanniens in Spanien. Es galt, britische Vermögen — vor allem in Nordspanien — zu sichern. Ein allzu eindeutiges Engagement für eine der beiden Seiten hätte diese Kapitalinteressen möglicherweise gefährdet.

V. Der Umfang sowjetischer Militärhilfe

Die Entscheidung vom Oktober 1938 zu intervenieren war gefällt worden, um bis zu einer effektiven Kontrolle möglichst viele Waffen nach Spanien zu bringen und somit ein Gegengewicht zu den faschistischen Interventionen zu bilden. Die Hilfe war also zu diesem Zeitpunkt mit wenig Risiko bezüglich eines Verrellens der Westmächte verbunden. Daher sandte die UdSSR noch im Oktober 16 eigene Schiffe nach Spanien. In den darauf folgenden Monaten übernahmen dann vorwiegend spanische und internationale Schiffe die sowjetischen Waffenlieferungen. Dies geschah wohl ebenfalls mit dem Ziel, die Westmächte nicht unnötig zu provozieren.

Die ab Juni 1937 abnehmenden Waffenlieferungen an die Republik lassen sich aus mehreren Gründen erklären. Zum ersten war die Lücke, die die UdSSR ausfüllen wollte, bis die Seekontrolle funktioniert haben würde, »gestopft«. Zum anderen war es wohl gar nicht beabsichtigt, die Spanische Republik über längere Zeit hinweg zu unterstützen. Zum dritten mag die Sowjetunion die Chancen für einen Sieg der Republik angesichts der Neutralitätspolitik der Westmächte als zu gering eingeschätzt haben.

Emile Temime dagegen unterstellt der UdSSR, daß ihr eigentliches Ziel die Verlängerung des Krieges gewesen sei, um deutsche und italienische Kräfte zu binden. Am Anfang des Krieges habe dies massive Waffenlieferungen erfordert. Nach dem Scheitern der Offensive auf Madrid mit dem Ergebnis, daß ein baldiger Sieg des Francolagers in weite Ferne rückte, sei das Gegenteil der Fall gewesen. »Damit erklärt sich einmal das plötzliche rasche Anlaufen der Hilfeleistungen, aber auch ihr ebenso plötzliches Schrumpfen.«¹⁹ Er vergibt jedoch bei seiner Analyse die Relevanz der zunehmenden sowjetischen Schwierigkeiten mit Japan, das schon im Juli 1937 China angriff und dort die sowjetischen Sicherheitsinteressen bedrohte.

Auch die in der Statistik nicht mehr aufgeführte verstärkte sowjetische Hilfeleistung vom März bis Juni 1938 war von der momentanen internationalen Situation geprägt. Denn das zweite Kabinett Blum und sein offenkundiger Wille, mit der UdSSR bei Waffenlieferungen zu kooperieren, ließen neue Hoffnungen der Sowjetunion auf eine kollektive Aktion aufkeimen.

Die Zählen über den absoluten Umfang der sowjetischen Militärhilfe gehen auseinander. So auch bei dem sowjetischen Militärpersonal, das Whealey auf eine Höchststärke von vier- bis fünfhundert schätzt,²⁰ David Cattel dagegen auf vier- bis fünftausend beziffert.²¹ Beide Zahlen machen jedoch nur einen Bruchteil der faschistischen Truppen aus.



Internationale Einheitsfrontkundgebung mit dem Generalsekretär der II. Internationale, de Brouckère, im Sommer 1937 in Spanien

Ebenso differieren die Schätzungen der Stärke der durch die Komintern — und damit indirekt durch die UdSSR — organisierten Internationalen Brigaden. Sie liegen zwischen 10000 und 30000 Mann.

Schluß

Meiner Ansicht nach war der Sowjetunion mit ihrem Engagement genauso wenig an dem Schicksal Spaniens gelegen wie den Westmächten. Und so ist es in meinen Augen nicht ganz unrichtig, wenn die sowjetische Geschichtsschreibung bei der Betrachtung der Entwicklung vom Beginn der Appeasementpolitik und des Verlaufs des spanischen Bürgerkrieges bis schließlich zum Hitler-Stalin-Pakt mit einem Bild Chruschtschows arbeitet: »(...) in dem Bild vom deutschen Faschismus als einen sehr wertvollen Hund, (...) den die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA sorgsam gepflegt, um ihn gegen die UdSSR zu hetzen, und der sich von der Kette riß und diejenigen anfiel, die ihn großgezogen hatten.« Andererseits trifft es auch den Kern der Wahrheit, wenn man zu dem Schluß kommt, daß die Sowjetunion in Spanien einen Krisenherd pflegte, der dazu dienen sollte, ein Bündnis mit den Westmächten zu schmieden, das wiederum den deutschen Faschismus in einen Krieg mit den westlichen Demokratien treiben sollte.

Ich vertrete die Auffassung, daß es beiden Seiten darum ging, den deutschen Expansionismus in eine ihren jeweiligen Interessen angebrachte erscheinende Richtung zu lenken.

Spanien diente beiden Seiten als »Spielfeld«, auf dem sich ihre jeweiligen nationalen Interessen gegenüberstanden und sich mit der Gefahr des Faschismus auf unterschiedliche Weise auseinandersetzen.

Anmerkungen:

1. Allard, Sven, Stalin und Hitler, Bonn/München 1974, S. 31
2. Cattel, David, Soviet Diplomacy in the Spanish Civil War, Berkeley 1957, S. 36
3. Puzzo, Dante-A., Spain and the Great Powers 1936-1941, New York 1962, S. 144
4. Wegmüller, Jürg, Das Experiment der Volksfront, Bonn/Frankfurt a.M. 1972, S. 67
5. Hass, Gerhart, Deutsche Außenpolitik, Bd. 14, Heft 10, 1969, S. 1194
6. Wenn ich den Begriff »Intervention« in Anführungszeichen gesetzt habe, so hat das den Grund, daß die sowjetische Militärhilfe an die Republik kein einseitiger Eingriff seitens der UdSSR in die inneren Angelegenheiten der Republik war, sondern von der Regierung der spanischen

Republik ausdrücklich begrüßt worden ist. Es handelt sich also in der Hinsicht nicht um eine Intervention im eigentlichen Sinne des Wortes. Da ich mich nur auf die sowjetische Militärhilfe zu beschränken habe und nicht auf die massiven Eingriffe des sowjetischen Geheimdienstes und der durch die UdSSR gesteuerten Komintern in die spanische Innenpolitik eingehen kann, die ich durchaus als Intervention bezeichnen würde, möchte ich vermeiden, daß die sowjetischen Hilfeleistungen mit der Intervention der faschistischen Staaten formal gleichgesetzt werden.

7. Abendroth, Hans-Henning, Hitler in der spanischen Arena, Erlanger 1970, S. 215
8. Whealey, Robert, Foreign Intervention in the Spanish Civil War, New York 1971, S. 213
9. Kühne Horst, a.a.O., S. 45
10. Puzzo, Dante A., a.a.O., S. 111
11. Jackson, Gabriel, The Spanish Republic and the Civil War 1931-1939, Princeton 1965, S. 258
12. Whealey, Robert, a.a.O., S. 216
13. Hass, Gerhart, a.a.O., S. 1197
14. Cattel, David, a.a.O., S. 35
15. Allard, Sven, a.a.O., S. 68
16. Broué, Pierre und Emile Temime, Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt 1968, S. 624
17. Watt, Donald C., Soviet Military Aid to the Spanish Republic in the Civil War 1936-39, München 1976, S. 252
18. Thomas, Hugh, Der spanische Bürgerkrieg, Berlin, Frankfurt a.M., Wien 1962, S. 1962, S. 520-523
19. Broué, Pierre und Emile Temime, a.a.O., S. 468
20. Whealey, Robert, a.a.O., S. 232
21. Cattel, David, Communism and the Spanish Civil War, New York 1965, S. 82

Ruth Winkler/Inge Wottig-Danielmeier (Hg.)
FRAUENERWERBSARBEIT
Fallstrick oder Lebensperspektive?

Aktuelle Diskussionen in der Frauenbewegung stehen im Mittelpunkt dieses Buches: Arbeit „aus Liebe“, Beziehungsarbeit, Entstehung und Wesen der Hausarbeit, Kindererziehung, Erwerbsarbeit und Doppelbelastung, das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit und die Frage nach einem neuen Zivilisationsmodell.

In Protokollen, Aufsätzen und Vorträgen werden diese Diskussionen thematisiert. Die Autorinnen spüren Fragen nach: Welchen Stellenwert hat die Hausarbeit im Kapitalismus? Welche Lebensmodelle gibt es von Frauen und Mädchen? Wie muß die Zukunft gestaltet sein, um diese Modelle zu verwirklichen? Welche konkreten Projekte und Politikvorstellungen existieren oder sind gar schon verwirklicht? Mit Beiträgen von Inge Wottig-Danielmeier (Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), Annette Kuhn (Professorin in Bonn), Frieda Haug (Publizistin), Margot von Renesse (Jugendrichterin), Herrad Schenk (Schichtstellerin) u.a.

ISBN 3-924800-80-4, ca. 20 DM.



Anarchisten und Kommunisten

Die unterschiedliche Einschätzung der Ereignisse in Spanien im Sommer 1936

Die Anarchisten, die den Primat der Praxis betonen, verfügen im Gegensatz zu den Marxisten über keine systematische Gesellschafts- und Revolutionstheorie, in die sie die Vorgänge im Sommer 1936 hätten einordnen können. Erst in den 30er Jahren begann in der CNT eine Diskussion zwischen den Syndikalisten, die Ansätze einer Revolutionstheorie erarbeiten (die Anarchisten benötigen eine starke Organisation, um die Revolution vorzubereiten und zu verteidigen, sie müssen die Produktion organisieren und Güter verteilen können) und den »klassischen« Anarchisten. Auf dem CNT-Kongreß im Mai 1936 in Zaragoza konnte sich allerdings nochmals der stärker anarchistisch orientierte FAI-Flügel durchsetzen (revolutionärer Wille entscheidet über Beginn und Erfolg der sozialen Revolution). Die Analyse revolutionärer Situationen wurde also nach wie vor durch die Lehre vom revolutionären Generalstreik ersetzt, der den Auftakt zur sozialen Revolution darstelle und den freiheitlichen Kommunismus ohne Übergangsperioden als unmittelbares Ziel hatte. Auf diesem Kongreß im Mai 1936 hielt die CNT den Zeitpunkt für eine erfolgreiche Durchführung der Revolution im Sommer 1936 für gekommen. Die Alternative lautete daher schon vor Ausbruch des Bürgerkrieges: »Wenn jemand ernsthaft die Feindseligkeiten eröffnet, wird die Demokratie unter zwei Feuern untergehen, da überholt und diesem Kampf unangemessen ist. Entweder Faschismus oder soziale Revolution.«

II. Die Revolutionstheorie der POUM

Die Analyse der sozioökonomischen Lage in Spanien ergab für die POUM, daß in den feudal geprägten und technisch rückschrittlichen Agrargebieten eine bürgerlich-demokratische Revolution stattfände, während in den kapitalistisch-fortschrittlichen Industriegebieten eine sozialistische Revolution anstehe. Nach Auffassung der POUM ist die Revolution also »demokratisch-sozialistisch, das heißt bürgerlich und sozialistisch gleichzeitig,« wobei jedoch der Arbeiterklasse, die die Diktatur des Proletariats durchsetze, die Führungsrolle zufalle.

Wie bei den Anarchisten lautet auch hier schon im Frühjahr 1936 die Alternative: »Sozialismus oder Faschismus.«

III. Die Volksfrontkonzeption der Kommunisten

Vertrat die PCE vor dem 7. Kominternkongreß 1935 noch die Ansicht, die 1931 beginnende bürgerlich-demokratische Revolution sei durch Gründung einer »Sowjetrepublik der Arbeiter, Bauern und Soldaten« unmittelbar in eine sozialistische zu überführen, so erwartete sie nach 1935 eine längere Phase der bürgerlichen Revolution und trat deshalb für ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien in einer Volksfront gegen den reaktionären Faschismus ein: »Die bürgerliche Revolution ... ist es, die in unserem Lande durchgeführt wird, und wir Kommunisten sind die Vorhut in diesem Ringen gegen die Kräfte, die das Dunkelmännertum vergange-

ner Zeiten vertreten ... Wir Kommunisten verteidigen ein Regime der Freiheit und Demokratie.« Im Gegensatz zu den Anarchisten und der POUM lautete jetzt die Alternative nicht mehr Sozialismus oder Faschismus, denn »wir (die Kommunisten, d. Verf.) kämpfen mit voller Aufrichtigkeit für die demokratische Republik, weil wir gegenwärtig keine soziale Revolution erstreben, und dies gilt auch für lange Zeit nach dem Siege über den Faschismus.«

Die Ursache für diese Revision in den unmittelbaren Zielvorstellungen der PCE ist in der Innen- und Außenpolitik der UdSSR zu sehen: während des Spanischen Bürgerkrieges erfolgte in der UdSSR die offene Liquidierung der revolutionären Bolschewiki unter dem Vorwurf des Trotzkismus. Ihren außenpolitischen Niederschlag fand diese revolutionsfeindliche Einstellung in Verbindung mit Stalins Theorie vom »Aufbau des Sozialismus in einem Land« im Verzicht auf einen Export der sozialistischen Revolution. Stattdessen trat die UdSSR in einem »System kollektiver Sicherheit« für ein Bündnis mit den bürgerlichen Demokratien in Großbritannien und Frankreich gegen den deutschen Faschismus ein, oder versuchte doch zumindest eine deutsch-italienisch-französisch-englische Einheitsfront gegen die UdSSR zu verhindern. Konkret bedeutete dies, daß die UdSSR über die Komintern die PCE als Instrument benutzte, um die soziale Revolution in Spanien zu kontrollieren und zu unterdrücken. Mit anderen Worten: die Kommunisten »wandten sich entschieden gegen Bestrebungen, die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen.« Diese Haltung äußert sich auch in einem Brief Stalins vom 21.12.1936 an den Ministerpräsidenten der spanischen Republik Largo Caballero, in dem er der spanischen Regierung rät, ausländisches, kleines und mittleres Privateigentum zu schützen, die Freiheit des Handels zu sichern und eng mit dem Bürgertum zusammenzuarbeiten.

Ideologisch untermauert wurde die revolutionsfeindliche Volksfrontpolitik der PCE durch die Faschismustheorie der Komintern und Lenins Aussagen über die demokratische Revolution, die erklären können, warum es der UdSSR gelang, die Politik der PCE ihren wandelnden außenpolitischen Interessen widerstandslos anzupassen. In ihrer Faschismustheorie vertrat die PCE die Ansicht, der Faschismus sei halbfeudal und reaktionär, d.h. zunächst müsse im Kampf gegen den Faschismus die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet werden. Die 2. Wurzel geht auf die Übertragung von Lenins »2 Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution« (1950, LW 9) auf Spanien zurück. Nach ihr stehe im unterentwickelten Spanien die bürgerlich-demokratische Revolution noch bevor, die das Bürgertum aber nicht mehr durchführen wolle, da es sich bereits von der anwachsenden Arbeiterbewegung bedroht fühle und sich deshalb mit den Vertretern der feudalen Gesellschaft verbünde. Folglich soll die bürgerliche Revolution unter Führung des Proletariats mit der PCE als

Avantgarde, die die Weiterführung zur sozialistischen Revolution garantiere, stattfinden.

In der DDR-Geschichtsforschung drückt sich dies auch heute folgendermaßen aus: die spanischen Kommunisten gingen »von der gegebenen nationalen und internationalen Lage aus. Es wäre Abenteuerertum gewesen, hätte man versucht, notwendige Entwicklungsetappen zu überspringen. Jeder Versuch, erst einen sozialistischen Staat mit einer sozialistischen Armee zu schaffen und dann den Gegner zu schlagen, mußte die revolutionäre Vorhut von den Massen des Volkes lösen und zu einer katastrophalen Niederlage führen.«

In der kommunistischen Interpretation galt und gilt der Spanische Bürgerkrieg somit als nationalrevolutionärer Befreiungskrieg für die »demokratische Republik neuen Typs« gegen die faschistische Reaktion und die deutsch-italienische Intervention.

Der Konflikt zwischen Anarchisten und Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg ist damit — im Gegensatz zum Konflikt zwischen beiden Gruppen im zeitlichen Umfeld der Oktoberrevolution — nicht durch die Differenz zwischen 2 Arten der sozialistischen Revolution (grob vereinfacht: anarchistische Revolution »von unten« oder bolschewistische Revolution »von oben«) erklärbar und damit keine bloße Neuauflage der Verfolgung der russischen Anarchisten nach 1917 durch die Bolschewiki auf spanischem Boden. 1936-39 ging es stattdessen um die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der proletarischen Revolution, also der CNT-FAI, der POUM (sie nahm 1936-39 inhaltlich eine ähnliche Haltung ein wie die russischen Bolschewiki 1917) und Teilen der UGT, und den Kommunisten als »treueste Verteidiger« der bürgerlichen Demokratie und damit als Vertreter kleinbürgerlich konterrevolutionärer Schichten, d.h. die PCE stand auf dem »äußersten rechten Flügel des republikanischen Lagers.«

In den folgenden Kapiteln soll deshalb untersucht werden, wie sich diese unterschiedliche Einstellung zur sozialistischen Revolution in wirtschaftlichen Fragen (Agrarfrage und Organisationsfrage in der Industrie) und auf der militärischen Ebene widerspiegelte und wie der daraus entstehende Konflikt verlief.

Der Vollständigkeit halber muß hier noch erwähnt werden, daß die von mir übernommene Charakterisierung der kommunistischen Theorie und Politik im Bürgerkrieg als »konterrevolutionär« nicht unumstritten ist. Eine Reihe bürgerlicher Historiker, aber auch das ehemalige POUM-Mitglied J. Gorkin und die marxistische Geschichtsschreibung in Osteuropa sehen — bei allerdings unterschiedlichen Werturteilen — in der kommunistischen Politik 1936-39 einen ersten Versuch zur Errichtung einer »Volksdemokratie« wie sie nach 1945 in Osteuropa entstanden (Verstaatlichungen, Tendenz zum 1-Parteien-Staat, Verfolgung politischer Gegner, Unterwanderung des Bürgertums, Beseitigung bürgerlicher Freiheitsrechte) oder bereits eukommunistische Elemente. Schon Trotzki hatte versucht, beide Analysen miteinander zu verbinden, indem er feststellte, die Stalinisten hätten bolschewistische Methoden von kommunistischen Zielen getrennt und »die Technik des Bolschewismus in den Dienst des bürgerlichen Eigentums« gestellt. Die Streitfrage, ob die kommunistische »Demokratie neuen Typs« nur eine kriegsbedingte Modifizierung einer bürgerli-

chen Demokratie ist oder ob sie bereits eine Überwindung der bürgerlichen Demokratie durch eine Art Volksdemokratie darstellt, ist in erster Linie für die Auseinandersetzung zwischen der PCE und dem Bürgertum entscheidend. Für den Konflikt zwischen den proletarischen Revolutionären und den Kommunisten ist sie aber nur von untergeordneter Bedeutung, denn aus der Sichtweise der Anarchisten und der POUM ist sowohl die bürgerliche Demokratie als auch die »Demokratie neuen Typs« konterrevolutionär zu bezeichnen, zwischen beiden Formen besteht unter diesem Aspekt nur ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied.

Die Wirtschaft als Konfliktfeld

I. Die Agrarfrage

Die Kollektivierungen der Anarchisten

Ziel der Anarchisten bei der Agrarfrage war die Kollektivierung, wenn möglich auch die Kommunalisierung des Bodens, wobei »Landarbeiter, Tagelöhner und proletarisierte Pächter« Träger dieser Bewegung waren. Dabei sollte die Kollektivierung nicht nur eine effektivere Produktion ermöglichen, sondern vor allem auch zur Befreiung und Emanzipation der Landarbeiter und Bauern beitragen. Der Kriegsverlauf, d.h. der frühe militärische Verlust der anarchistischen Hochburg Andalusien mit ihrer Latifundienwirtschaft und der Bereitschaft weiter Kreise der verarmten Landbevölkerung zur Kollektivierung, bewirkte eine Revision des anarchistischen Programms, da sich die in Katalonien und der Levante relativ stark vertretene bäuerliche Mittelschicht gegen eine Kollektivierung zur Wehr setzte. Bereits im September 1936 erklärte deshalb der regionale CNT-Bauernkongreß Kataloniens, daß er die private Bewirtschaftung des Kleinbesitzes respektiere, d.h. eine freiwillige Kollektivierung erstrebe und nur Großgrundbesitz und die Güter von Aufständischen beschlagnahmen werde.

2. Die antikollektivistische Haltung der Kommunisten

Ausgehend von der oben dargelegten Opposition gegen eine soziale Revolution entwickelten die Kommunisten ein Wirtschaftsprogramm, das fast völlig identisch mit den Vorstellungen der mittelständisch orientierten bürgerlich-republikanischen Parteien war. Als programmatisch grundlegend kann man das gemeinsame Aktionsprogramm von PCE und PSOE vom 19.8.1936 ansehen. Zwei Argumentationsstränge lassen sich dabei erkennen:

- Verteidigung des Privateigentums, d.h. »der Mittelstand sah seine Interessen gleichfalls gewahrt. Die Republik schützte sein Eigentum gegen alle Übergriffe anarchistischer und trotzkistischer Elemente.«
- Errichtung einer effizienten Kriegswirtschaft unter staatlicher Kontrolle.

3. Der Konfliktverlauf

Bei der Bekämpfung der Kollektivierungsbewegung benutzte die PCE drei Instrumente:

- Propaganda: Schien das Aktionsprogramm vom 19.8.1936 noch eine relativ neutrale Haltung bei der Frage Kollektivierung oder Privateigentum einzunehmen, so wandte sich die kommunistische Propaganda entschieden gegen die Kollektive, wobei besonders beanstandet wurde, sie erfolge gewaltsam und nicht freiwillig. Dagegen findet z.B. Huhle kein Beispiel für die propagandisti-

TRABAJADORES



OS ESPERA

»Arbeiter, die POUM erwartet Euch«, Propagandaplakat der POUM, Barcelona, 10.10.1936

sche Verteidigung eines Agrarkollektivs durch die PCE, so daß die »proklamierte Neutralität« zur »deklamatorischen Übung« wurde.

• Parteiorganisation: Mit Erfolg konnte die PCE in Katalonien und der Levante schlagkräftige Gegenbewegungen gegen die Kollektive organisieren. In Katalonien unterstützten die Kommunisten den seit 1923 existierenden mittelständischen Pachtverband katalanischer Winzer UDR, während sie in der Levante mit der FPC einen eigenen landarbeiterfeindlichen Bauernverband für Kleinrentner gründeten. Hier kam es auch zum härtesten Konflikt zwischen Kollektiven und kommunistisch organisierten Klein- und Mittelbauern bei der Frage des Orangenexports: Die anfängliche Kontrolle des Orangenexports durch Kollektive bedrohte das staatliche Devisenmonopol und die staatliche Wirtschaftspolitik, so daß diese gewerkschaftliche Vereinigung schließlich gewaltsam zerschlagen wurde.

• Staatsapparat: Effektivste Waffe der PCE bei ihrem Vorgehen gegen die anarchistischen Kollektive war der staatliche Machtapparat. Von September 1936 bis zum Kriegsende stellten die Kommunisten mit Uribe den Landwirtschaftsminister der Zentralregierung, während die CNT keinen direkten Einfluß auf die staatliche Agrarpolitik besaß. Die PCE verfügte somit über ein wichtiges Mittel, die Kollektive zu kontrollieren und schließlich zu liquidieren. Als wichtigste staatliche Maßnahmen im sich verschärfenden Kampf gegen die Kollektive sind zu nennen:

— das Enteignungs- und Nationalisierungsdekret vom 7.10.1936: Der Besitz von Aufständischen wurde entschädigungslos verstaatlicht, die Bearbeitung des Bodens konnte individuell oder kollektiv erfolgen, unterlag aber auf jeden Fall staatlicher Kontrolle. Unter anderem mit dem Mittel der Kreditvergabe konnte die Zentralregierung von diesem Zeitpunkt an die landwirtschaftliche Entwicklung steuern und die spontane Kollektivierung »von unten« durch eine Verstaatlichung oder zumindest eine »von oben« gelenkte Kollektivierung bekämpften.

— Im Frühsommer 1937 bedrohte die scharfe Anti-Kollektivierungskampagne der Kommunisten die Ernte, so daß die Zentralregierung in einem Dekret vom 8.6.1937 die Kollektive für ein Erntejahr legalisieren mußte, um die Kollektivmitglieder zu weiterer Arbeit zu motivieren.

— Nach den Mai-Ereignissen 1937 in Barcelona konnte die PCE zur offenen militärischen Zerschlagung der Kollektive übergehen: Im Sommer 1937 griffen kommunistische Verbände kastilische Kollektive an und Truppen des kommunistischen Generals Lister zerstörten anarchistische Kollektive in Aragon.

Die Anarchisten ihrerseits versuchten, die politischen und ökonomischen Hindernisse, z.T. bedingt und verstärkt durch die Kommunisten, durch zwei Gegenmaßnahmen zu beseitigen:

• Die CNT bemühte sich um eine Art »Nichtangriffspakte« mit kollektivierungsfeindlichen Organisationen, in denen es zur gegenseitigen Tolerierung von Privateigentum und freiwilliger Kollektivierung kommen sollte. So kam es z.B. in Katalonien im Dezember 1936 zu Verhandlungen zwischen CNT, UDR und UGT, die jedoch an der zunehmenden von der PSUC (die kommunistische

Partei in Katalonien) kontrollierten UGT scheiterten, da diese jede Kollektivierung aus Gründen der ökonomischen Zweckmäßigkeit ablehnte. Andererseits bedeutete für die CNT die prinzipielle Bereitschaft zu solchen Nichtangriffspakten faktisch eine Akzeptierung des Status quo und damit den Verzicht auf eine Weiterführung und Vollendung der Revolution.

• In erster Linie bemühte sich die CNT jedoch um eine organisatorische Koordinierung und Zusammenfassung der Kollektive mit der Absicht, eine starke Wirtschaftsorganisation zu schaffen, um die Gegner der Kollektivierung abwehren zu können. Dazu zwei Beispiele:

— Im Februar 1937 fand in Aragon ein Regionalkongreß örtlicher Kollektive statt mit der Aufgabe, die Interessen der Kollektivisten nach außen zu verteidigen und auf regionaler Ebene die Wirtschaft zu koordinieren.

— Im Juni 1937 gründete die CNT einen »Nationalen Landwirtschaftsbund« für das gesamte republikanische Gebiet, dessen Beschlüsse für alle Mitglieder verbindlich waren, d.h. die Anarchisten übernahmen hierarchische Organisationsformen, um ihre Kollektive vor den Kommunisten und der Volksfrontregierung zu schützen.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß es den Kommunisten trotz offener Gewaltanwendung nicht zuletzt deshalb nicht gelang, die Kollektivbewegung zu zerschlagen, weil der größte Teil der Agrarkollektive trotz mancher Schwierigkeiten wirtschaftlich effektiv arbeitete. So verzeichneten z.B. Aragon und Kastilien — zwei Gebiete mit hohem Anteil an Kollektivwirtschaften und ohne kommunistisch geförderte Gegenbewegung — Steigerungsraten bei den Ernteerträgen, während in Katalonien und der Levante — zwei Regionen, in denen die PCE/PSUC die Klein- und Mittelbauern gegen die Kollektive mobilisierte — Ernterückgänge zu beklagen waren. Der kommunistische Vorwurf der »anarchistischen Mißwirtschaft« erweist sich an diesem Punkt als unglaubwürdig, denn häufig behinderten erst die Aktionen der PCE gegen die Kollektive (besonders im Sommer 1937) die Produktivität der Landwirtschaft. Es zeigt sich hier, daß das verbale Eintreten der PCE für eine Effektivierung der Produktion nur ein vorgeschobenes, an traditionelle Vorurteile gegen anarchistische Ökonomie appellierendes Argument zur Legitimierung ihres massiven Vorgehens gegen die Kollektive war und nicht auf einer realistischen Analyse der Produktivität der Kollektive basierte. Die Kommunisten konnten zwar die meisten Kollektive nicht zerschlagen, sie erreichten jedoch, daß die Agrarkollektive, die nach Ansicht der Anarchisten »Keimzellen zu einer neuen, herrschaftsfreien Gesellschaft« sein sollten, durch eine zunehmende »Tendenz zur Legalisierung und Kontrolle, Normierung und Vereinheitlichung« deformiert wurden. »Gemessen an den programmatischen Intentionen von CNT und FAI war dieses Experiment einer sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung schon fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden, bevor der Ausgang des Bürgerkriegs alle revolutionären Maßnahmen auf republikanischer Seite zum Scheitern verurteilte.«

Die Organisationsfrage in der Industrie

1. Das anarchosyndikalistische Konzept der gewerkschaftlichen Sozialisierung

Auch hier trat die CNT für eine Kollektivierung der Betriebe durch die Arbeiter ein. Im Gegensatz zu den »klassischen« Anarchisten in den Agrargebieten, die noch mehr die autarke Dorfgemeinschaft als Zielvorstellung besaßen, waren sich die Anarchosyndikalisten in den Industriegebieten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen zwischen den Betrieben durchaus bewußt. Deshalb forderten sie — u.a. zur Verhinderung von Betriebsegoismus — eine Kombination zwischen betrieblicher Selbstverwaltung und notwendiger wirtschaftlicher Koordination zwischen den Betrieben. Verbindendes Element zwischen beiden Forderungen bildete in der Praxis die Gewerkschaft CNT, so daß man von »gewerkschaftlicher Sozialisierung« oder »syndikaler Ökonomie« ohne staatliche Intervention sprechen kann.

2. Die sozialisierungsfeindliche Einstellung der Kommunisten

Grundlegend ist auch hier das Aktionsprogramm vom 19.8.1936, das drei antikollektivistische Punkte enthält:

- Schutz des kleinen und mittleren Privateigentums vor Kollektivierungen, d.h. alle Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten sollten in privater Hand bleiben.
- Verstaatlichung kriegswichtiger und großer Betriebe mit dem Ziel einer zentralisierten Kriegsindustrie unter der Kontrolle der Zentralregierung.
- betriebswirtschaftliche Effektivierung, d.h. Disziplinierung der Arbeiter, Leistungslohn statt »kleinbürgerlicher Gleichmacherei« und Kontrolle über die Arbeiter statt Selbstverwaltung.

3. Der Konfliktverlauf

Die anarchosyndikalistische Auseinandersetzung wurde hier zusätzlich kompliziert durch Spannungen zwischen der Zentralregierung und der katalanischen Regionalregierung (Katalonien war der industrielle Schwerpunkt des republikanischen Spanien). Da die PSUC für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Maßnahmen der Zentralregierung in Katalonien eintrat, ist es notwendig, zuerst kurz auf die Wirtschaftspolitik der republikanischen Regierung einzugehen:

- ein Dekret vom 25.7.1936 ermöglichte den Eingriff in kriegswichtige Industriebetriebe;
 - ein Dekret vom 2.8.1936 verstaatlichte alle Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen worden waren.
- Maßnahmen, die vom staatlichen Eingriff bis zur kompletten Verstaatlichung reichten, sollten also die Grundlage für eine zentralisierte Kriegswirtschaft bilden, ein Ziel, das 1938 auch erreicht wurde:

— das Dekret über die »Militarisierung der Kriegsindustrie« ermöglichte die direkte staatliche Kontrolle über den größten Teil der katalanischen Industrie.

In Katalonien stellte dagegen die CNT vom Oktober 1936 bis zum Juni 1937 den Wirtschaftsminister, der eigentlich nur die selbstverwalteten Industriekollektive im Auftrag dieser Kollektive koordinieren sollte. Wichtigste Ereignisse im Konfliktverlauf waren:

- Am 11.8.1936 gründete die katalanische Regierung den »Wirtschaftsrat von Katalonien« zur Produktionskoordination und Güterverteilung. Er wurde zum zentralen

Lenkungsorgan der katalanischen Wirtschaft, zuerst unter starker Beteiligung von CNT und POUM und damit mit einer sozialrevolutionären Zielsetzung, dann aber zunehmend von Linkserepublikanern und der PSUC beherrscht. Bereits die Anerkennung dieses staatlichen Organs durch Mitarbeit bedeutete für die CNT ein Abweichen vom ursprünglichen Ziel einer überbetrieblichen Koordinierung ausschließlich durch Vertreter der Industriekollektive und stellte einen Kompromiß mit den Gegnern der Kollektivierung dar;

- am 22.10.1936 schlossen CNT - FAI und UGT/PSUC ein gemeinsames Aktionsprogramm ab, das bereits die Kollektivierung unerwähnt ließ und Rücksicht auf das Kleinbürgertum nahm, so daß z.B. die POUM von einem anarchosyndikalistisch-stalinistischen Einheitspakt gegen die POUM sprechen konnte;
- am 24.10.1936 erließ der Wirtschaftsrat ein Kollektivierungsdekret, das die Kollektive zwar legalisierte, aber auch Kleinbetriebe (unter 50 Beschäftigte) in Privatbesitz beließ. Dieses Kollektivierungsdekret kann man damit als Zäsur zwischen der »spontan-unkontrollierten« Kollektivierung und einer staatlich kontrollierten Kollektivierung ansehen und beinhaltet auch hier eine Akzeptierung des Status quo durch die CNT und damit den Verzicht auf eine Vollendung der Revolution;
- auf einer Wirtschaftstagung des katalanischen Wirtschaftsministeriums, des Wirtschaftsrates und der Gewerkschaften im Dezember 1936 kritisierten CNT-Funktionäre, Fabrikräte würden das Kollektivierungsdekret nicht befolgen und forderten, daß man den Kleinbesitz schützen und Regierungsanweisungen befolgen müsse, d.h. schon Ende 1936 gab es in der CNT autoritäre Tendenzen, die zu Spannungen mit den Kollektiven führen mußten;
- am 20.11.1937 erließ die katalanische Regionalregierung ein »Dekret für besondere Eingriffe«, das es der Regierung ermöglichte, jederzeit in einen Betrieb einzugreifen, was faktisch einer Verstaatlichung gleichkam;
- am 18.3.1938 schlossen CNT und UGT einen Allianz-pakt ab (die Kommunisten bezeichneten ihn als Erfolg ihrer »konsequenten Einheitsfrontpolitik«), der z.B. die Kommune unerwähnt ließ, Verstaatlichungen bevorzugte und sich um eine Disziplinierung der Arbeiter bemüht zeigte. Eine Stellungnahme der CNT verurteilte die »lästige Prinzipienreiterei« in den eigenen Reihen und stellte fest: »Man darf auf alles verzichten, nur nicht auf den Sieg«;
- das Dekret über die »Militarisierung der Kriegsindustrie« (s.o.) setzte faktisch das katalanische Kollektivierungsdekret vom 24.10.1936 außer Kraft und schuf — zumindest auf rechtlicher Ebene — die von den Kommunisten geforderte zentralisierte Kriegswirtschaft.

Abschließend muß hier festgestellt werden, daß es der PSUC gelang, die ursprünglich basisdemokratisch organisierten überbetrieblichen Koordinationsorgane der Anarchosyndikalisten, die z.B. ohne staatlichen oder kommunistischen Eingriff schon 1936 in Katalonien eine Kriegsindustrie aufbauten und eine durchaus wirksame Industriepolitik leisteten, zu Instrumenten der staatlichen Kontrolle über die Arbeiter zu machen. Damit erfuhr die CNT eine »Um-polung« von einer vermittelnden Organisation zwischen den einzelnen Kollektiven und den Koordinationsorganen zu ei-

Franz Borkenau*: Der Widerspruch

Manchmal traue ich meinen eigenen Ohren nicht. Repräsentative Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei PSUC haben mir heute erklärt, es gebe in Spanien überhaupt keine Revolution. Diese Leute, mit denen ich heute eine längere Diskussion führte, sind nicht etwa, wie man meinen könnte, alte katalanische Sozialdemokraten, sondern ausländische Kommunisten. Spanien befindet sich, ihnen zufolge, in einer einzigartigen Lage: die Regierung kämpft gegen ihre eigene Armee, und das ist alles. Ich wies auf einige Tatsachen hin: daß die Arbeiter sich bewaffnet hatten, daß die staatliche Verwaltung in die Hände revolutionärer Komitees übergegangen war, daß Tausende von Menschen ohne Gerichtsverfahren hingerichtet werden, daß Fabriken und Landgüter enteignet sind und von den früher Lohnabhängigen selbst geleitet werden. Wenn das keine Revolution war, was sollte man dann unter einer Revolution verstehen? Man antwortete mir, daß ich mich irre; all dies habe keinerlei politische Bedeutung; es handle sich nur um Notstandsmaßnahmen ohne politischen Inhalt. Ich spielte auf die Haltung der Madrider Zentrale der KP an, die die gegenwärtige Bewegung als »bürgerliche Revolution« bezeichnet hatte, immerhin ein Hinweis darauf, daß es sich um einen revolutionären Prozeß handle. Aber die Kommunisten von der PSUC zögerten nicht, der Zentrale zu widersprechen. Ich begreife nicht, wie Kommunisten, die in den letzten fünfzehn Jahren überall auf der Welt revolutionäre Situationen da entdeckt haben, wo in Wirklichkeit keine Rede davon sein konnte (und damit enormen Schaden angerichtet haben), — ich begreife nicht, wie diese Kommunisten hier, wo zum erstenmal seit der Russischen Revolution von 1917 eine Revolution in Europa ausgebrochen ist, nicht wahrnehmen, was geschehen ist.

(* Gehörte bis 1933 der KPD an. Verließ diese dann wg. der Politik Stalins, aus: H.M. Enzensberger, Der kurze Sommer der Anarchie, S. 180/181, Efm 1981⁴

ner zentralistisch-bürokratischen Organisation. Dies schlug sich z.B. in einer radikalen Änderung des CNT-Programms nieder, das sich immer mehr den Kommunisten anglich. Das Ziel einer effektiven Kriegswirtschaft wurde auch hier nicht zuletzt durch die Kommunisten nicht erreicht: Die restriktive Kreditvergabepolitik der Zentralregierung gegenüber Kollektivbetrieben und die ausbleibende kollektive Kontrolle über den Außenhandel verschärfte das Problem des Betriebsegoismus einzelner Kollektive, so daß z.B. die POUM einen »syndikalistischen Kapitalismus« konstatieren mußte. Gleichzeitig verschärfte das Eintreten der Kommunisten für eine zentralistische Wirtschaftspolitik die katalanischen Regionalbestrebungen und erschwerte damit eine überregionale Wirtschaftskoordination, während die PCE gleichzeitig die CNT, die als überregionale Organisation in der Lage gewesen wäre, eine überregionale Koordination der Kriegswirtschaft zu ermöglichen, bekämpfte. Hinzu kommt noch, daß die anarchosyndikalistischen Arbeiter ohne Zweifel vorhandene betriebs- und volkswirtschaftliche Erfahrungsdefizite und Schwächen bei der Koordinierung durch revolutionäre Begeisterung ausgleichen konnten, während die Beseitigung der betrieblichen Selbstverwaltung bei Durchsetzung einer militärischen Arbeitsdisziplin auch die revolutionäre Begeisterung und Opferbereitschaft beendete. Es kam wieder zu Formen des passiven Widerstandes (weniger freiwillige Überstunden, höherer Krankenstand), was wiederum den administrativen Zwang auf die Arbeiter erhöhte. Dies erforderte einen bürokratischen Apparat, der die Produktivität in der Industrie weiter senkte. Die Militarisierung der Produktion bewirkte statt einer Produktionssteigerung nur eine Resignation bei den Arbeitern.

Der Konflikt auf der politischen und militärischen Ebene

1. Die Auseinandersetzung um die Frage der Kriegsführung
1. Das anarchosyndikalistische Milizsystem
- Ausgehend von der anarchosyndikalistischen Grundposition einer

Identität zwischen Ziel und Mittel hielt die CNT Krieg und Revolution für untrennbar, d.h. nur in einem revolutionären Krieg könne Franco besiegt werden. In der Praxis fand diese Forderung ihren Ausdruck in den revolutionären Milizen, deren revolutionärer Charakter auf drei Ebenen sichtbar wird:

- Aufgabenstellung: Die revolutionären Milizen hatten nicht nur den Krieg gegen Franco zu führen, sondern waren auch Aktivisten der sozialen Revolution. So standen z.B. die militärischen Eroberungen der Milizen im Herbst 1936 in Aragon in enger Verbindung mit gleichzeitig stattfindenden Kollektivierungen.
- Zusammensetzung: Die Milizen rekrutierten sich aus Arbeitern und Bauern, während »Berufsoffiziere« der alten Armee nur den Status von technischen Beratern ohne Kommandogewalt besaßen.
- Innere Organisation: Gemäß der antimilitaristischen Tradition der Anarchisten gab es nur eine freiwillige Rekrutierung, demokratische Entscheidungen statt Hierarchie, keine Privilegien und nur eine selbstauferlegte Disziplin. Diese inneren Organisationsprinzipien waren für die Anarchisten von besonderer Bedeutung, denn ihrer Ansicht nach könne man nicht mit den Methoden der militärischen Disziplin für eine herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen, die revolutionären Prinzipien müssen schon beim Kampf um die revolutionäre Ordnung institutionell verankert werden, d.h. jede Armee ist automatisch konterrevolutionär.

2. Die Vorstellungen der POUM von einer »Roten Armee«

Die Auffassung der POUM unterscheidet sich von der Haltung der CNT im wesentlichen nur bei der Frage der inneren Organisation. Sie war der Ansicht, daß die gemeinsame revolutionäre Zielsetzung die militärischen Befehlshaber mit den einfachen Soldaten verbinde, d.h. wenn die Soldaten Vertrauen in die militärischen Fähigkeiten und die revolutionäre Zuverlässigkeit des Militärapparates haben, ist auch

Die Dritte Welt braucht unsere Solidarität



Plakatmappe Entwicklungspolitik

Überentwicklung • Unterentwicklung • Neue Weltwirtschaftsordnung
 Internationaler Währungsfonds • Überernährung • Unterernährung
 Nord-Süd-Dialog • Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung
 Rüstung und Unterentwicklung • Solidaritätsfonds

Jungsozialisten in der SPD

Wiedererzielung einer regulären Armee. Da die Zentralisierung im Sommer und Herbst noch zu schwach war, diese Armee gegen den Willen der Anarchisten aufzubauen, begannen die Kommunisten mit der Rekrutierung eigener Verbände (z.B. das »5. Regiment«), die zusammen mit den Internationalen Brigaden den Kern der Volksarmee bilden sollten. Unter dem Aspekt der Auseinandersetzung zwischen den Kriegsführungsstrategien von CNT-FAI, POUM und PCE/PSUC läßt sich der Bürgerkrieg chronologisch in drei Etappen aufteilen:

- In den ersten Wochen nach dem Militäraufstand erfolgten die militärischen Operationen der Milizen — eine reguläre republikanische Armee existierte nicht mehr — zwar weitgehend unkoordiniert, aber ohne ihren Einsatz wäre der Militäraufstand schon im Sommer 1936 erfolgreich gewesen. Ausschlaggebend für den Erfolg der unzureichend bewaffneten und bestenfalls im Guerilla- und Straßenkampf erfahrenen Milizen war vor allem deren revolutionäre Begeisterung und Einsatzbereitschaft.

- Mit der militärischen Bedrohung von Madrid im Herbst 1936 durch Franco-Truppen kam die allgemeine Forderung nach mehr militärischer Koordination und Waffen auf. In dieser Phase begann innerhalb der CNT-FAI ein Streit, ob der Krieg Anarchie und Revolution ausschließe oder ob sich beides verbinden lasse. In dieser Zeit versäumten es die Anarchisten, ihre ursprüngliche Konzeption des revolutionären Krieges offen nach außen zu vertreten und dessen Vorzüge gegenüber der traditionellen Kriegsführung aufzuzeigen: So wäre z.B. ein Guerillakrieg angesichts der waffentechnischen Überlegenheit der Putschisten und des Mangels an militärischer Ausbildung im eigenen Lager u.U. effektiver gewesen; die Möglichkeit zur Revolutionierung des francistischen Hinterlandes hätte bestanden, da Francos soziale Machtbasis gering war, und mit der Proklamierung der nationalen Unabhängigkeit Marokkos hätte man zumindest einen Teil der marokkanischen Söldner in den Reihen der Aufständischen für die Republik gewinnen können.

In dieser Übergangsphase, die etwa bis Mai 1937 andauerte und in der in dieser Hinsicht der anarchistisch-kommunistische Konflikt noch nicht entschieden war, fallen weitere militärische Erfolge der Franco-Gegner, denn noch existierte in den Milizen eine revolutionäre Begeisterung, während gleichzeitig die sowjetische Hilfe eine bessere Versorgung mit kriegswichtigen Geräten garantierte. Die Kommunisten benutzten jedoch ihr Monopol bei der Waffenverteilung als wichtiges Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Politik gegenüber den Anarchisten und der POUM, die relativ wenig und hauptsächlich veraltete Waffen erhielten, während die Internationalen Brigaden und die kommunistischen Verbände wesentlich besser ausgerüstet wurden.

- Nach den Mai-Ereignissen 1937 in Barcelona konnte die PCE ihre Kriegsführungsstrategie voll durchsetzen. Noch im gleichen Monat wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und militärische Disziplin (höhere Soldunterschiede, Todesstrafe bei Beleidigung von Offizieren) verdrängte die ursprüngliche militärische Begeisterung. Während sich die CNT-Führung dem kommunistischen Druck beugte und nun ebenfalls für einen Umbau der Milizen eintrat, reagierte die CNT-Basis mit passivem Widerstand (Desertion, rückläufige Einsatzbereitschaft), was wiederum eine verschärfte Kontrolle provo-

zierte. In der Folgezeit übertrug deshalb die PCE den militärischen Begriff »Disziplin« immer stärker auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche, besonders die Wirtschaft (s.o.), und forderte und bewirkte eine »Militarisierung Spaniens«.

Mit der Durchsetzung der kommunistischen Militärpolitik und der damit verbundenen Desillusionierung der Milizen begann jedoch eine Kette von militärischen Niederlagen und damit die »lange Agonie der Republik«.

Die Behandlung des Konfliktverlaufs in Landwirtschaft, Industrie und Militär hat ergeben, daß sich die Kommunisten zwar nicht überall vollständig durchsetzen konnten (die meisten Kollektive wurden erst von francistischen Truppen liquidiert), aber doch zumindest eine entscheidende Deformierung anarchistischer Institutionen erreichen konnten. Es stellt sich deshalb die Frage, wie es der PCE, die vor 1936 nur eine unbedeutende kleine Splitterpartei war und im Juli 1936 maximal 100000 Mitglieder besaß, gelingen konnte, sich gegen eine Massenorganisation wie die CNT mit ca. 1-1,5 Millionen Mitgliedern bei Kriegsausbruch und über 2 Millionen Mitgliedern im April 1937 durchsetzen konnte. Die völlige Abhängigkeit der spanischen Republik von sowjetischer Hilfe und die daraus erwachsende massive Unterstützung der PCE durch die UdSSR und die Fähigkeit der PCE — bedingt durch die historische Schwäche des Bürgerturns in einem rückständigen Land wie Spanien, das keine starke eigene Partei mit breiter Basis besaß — keine Arbeiterpartei zu sein, sondern Vertreter kleinbürgerlicher und kleinbäuerlicher Schichten in die Partei aufzunehmen und für die eigene Politik gegen die Revolution zu mobilisieren, können zwar den »Erfolg« der Kommunisten erklären, nicht aber, warum die CNT trotz ihrer militanten Massenbasis kaum Zuflucht zu offenen Widerstandsformen suchte. Deshalb möchte ich zum Abschluß dieses Aufsatzes auf das Verhältnis zwischen den revolutionären Kräften und dem republikanischen Staat eingehen.

II. Das Verhältnis der CNT-FAI und der POUM zum republikanischen Staat

1. Die Grundsatzentscheidung der CNT: Vollendung der Revolution oder Regierungsbeteiligung

Im Juli 1936 hatten Militäraufstand und soziale Revolution den republikanischen Staat faktisch beseitigt, die Macht lag praktisch bei den revolutionären Kräften, besonders bei der CNT und vor allem in Katalonien. In dieser Phase hätten CNT-FAI, POUM und der linke Flügel der UGT die Möglichkeit gehabt, ein revolutionäres Regime zu errichten. Bedingt durch konzeptionelle Schwächen (die CNT war auf die destruktive Phase der Revolution unzureichend vorbereitet, d.h. sie begann bereits mit der konstruktiven Phase, also dem Aufbau der anarchistischen Gesellschaft, noch bevor die alte Ordnung völlig zerstört war), praktische Erwägungen (die CNT hielt sich nicht in allen Gebieten stark genug, um eine Revolution durchzuführen) und Ideologieimmanente Gründe (Ablehnung jeder Diktatur, auch einer revolutionären oder anarchistischen) entschied sich die CNT jedoch gegen ein revolutionäres Regime und die Vollendung der Revolution und damit für eine Zusammenarbeit mit der Volksfrontorganisationen. Damit setzte sich in der Praxis der noch auf dem Zaragoza-Kongreß unterlegene halbpolitisierte syndikalistische Flügel der CNT durch, der aufgrund

seiner unzureichenden Politisierung nicht in der Lage war, zwischen einer revolutionären und einer revolutionsfeindlichen bürgerlichen Regierung zu unterscheiden und sich deshalb über die Folgen dieser Grundsatzentscheidung für die soziale Revolution nicht bewußt war. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Volksfrontorganisationen beinhaltete praktisch eine Akzeptierung der Volksfrontregierung und damit auch des bürgerlichen Staates, so daß eine Machtbeteiligung der Anarchisten in Form eines Regierungseintritts nur folgerichtig erscheint. Im Zuge einer stillschweigenden Grundsatzrevision vertagte die CNT die Verwirklichung des libertären Kommunismus auf die Zeit nach dem Bürgerkrieg.

Auf den ersten Blick erscheint es überraschend, warum ausgerechnet die Kommunisten eine anarchistische Regierungsbeteiligung erstrebten. Dieses Bemühen erklärt sich durch die Strategie der bürgerlichen Parteien und der PCE, den Anarchismus in den Staat zu integrieren und dadurch auszuschalten: Der Regierungseintritt prominenter Anarchisten sollte deren radikale Basis zähmen, denn in der Praxis legiti mierten CNT-Minister jede Regierungsmaßnahme gegen Kollektive und anarchistische Institutionen durch ihre bloße Präsenz in der Regierung und lähmten dadurch ihre eigene Basis. In der Regierung selbst spielten die im politischen Bereich natürlich unerfahrenen und mit relativ unwichtigen Ministerien abgespeisten Anarchisten nur eine Nebenrolle, so daß sie leicht von der PCE überspielt werden konnten. Zu Widerstandsaktionen gegen revolutionsfeindliche Regierungsmaßnahmen konnte sich die CNT-Führung nicht mehr entschließen, um die Einheit im Krieg gegen Franco nicht zu gefährden. Der Regierungseintritt der CNT bewirkte somit



Andrés Nin (oben), Chef der POUM, wird vom sowjetischen NKWD zu Tode gefoltert, seine Leiche nie gefunden.
 George Orwell (x), der 1936 mit der POUM-Miliz an die Front zog, erlebt die Verfolgung als Schwerverwundeter und entkommt nur knapp der Verhaftung.

die Kampfmoral gut und die Disziplin zuverlässig. Bei der Kriegsführung sollte es demnach einheitliche Aktionen und eine oberste Befehlsgewalt geben, die aber von unten nach oben aufzubauen wäre. Die POUM trat damit für eine Übernahme des russischen Modells der Bürgerkriegsarmee 1918-20 ein mit politischen Kommissaren und Soldatenräten zur Überwachung der Offiziere.

3. Die Volksarmee als Ziel der Kommunisten
 Im Gegensatz zur CNT-FAI erstrebten die Kommunisten eine Anpassung an die Kriegsführung Francos in Form eines disziplinierten Volksheeres unter einheitlichem Oberkommando.

Aus dieser Position leiteten sich drei Forderungen ab:
 — Einführung der allgemeinen Wehrpflicht
 — einheitliches Oberkommando unter Hinzuziehung von Berufsoffizieren der alten Armee, die durch Kriegskommissare kontrolliert werden sollten
 — Hierarchie und »eiserner und bedingungslose« Disziplin innerhalb der Armee bei Wiedereinführung militärischer Zeremonien.

4. Der Konfliktverlauf
 Erster Ansatzpunkt zur Restauration des traditionellen Militärapparats wurde die allgemeine Wehrpflicht: Schon im Juli 1936 versuchte die Zentralregierung zwei Reservistenjahrgänge zu mobilisieren, deren größter Teil aber bereits in den Milizen kämpfte. In Katalonien übernahm jedoch das ZK der antifaschistischen Milizen den Mobilisierungsbefehl und forderte die Reservisten auf, sich bei den Milizen zu melden. Dieser Versuch, die allgemeine Wehrpflicht in das Milizsystem zu integrieren, war aber bereits der Beginn zur



SÜDAFRIKA
im Befreiungskampf

- INHALT:**
- Südafrikas Weißen bleibt nicht mehr viel Zeit
 - Interview mit Tony Seodat (ANC)
 - Investitionen im Apartheidstaat lassen sich nicht kodifizieren
 - Schwarze Minenarbeiter: Proletarier und Bauern
 - Kündigt das Kulturabkommen!
 - Schwarze Gewerkschaften in Südafrika
 - Aspekte des südafrikanischen Befreiungskampfes
 - Namibia — letzte Kolonie des afrikanischen Kontinents
 - Beschlüsse der Juso-Bundeskongresse 1981, 1984 und 1985
 - Krügererandaktion der Jusos



EL SALVADOR
im Befreiungskampf

- INHALT:**
- Die Geschichte El Salvadors — Ein Beispiel für die Entstehung von Unterentwicklung
 - Juso-Delegation in El Salvador
 - Die Guerilla: Sieg oder Rückzug?
 - US-Strategie in Mittelamerika und der »Testfall« El Salvador — Etappe auf dem Kreuzweg gegen den Kommunismus
 - Plan Mil — Elemente im Counter-Insurgency-Programm
 - Lage der Flüchtlinge in El Salvador
 - Menschenrechte in El Salvador
 - Radio Venceremos

2. Widerstand und Verfolgung der POUM und revolutionärer Gruppen in der CNT-FAI

Aus Platzgründen kann ich hier nur auf wenige, dafür aber typische Ereignisse eingehen:

Im Mai 1937 kam es in Barcelona zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der POUM und Teilen der CNT (»Freunde Durrutis«) auf der einen und den Kommunisten bzw. der von ihnen kontrollierten Staatsorgane auf der anderen Seite (Anlaß war die Besetzung der kollektivierten Telefonzentrale durch die kommunistisch beherrschte Polizei). Die »Freunde Durrutis« und die POUM forderten eine neue Revolution bzw. eine Vollendung der im Juli 1936 begonnenen Revolution. Im Rahmen ihres Widerstands gegen die Politisierung der CNT wandten sich die »Freunde Durrutis« darüber hinaus gegen den Regierungseintritt der CNT, die Militarisierung der Milizen und Kompromisse mit anderen Organisationen und verlangten statt dessen eine aus Arbeitern, Bauern und Frontkämpfern gebildete Diktatur des Proletariats. Die CNT-Minister befürchteten jedoch einen Bürgerkrieg im Bürgerkrieg und forderten ihre eigene Basis in Barcelona auf, die Kämpfe zu beenden und unterstützten damit aktiv das Scheitern dieses revolutionären Widerstands. Ende Mai 1937 schloß die CNT — einer Forderung der Kommunisten nachgebend — die »Freunde Durrutis« aus ihrer Organisation aus. Die Ereignisse im Mai 1937 zeigen, daß die CNT-Basis mit der POUM zeitweise enger verbunden war als mit ihrer eigenen Organisationsspitze, die sich immer mehr den Kommunisten anpaßte. In der Folgezeit verschärfte die Kommunisten ihre Kampagne gegen die POUM, die sie als »bezahlte Agenten Francos« denunzierte, die im Hinterland die Republik durch Aufstände und Sabotageakte schwächen und die »antifaschistische Einheit unterwühlen« sollte. Die POUM wurde verboten, NKWD und SIM verhafteten und töteten zahlreiche Mitglieder der POUM, darunter auch deren politischer Sekretär Andres Nin. Im unmittelbaren Anschluß begann die PCE eine Kampagne gegen den Verteidigungsrat von Aragon, die letzte starke Machtposition der revolutionären CNT-Opposition. Sie endete erfolgreich mit dessen Auflösung am 11.8.1937. Im Zusammenhang mit der Liquidierung des Verteidigungsrates kam es zu den oben erwähnten Übergriffen von Lister-Truppen auf anarchistische Kollektive. Dazu die DDR-Geschichtsforschung: »Trotzkistische Provokateure und die ihnen folgenden anarchistischen Elemente erlitten im Zusammenhang mit dem offenen Angriff auf die Volksfrontregierung im Mai 1937 eine vernichtende Niederlage«, d.h. im Mai begann das Ende der revolutionären Bewegung, die bereits im Juli 1936 auf ihren Sieg verzichtet hatte. Die POUM war von nun an gezwungenermaßen darum bemüht, das Überleben bzw. die Freilassung ihrer Mitglieder zu erreichen und konnte so natürlich keine ernsthaften revolutionären Aktivitäten mehr entfalten. Die resignierende, z.T. ebenfalls von den Kommunisten verfolgte CNT-Basis war — neben individuellen Widerstandsakten — nur noch zu verbalen Protestaktionen in der Lage. Dazu gehört z.B. der im Frühjahr 1938 in der CNT entbrannte Streit um das Kriegsprogramm der Volksfront (»13 Punkte«) vom 30.4.1938, das sich stark an den Vorstellungen der PCE orientierte (z.B. Garantie für das Privateigentum, aber nicht für Kollektive, Festlegung der parlamentarischen Regierungsform).

Während die CNT, die nach dem Mai 1937 ihre Zusammenarbeit mit der Volksfront noch verstärkte, um wieder in die Regierung aufgenommen zu werden, diesem Programm praktisch vorbehaltlos zustimmte, protestierten die FAI und die anarchistische Jugendorganisation FIJL gegen den »Autoritarismus« der CNT-Führung, die sie als »Anarcho-Leninisten« bezeichneten, Verrat an anarchistischen Grundprinzipien und »ideologische Desorientiertheit« vorwarfen. Eine Änderung des CNT-Kurses konnte diese verbale Protestaktion von FAI und FIJL natürlich nicht mehr erreichen, denn eine Rückkehr der CNT zu revolutionären Aktionen zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Gegner der Revolution im republikanischen Lager organisiert und wieder gefertigt hätten, hätten vermutlich zum offenen Ausbruch dieses »Bürgerkriegs um Bürgerkrieg« geführt und zum noch schnelleren Sieg Francos beigetragen.

Schlußbetrachtung

In der Auseinandersetzung zwischen den revolutionsfeindlich eingestellten Kommunisten und den revolutionären Organisationen CNT-FAI und POUM versäumten die Anarchisten im Sommer 1936 eine Vollendung der von ihnen herbeigeführten sozialen Revolution durch einen radikalen Umsturz im politischen Bereich, d.h. durch die Errichtung eines revolutionären Regimes. Die CNT-FAI konnte den bürgerlichen Staat nur schwächen, nicht aber stürzen und ermöglichte so den bürgerlichen Organisationen unter kommunistischer Führung und Hilfe nach erfolgreicher Restauration des alten Staatsapparats den Kampf gegen die soziale Revolution, die aber in der Mehrzahl der Fälle erst mit der Eroberung der Kollektive durch Franco-Truppen ihr Ende fand.

- Bei ihrem Kampf gegen die Träger dieser sozialen Revolution wandten die Kommunisten zwei Methoden an:
- Gegen die kleine POUM führten die Kommunisten einen zunehmend offeneren Vernichtungskrieg unter dem Vorwurf des Trotzkismus, d.h. der faschistischen Verschwörung. Bereits am 17.12.1936 schrieb die Prawda: »Der Reinigungsprozeß gegen die Trotzkisten und Anarchosyndikalisten hat in Spanien begonnen. Er wird mit der gleichen Energie durchgeführt werden wie in der UdSSR.«
 - Gegen die Massenorganisation CNT konnten die Kommunisten jedoch keine offene Konfrontation wagen. Die Ausschaltung dieser revolutionären Kraft erfolgte daher in zwei Schritten:
 - Unter der Regierung Caballero wurde die Revolution gebremst durch den Einbau der revolutionären Gewalten (Regierungsbeteiligung der CNT) und Institutionen (Kollektive, Milizen) in die alten Institutionen des Staates, der damit die Revolution durch ihre Legalisierung kontrollieren konnte. Die Folge war ein offenes Hervortreten und Vertiefen der schon zuvor latent vorhandenen Spaltung der Anarchisten in eine kooperationsbereite und politisierte CNT-Führung, die zunehmend die anarchistischen Organisationen kontrollierte und für eine Vertagung der Revolution auf die Zeit nach dem Bürgerkrieg eintrat, und Teilen der nach wie vor revolutionären CNT-Basis.
 - Nach dem Scheitern des Mai-Aufstandes, der diese Spaltung unübersehbar machte und den Konflikt in-

nerhalb der anarchistischen Bewegung zugunsten der CNT-Führung entschied, war die Revolution endgültig besiegt und ohne jede Perspektive auf ihre Vollendung. Unter der Regierung Negrin konnte die PCE deshalb die revolutionären Einrichtungen massiv zurückdrängen und z.T. durch die von ihr beherrschte Polizei und Armee mit militärischen Mitteln zerschlagen, während Vertreter des revolutionären Flügels der CNT durch NKWD, SID und Polizei wie die Mitglieder der POUM verhaftet und z.T. ermordet wurden.

Der Konflikt selbst und dessen Ausgang zugunsten des Bürgertums und der Kommunisten führten mit zum Sieg Francos. Durch ihre konterrevolutionäre Politik senkte die PCE nicht nur die Produktivität in Landwirtschaft und Industrie, sie bewirkte mit ihr auch die Demoralisierung der Anarchisten und revolutionären Sozialisten, für die der Bürgerkrieg zunehmend sinnloser wurde, während sich die Hoffnung auf französische und englische Hilfe (ein Argument, mit dem die PCE ihre revolutionsfeindliche Politik immer wieder erfolgreich legitimieren konnte) nicht erfüllte. Angesichts des völligen Scheiterns der kommunistischen Kriegspolitik stellt sich deshalb die spekulative Frage, ob eine Verbindung von Krieg und Revolution, wie sie die POUM und zu Beginn auch die CNT-FAI forderten, die Erfolgchancen der Republik nicht erhöht hätte.

Literaturverzeichnis

Allemann, F.R.: Die Tragödie einer Revolution. Der Spanische Bürgerkrieg aus der Sicht der Geschichte. In: »Der Monat« 1962, Heft 170, S. 66-74.

Bernecker, Walther L.: Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-39, München 1980.

Bernecker, Walther L.: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-39, Hamburg 1978.

Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952.

Broué, Pierre/Témime, Emile: Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt 1968 (Paris 1961).

Cattell, David T.: Communism and the Spanish Civil War, Berkeley/Los Angeles 1955.

Geiss, Harald: Die kommunistische Partei Spaniens. In: »Politische Bildung« 1979, Jg. 12, S. 66-82.

Gorkin, Julian: Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg, Köln 1980 (Belfond 1978).

Guerin, Daniel: Anarchismus. Begriff und Praxis, Frankfurt 1967 (Paris 1965).

Hallerbach, Jörg: Alternativen in Spanien. Anmerkungen zu einer Legende. In: »Soziale Welt« 31 (1980), S. 474-489.

Huhle, Rainer: Die Geschichtsvollzieher. Theorie und Politik der Kommunistischen Partei Spaniens 1936 bis 1938, Gießen 1980.

Schaul, Hans: Eines der ergreifendsten und lehrreichsten Kapitel der modernen Weltgeschichte. Spanien 1936 bis 1939. In: »Einheit« 1966, S. 906-914.

Sochy, Augustin: Anarcho-Syndikalisten über Bürgerkrieg und Revolution in Spanien. Ein Bericht, Darmstadt 1969.

Spanien 1936-39. Hrsg. vom Militärverlag der DDR, Berlin 1978.

Thomas, Hugh: Der Spanische Bürgerkrieg, Berlin 1961.

Zahn, Michael: Der spanische Anarchosyndikalismus (1931/39). Das Problem der Politisierung einer politischen Theorie, dargestellt anhand der Ideologie der CNT, Diss., Berlin 1979.

nicht nur eine Identitätskrise der Anarchisten, sondern auch eine Domestizierung der Revolution und damit eine Machterweiterung der Kommunisten. Die CNT benutzte ihre Massenbasis nicht mehr zur Verteidigung der Revolution, die allmähliche Integration der CNT führte vielmehr zu einer Zentralisierung, Bürokratisierung und Hierarchisierung der anarchistischen Organisationen. Die CNT bewirkte damit eine Restauration des bürgerlichen Staates bei Lähmung ihrer eigenen Basis, d.h. jeder offene Widerstand gegen die konterrevolutionäre Politik der Kommunisten mußte immer auch gegen die zunehmend deformierte CNT, die die Revolution dem Krieg geopfert und damit das Ziel des Krieges aufgegeben hatte, gerichtet sein. Zufrieden mit der Politik der CNT-Führung stellt die DDR-Geschichtsschreibung noch heute fest: »Die harten Realitäten des Krieges veranlaßten die meisten Anarchisten zum Umdenken. Die ehrlichen Revolutionäre in ihren Reihen verschlossen sich nicht den durch das Leben bestätigten Argumenten der Kommunisten und halfen die verbreitete schädliche Position der 'organisierten Disziplinlosigkeit' zu überwinden.«

George Orwell: Die P.O.U.M. — faschistisch und trotzkistisch?

Am 15./16. Juni schließlich wurde die P.O.U.M. unterdrückt und zur illegalen Organisation erklärt. Es war eine der ersten Anordnungen der Regierung Negrin, die im Mai ihr Amt antrat. Nachdem das Parteikomitee der P.O.U.M. ins Gefängnis geworfen worden war, berichtete die kommunistische Presse über die angebliche Aufdeckung einer riesigen faschistischen Verschwörung. Eine Zeitlang hallte die kommunistische Presse der ganzen Welt von diesen Geschichten wider (der Daily Worker vom 21. Juni faßte die Berichte verschiedener spanischer kommunistischer Blätter zusammen): *Verschwörung der spanischen Trotzkisten mit Franco*

Nach der Verhaftung einer großen Anzahl führender Trotzkisten in Barcelona und anderen Städten ... Die Dokumente im Besitz der Polizei und die vollen Geständnisse von mehr als zweihundert verhafteten Personen beweisen ... und so weiter, und so weiter.

Diese Enthüllungen 'beweisen', daß die Anführer der P.O.U.M. General Franco durch Funk militärische Geheimnisse übermittelt hatten, mit Berlin in Verbindung standen und mit der geheimen faschistischen Organisation in Madrid zusammenarbeiteten. Ferner brachte man sensationelle Einzelheiten über geheime, mit unsichtbarer Tinte geschriebene Botschaften, geheimnisvolle Dokumente, die den Buchstaben N. als Unterschrift trugen (als Abkürzung für Nin) und so weiter und so fort.

Das endgültige Ergebnis aber lautete: Sechs Monate nach den Ereignissen, während ich diesen Bericht schreibe, sind die meisten Anführer der P.O.U.M. zwar immer noch im Gefängnis, aber keiner ist bisher vor ein Gericht gestellt worden. Die Anschuldigungen über die Funkverbindung mit Franco und so weiter sind nicht einmal zu einer Anklageschrift formuliert worden. Wären sie wirklich der Spionage schuldig gewesen, hätte man sie innerhalb einer Woche verurteilt und erschossen, wie es mit vielen faschistischen Spionen vorher geschehen war. Aber nicht ein Fetzen Beweis wurde jemals vorgewiesen, außer den unbewiesenen Erklärungen in der kommunistischen Presse. Von den zweihundert »vollen Geständnissen« aber, die, wenn sie vorhanden gewesen wären, ausgereicht hätten, jeden zu überführen, hörte man nie weder etwas. Sie waren in Wirklichkeit nur zweihundert Hirngespinnste eines Schreiberlings. ...

Ich glaube, das genügt, um die Sprache zu klären. Die Anschuldigung, die P.O.U.M. habe Spionage getrieben, beruhte allein auf den Artikeln der kommunistischen Presse und der Tätigkeit der von den Kommunisten kontrollierten Geheimpolizei. Die Anführer der P.O.U.M. und Hunderte oder Tausende ihrer Anhänger sind immer noch im Gefängnis, während die kommunistische Presse seit sechs Monaten nicht aufhört, die Hinrichtung der »Verräter« zu fordern. Aber Negrin und die anderen haben sich nicht einschüchtern lassen und weigerten sich, ein generelles Massaker der 'Trotzkisten' durchzuführen. Man muß es ihnen hoch anrechnen, daß sie das nicht getan haben, wenn man den Druck berücksichtigt, der auf sie ausgeübt worden ist. Angesichts dessen, was ich oben zitiert habe, fällt es sehr schwer zu glauben, daß die P.O.U.M. wirklich eine faschistische Spionageorganisation war. Es sei denn, man glaubt auch, daß Marxton, McGovern, Prieto, Iruja, Zugazagoitia und alle anderen von den Faschisten bezahlt wurden.

Nun noch ein Wort zu der Anschuldigung, die P.O.U.M. sei 'trotzkistisch'. Das ist ein Wort, mit dem man sehr freizügig um sich wirft und das in einer Art und Weise gebraucht wird, die äußerst irreführend ist und oft irreführen soll. Es lohnt sich, ein wenig Zeit auf die Definition zu verwenden. Das Wort Trotzkist wird gebraucht, um drei voneinander verschiedene Dinge zu bezeichnen:

1. jemand, der wie Trotzki, »Weltrevolution« statt »Sozialismus in einem einzelnen Land« befürwortet, oder etwas allgemeiner, ein revolutionärer Extremist;
2. ein Mitglied der Organisation, deren Anführer Trotzki ist;
3. ein verkappter Faschist, der sich als Revolutionär ausgibt und als Saboteur in der UdSSR wirkt, der überhaupt versucht, die Kräfte der Linken zu zersplittern und unterminieren.

Nach der Definition Nummer eins könnte man wahrscheinlich die P.O.U.M. trotzkistisch nennen, genauso aber auch die englische I.L.P., die deutsche S.A.P., die Linksozialisten in Frankreich und so weiter. Aber die P.O.U.M. hatte keine Verbindung mit Trotzki oder der trotzkistischen Organisation (»Bolschewistische Leninisten«). Als der Krieg ausbrach, unterstützten die nach Spanien gekommenen ausländischen Trotzkisten (etwa fünfzehn oder zwanzig) zunächst die P.O.U.M., ohne Parteimitglieder zu werden. Die P.O.U.M. war einfach die Partei, die ihren eigenen Ansichten am nächsten stand. Später befahl Trotzki seinen Anhängern, die Politik der P.O.U.M. anzugreifen, und die Trotzkisten wurden aus den Parteiämtern entfernt, obwohl einige in der Miliz blieben. Nin, der nach Marins Gefangennahme durch die Faschisten die Führung der P.O.U.M. übernommen hatte, war früher einmal ein Sekretär Trotzkis gewesen. Aber er hatte ihn ein paar Jahre vorher verlassen und die P.O.U.M. durch die Verschmelzung verschiedener oppositioneller, kommunistischer Gruppen mit einer ehemaligen Partei, dem Arbeiter- und Bauern-Block, gebildet. Die ehemalige Verbindung Nins mit Trotzki wurde von der kommunistischen Presse benutzt, um zu zeigen, daß die P.O.U.M. wirklich

trotzkistisch sei. In der gleichen Weise könnte man beweisen, daß die englische kommunistische Partei in Wirklichkeit eine faschistische Organisation ist, weil Mr. John Strachey früher Verbindung zu Sir Oswald Mosley hatte.

Nach der Definition Nummer zwei, der einzig exakten Definition des Wortes, war die P.O.U.M. bestimmt nicht trotzkistisch. Es ist wichtig, diese Unterscheidung zu machen, da die Mehrheit der Kommunisten als selbstverständlich annimmt, daß ein Trotzkist der zweiten Definition auch immer ein Trotzkist entsprechend der dritten Definition ist; das heißt, die ganze trotzkistische Organisation ist einfach ein faschistischer Spionageapparat. Das Wort 'Trotzkismus' wurde erst zur Zeit der russischen Spionageprozesse allgemein bekannt. Seit damals ist die Bezeichnung 'Trotzkist' praktisch gleichbedeutend mit der Bezeichnung 'Mörder', 'agent provocateur' und so weiter. Gleichzeitig steht jeder, der die kommunistische Politik nach einem linksgerichteten Gesichtspunkt kritisiert, in Gefahr, als Trotzkist verschrien zu werden. Wird damit also behauptet, daß jeder, der dem revolutionären Extremismus huldigt, von den Faschisten bezahlt wird? In der Praxis legt man es jedenfalls je nach den Umständen aus. Als Maxton, wie ich oben erwähnte, mit einer Delegation nach Spanien ging, brandmarkten Verdad, Frente Rojo und andere spanische kommunistische Zeitungen ihn sofort als einen »trotzkistischen Faschisten«, einen Spion der Gestapo und so weiter. Aber die englischen Kommunisten hüteten sich, diese Anschuldigung zu wiederholen. In der englischen kommunistischen Presse ist Maxton nur ein »reaktionärer Feind der Arbeiterklasse«, das ist gerade so unbestimmt, wie man es braucht. Der Grund hierfür liegt selbstverständlich in der einfachen Tatsache, daß mehrere harte Lektionen der englischen kommunistischen Presse eine gesunde Furcht vor dem Gesetz gegen Verleumdung eingefloßt haben. Daß die Anschuldigung in einem Lande, wo man sie vielleicht beweisen muß, nicht wiederholt wurde, ist ein ausreichender Beweis dafür, daß sie eine Lüge war.

Es mag den Anschein haben, als hätte ich die Anschuldigung gegen die P.O.U.M. ausführlicher als nötig erörtert. Im Vergleich zu dem ungeheuren Elend eines Bürgerkrieges mag dieser mörderische Parteienstreit mit seinen unvermeidlichen Ungerechtigkeiten und falschen Anschuldigungen trivial erscheinen. Das ist aber in Wirklichkeit nicht so. Ich bin der Ansicht, daß derartige Verleumdungen, Pressekampagnen und die Denkgewohnheiten, die sich in ihnen manifestieren, der antifaschistischen Sache einen äußerst tödlichen Schaden zufügen können.

Wer sich mit der Materie befaßt hat, weiß, daß diese kommunistische Taktik der Bekämpfung politischer Gegner mit aufgebauschter Anschuldigung nichts Neues ist. Heute heißt die Parole »trotzkistischer Faschist«, gestern lautete sie »sozialistischer Faschist«. Es ist erst sechs oder sieben Jahre her, daß in den russischen Staatsprozessen 'bewiesen' wurde, daß die Anführer der Zweiten Internationale, einschließlich Léon Blums und prominenter Mitglieder der britischen Labour-Partei, eine riesige Verschwörung zur militärischen Invasion der UdSSR ausheckten. Aber heute sind die französischen Kommunisten glücklich, Blum als Führer anzuerkennen, und setzen die englischen Kommunisten Himmel und Hölle in Bewegung, in die Labour-Partei hineinzukommen. Ich bezweifle, ob sich das auszahlt, wahrscheinlich tut es das nicht einmal für die Auseinandersetzung mit einer Splittergruppe. Es gibt jedoch keinen Zweifel darüber, wieviel Haß und Zwiespalt die Anschuldigung 'trotzkistischer Faschist' verursacht. Überall werden die einfachen Kommunisten verführt, eine sinnlose Hexenjagd auf 'Trotzkisten' zu veranstalten. Parteien wie die P.O.U.M. werden in die völlig unfruchtbare Position zurückgetrieben, als rein antikommunistische Parteien zu gelten. Schon zeigt sich der Anfang einer gefährlichen Spaltung in der Weltarbeiterbewegung. Noch ein paar Verleumdungen überzeugter Sozialisten, noch einige Intrigen, wie die Anschuldigungen gegen die P.O.U.M., und die Spaltung wird unüberbrückbar sein. Die einzige Hoffnung besteht darin, die politische Auseinandersetzung auf einer Ebene zu halten, auf der eine erschöpfende Diskussion möglich ist. Es besteht ein echter Gegensatz zwischen den Kommunisten und denjenigen, die links von ihnen stehen oder diese Position beanspruchen. Die Kommunisten behaupten, der Faschismus könne durch ein Bündnis mit Gruppen der kapitalistischen Klasse geschlagen werden (die Volksfront). Ihre Gegner behaupten, dieses Manöver schaffe nur neue Brutstätten für den Faschismus. Diese Frage muß gelöst werden. Wenn wir die falsche Entscheidung treffen, könnten wir für Jahrhunderte in halber Sklaverei enden. Solange aber kein anderes Argument vorgebracht wird als der Schrei 'trotzkistischer Faschist', kann die Diskussion nicht einmal anfangen. Für mich wäre es zum Beispiel unmöglich, mit einem kommunistischen Parteimitglied über Recht oder Unrecht der Kämpfe in Barcelona zu debattieren. Denn kein Kommunist — das heißt kein 'guter' Kommunist — könnte zugeben, daß ich eine wahrhaftige Schilderung der Ereignisse gegeben habe. Würde er pflichtgemäß seiner Partei-'Linie' folgen, müßte er erklären, ich lüge, oder bestenfalls, ich sei hoffnungslos verführt worden. Er müßte sagen, daß jeder, der, viele tausend Kilometer vom wahren Geschehen entfernt, flüchtig die Schlagzeilen des Daily Worker liest, mehr über das Geschehen in Barcelona weiß als ich. Unter diesen Umständen gibt es keine Argumente, das notwendige Minimum für ein Einverständnis läßt sich nicht erzielen. Welchen Zweck hat es zu sagen, Leute wie Maxton würden von den Faschisten bezahlt; dadurch wird jede ernsthafte Diskussion unmöglich. Das ist genauso, als ob ein Spieler mitten in einem Schachwettkampf plötzlich laut schreiend behauptet, sein Gegner sei ein Brandstifter oder Bigamist. Der eigentliche Streitpunkt bleibt dabei unberührt, durch Verleumdung kann man nichts entscheiden.

**Kämpfte bis zu seiner Verwundung Anfang 1937 bei der P.O.U.M.-Miliz und wurde dann Zeuge des stalinistischen Terrors in Spanien. Seine damaligen Erlebnisse bildeten den Hintergrund für seinen Roman »1984«.*

aus: ders., Mein Katalonien, Zürich 1985, S. 215-223.